

Protokoll

71. Sitzung

vom Donnerstag, 22. Juni 2023, 10.00–12.05 und 13.35–16.45 Uhr

Abwesend Vormittag: Brunner Roman, Dinkel Fredy, Joos Reimer Katrin, Meier Markus
Abwesend Nachmittag: Brunner Roman, Bürgin Michael, Dinkel Fredy, Joos Reimer Katrin, Koller Adil, Meier Markus
Kanzlei: Klee Alex

Traktanden

1. Begrüssung, Mitteilungen	3604
2. Zur Traktandenliste	3605
3. 12 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3606
4. 1 Gesuch um Erteilung des Kantonsbürgerrechts an eine ausländische Staatsangehörige: Miteinbezug in die Einbürgerung des Vaters	3606
5. 11 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3606
6. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3607
7. 6 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3607
8. Petition «Wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm jetzt!»	3607
9. Jahresbericht 2022	3611
10. Salina Raurica – Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung eines provisorischen Lückenschlusses zwischen Rauricastrasse und Lohagstrasse	3617
11. Geschäftsbericht 2022 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (blpk)	3627
12. Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie	3628
13. Fragestunde der Landratssitzung vom 22. Juni 2023	3635
14. Kosten der Lohnfortzahlung für den Kanton Baselland und Ausschöpfung der Lohnfortzahlungsansprüche	3636
37. Verabschiedungen zum Ende der Legislaturperiode	3637

Nr. 2244

1. Begrüssung, Mitteilungen

2022/680; Protokoll: md, pw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) begrüsst die Anwesenden zur Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

– *Landratsabend*

Vor 14 Tagen durften die Landratsmitglieder zum Abschluss der Legislaturperiode gemeinsam den Landratsabend geniessen. Der Anlass fand im «Schellenursli» auf dem Binninger Margarethengut statt. Die Ambiance, die Location, das Wetter, das Essen – alles war optimal. Die Landratspräsidentin dankt Cornelia Kissling und ihrem Team von den Zentralen Diensten der Landeskantlei ganz herzlich für die Organisation und Durchführung – es hat wie immer perfekt geklappt. *[Applaus]* Ebenfalls ein herzlicher Dank gilt dem «Schellenursli»-Team, den Musikern von «SULP» – und den Landratsmitgliedern Yves Krebs und Marcel Zimmermann für ihre launischen Beiträge. *[Applaus]*

– *Theaterabend*

Ebenfalls ein herzlicher Dank geht an Balz Stüchelberger und das Team des Theaters Basel. Der Theater-Abend mit der tollen Aufführung der «Schöpfung» letzte Woche war ein Supererlebnis für alle Zuschauenden. *[Applaus]*

– *FC Landrat*

Am vorletzten Samstag, am 10. Juni 2023, feierte der FC Landrat sein 10-Jahre-Jubiläum als Verein, und zwar mit internationalen Gästen – zuerst mit einem Festakt im Landratssaal, danach mit einem Turnier im Stadion Nau Laufen. Gewonnen haben die Kreis-Kicker Lörrach, also das Team des Lörracher Kreistages, mit einem 1:0-Sieg im Final gegen den FC Landtag des Fürstentums Liechtenstein. Nach einer 0:2-Niederlage im Halbfinal gegen die Liechtensteiner hat sich der FC Landrat als Gastgeber dann im kleinen Final souverän gegen die österreichische Bürgermeister-Nationalmannschaft durchgesetzt, und zwar gleich mit 4:0 (Torschützen: Roman Brunner, Markus Graf und zwei Mal Alex Klee). Es war ein gelungener, sportlich-geselliger Anlass, an dem Landratspräsidentin Lucia Mikeler Knaack sehr gerne teilgenommen hat. Sie gratuliert dem FC Landrat zum Jubiläum und wünscht dem Team weiterhin alles Gute! Der nächste Einsatz ist morgen in einer Woche am Dreiländerturnier in Mülhausen.

– *Glückwünsche*

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) darf einem Regierungsratsmitglied herzlich zu einem runden Geburtstag gratulieren: Regierungsrätin Monica Gschwind feierte am letzten Samstag, dem 17. Juni 2023. Herzlichen Glückwunsch! *[Applaus]*

– *Entschuldigungen*

Ganzer Tag Roman Brunner, Fredy Dinkel, Katrin Joos Reimer, Markus Meier

Nachmittag Michael Bürgin, Adil Koller

Begründung für die Abwesenheit der RR-Mitglieder:

Regierungsrätin Monica Gschwind ist bis 15 Uhr entschuldigt auf Grund ihrer Teilnahme an der Plenarversammlung der Erziehungsdirektorenkonferenz.

– *Begrüssung von Gästen*

Auf den Zuschauerplätzen begrüsst Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) die Schüler der internen Berufsschule des Massnahmenzentrums Arxhof (Fach Allgemeinbildung) mit ihrem Lehrer Jochen Schönborn.

– *Begründung persönlicher Vorstösse*

Felix Keller (Die Mitte) wird zum ersten und zum letzten Mal einen Vorstoss begründen. Er hat sich erlaubt, ein ganz heisses Eisen anzufassen – und zwar die Entschädigung des Landrats. Diese war immer wieder Thema in der Geschäftsleitung des Landrats. Die Höhe der Entschädigung gilt seit dem Jahr 2007. Seither ist viel passiert in der Welt. Auch die kommunalen Parlamente haben in der Zwischenzeit ihre Entschädigungen angepasst – teilweise sind diese nun fast gleich oder gleich hoch wie jene des Landrats. Nach 16 Jahren wäre es an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, ob die jetzige Entschädigung noch zeitgerecht ist. Felix Keller selber und auch alle Mitunterzeichnenden des Vorstosses (2023/331) sind abtretende Landrätinnen und Landräte. Er hat das heisse Eisen angefasst, der neu zusammengesetzte Landrat darf es schmieden – und der Redner wird mit Interesse zuhören.

Nr. 2245

2. Zur Traktandenliste
2022/681; Protokoll: md, ps

Keine Wortmeldungen.

://: Die Traktandenliste wird stillschweigend beschlossen.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Postulat 2023/327 von Sandra Strüby-Schaub (SP): Ausbau Knoten Olten Gleis 1 vorantreiben*

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) kann das Anliegen nachvollziehen. Andererseits hätten die öV-Direktoren der Nordwestschweiz inklusive dem Kanton Bern am 5. Juni 2023 ein Schreiben nach Bundesbern verabschiedet, worin das Bundesamt für Verkehr aufgefordert werde, den Ausbau des Knotens Olten so mit Mitteln auszustatten, damit der Ausbauschnitt 2035 umgesetzt werden könne. Der Regierungsrat handelt und hat festgestellt, dass es Probleme gibt und die Kapazität nicht ausreicht. Mehr kann im Moment nicht unternommen werden. Die Fristen sind unmöglich. Der Vorstoss kann nach den Sommerferien behandelt und auch stehengelassen werden, sollte das Parlament dieser Meinung sein – obwohl der Regierungsrat bereits gehandelt hat.

Sandra Strüby-Schaub (SP) nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Vorstoss nicht als dringlich entgegengenommen werde. In der Begründung ist ein Argument für die Dringlichkeit zu sehen, als Rückendeckung oder Stärkung des Anliegens. Der zu erwartende Wegfall des Anschlusses auf den IR37 von Basel her und der S3 von Gelterkinden her auf die S9 in Sissach sowie die sich für die Sekundarschülerinnen und -schüler verschlechternde Situation ab dem kommenden Fahrplan im Dezember stehen unmittelbar bevor. Trotz vielen Interventionen im Rahmen der Fahrplanvernehmlassung ist der Spielraum aufgrund der bestehenden Situation in Olten sehr gering, wenn nicht sogar gleich null. Die Kosten für das fehlende Stück Gleis, die fehlende Weiche sind im Verhältnis zu anderen Infrastrukturprojekten der SBB klein. Die Wirkung wäre jedoch sehr gross und zwar auch für die zukünftige Fahrplangestaltung. Um drohende Elterntaxis und den Umstieg von Pendlerinnen und Pendlern auf den MIV zu verhindern – was auch im Sinne der Autofahrenden ist – sowie eine möglichst rasche Umsetzung einer freieren Situation bei der Einfahrt im Knoten Olten baldmöglichst in Angriff zu nehmen, bittet Sandra Strüby, der Dringlichkeit stattzugeben.

://: Mit 42:40 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Nr. 2246

3. 12 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

2023/260; Protokoll: md

Kommissionspräsident **Heinz Lerf** (FDP) führt aus, bei diesem Paket sei es um 12 Einbürgerungen gegangen. Die Kommission stimmt den Anträgen mit 5:1 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 68:15 Stimmen wird den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht erteilt, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2247

4. 1 Gesuch um Erteilung des Kantonsbürgerrechts an eine ausländische Staatsangehörige: Miteinbezug in die Einbürgerung des Vaters

2023/261; Protokoll: md

Kommissionspräsident **Heinz Lerf** (FDP) sagt, bei diesem Gesuch habe die Petitionskommission über die Einbürgerung eines neugeborenen Kindes beraten, welches in die Einbürgerung des Vaters miteinbezogen werden solle. Die Kommission stimmt dem Antrag einstimmig mit 7:0 Stimmen zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 84:0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Bewerberin das Kantonsbürgerrecht erteilt, und die Gebühr wird gemäss dem regierungsrätlichen Vorschlag festgesetzt.

Nr. 2248

5. 11 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

2023/262; Protokoll: md

Kommissionspräsident **Heinz Lerf** (FDP) schickt voraus, in diesem Paket habe die Kommission 11 Einbürgerungsgesuche behandelt. Ein Gesuch, welches länger diskutiert wurde, stellte die Kommission zurück. Sie erwartet dort noch weitere Informationen und Ausführungen. Der Landrat wird jetzt somit über zehn Einbürgerungsgesuche befinden.

Zu Gesuch Nr. 09 beschloss die Petitionskommission mit 5:0 bei 2 Enthaltungen, eine Rückstellung zu beantragen. Bei den restlichen Gesuchen stimmte die Kommission den Anträgen mit 5:2 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 78:3 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird Gesuch Nr. 09 für vertiefte Abklärungen zurückgestellt.

://: Mit 69:15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird den Bewerberinnen und Bewerbern – mit Ausnahme von Gesuch Nr. 09 – das Kantonsbürgerrecht erteilt, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2249

6. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen
2023/288; Protokoll: md

Kommissionspräsident **Heinz Lurf** (FDP) legt dar, bei diesem Paket sei es um acht Einbürgerungsgesuche gegangen. Die Kommission stimmte den Anträgen mit 6:1 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 72:14 Stimmen wird den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht erteilt, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2250

7. 6 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen
2023/289; Protokoll: md

Kommissionspräsident **Heinz Lurf** (FDP) sagt, dieses Paket beinhalte insgesamt sechs Einbürgerungsgesuche. Die Kommission stimmte den Anträgen mit 5:1 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 71:13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht erteilt, und die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Nr. 2251

8. Petition «Wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm jetzt!»
2023/113; Protokoll: md, gs

Kommissionspräsident **Heinz Lurf** (FDP) berichtet, dass die Petition «Wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm jetzt!» mit ihren 4'407 Unterschriften am 16. Februar 2023 durch die Geschäftsleitung des Landrats zur Vorberatung an die Petitionskommission überwiesen worden sei. Die Petentinnen und Petenten machen darauf aufmerksam, die Flugintensität am EuroAirport (E-AP) habe seit Ende der Corona-Pandemie wieder deutlich zugenommen und erreiche inzwischen wieder nahezu die Werte von 2019. Mit den in den 2010er-Jahren eingeführten Startprozeduren habe sich zudem der Lärmteppich südlich des Flughafens massiv ausgedehnt. Die bisher getroffenen Lärminderungsmassnahmen bezeichnen die Petentinnen und Petenten als wirkungslos. Sie erwarten vom Regierungsrat, dass er sich zum Schutz der Volksgesundheit im Verwaltungsrat des

EAP und auch beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) vehement für eine deutliche Fluglärmreduktion auf Kantonsgebiet einsetzt – und dass die Bevölkerung über die regierungsrätlichen Bemühungen regelmässig unterrichtet wird. Für Details insbesondere zu den von der Petition vorgeschlagenen Verbesserungsmassnahmen wird auf den dem Bericht beiliegenden Petitionstext verwiesen.

Die Petition wurde an den Kommissionssitzungen vom 18. April und 16. Mai 2023 im Beisein des juristischen Beraters der Petitionskommission, Peter Guggisberg, Leiter Rechtsetzung SID, beraten. An der ersten Sitzung hörte die Kommission als Vertretung der Petentinnen und Petenten die Präsidentin, den Vizepräsidenten und ein Vorstandsmitglied des Schutzverbands der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen an. Seitens der fachlich zuständigen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) äusserte sich der für die Beteiligungen der VGD zuständige Controller zu den Anliegen der Petition.

Eintreten auf die Petition war unbestritten.

Der Vorsteher des VGD äussert sich in einer schriftlichen Stellungnahme vom 20. März 2023 zusammengefasst und sinngemäss wie folgt zur Petition: Die Einflussnahme des Kantons Basel-Landschaft auf den EuroAirport erfolgt über die Eigentümerstrategie. Diese wurde im Jahr 2018 erstmals vom Regierungsrat beschlossen und vom Landrat zur Kenntnis genommen. Darin legt der Regierungsrat die mittelfristigen Ziele für den Umgang mit der Beteiligung fest. Die Eigentümerstrategie dient dem Kanton als Führungsinstrument und richtet sich an die beiden Vertreter des Kantons Basel-Landschaft im 16-köpfigen Verwaltungsrat des EAP. Ende 2022 wurde die überarbeitete Eigentümerstrategie zur Kenntnisnahme an den Landrat überwiesen. Der am 30. März 2023 erfolgte Landratsbeschluss zur überarbeiteten Eigentümerstrategie EAP kann im Kommissionsbericht nachgelesen werden.

Im Rahmen der Anhörung hat die Vertretung der Petentinnen und Petenten ihre Kritik hinsichtlich der Umsetzung von wirkungsvollen Massnahmen gegen Fluglärm des EAP mit diversem Karten- und Zahlenmaterial untermauert. Trotz zahlreicher Versprechungen würden die heute bestehenden Vereinbarungen zur Fluglärmvermeidung gemäss den angehörten Vorstandsmitgliedern nicht eingehalten. Sowohl die Anzahl der Starts nach 23 Uhr als auch die Lautstärke der einzelnen Überflugereignisse seien in den letzten Jahren nicht zurückgegangen, das Gegenteil sei der Fall. Die Verärgerung der vom Lärm betroffenen Bevölkerung sei daher verständlich. Es gelte nun, den Baselbieter Vertretern im Verwaltungsrat den Rücken zu stärken, damit sie im Gremium verstärkt auf die Einhaltung der Ziele pochen können, wie sie in der basellandschaftlichen Eigentümerstrategie festgelegt sind. Weiter betonte die Vertretung der Petentinnen und Petenten, dass sie eine Überweisung ihres Anliegen als Postulat sehr begrüessen würden.

Bei der Anhörung der Vertretung der VGD wurde darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit dem Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm vor allem die Frage im Zentrum stehe, wie der Kanton Basel-Landschaft beim EAP Einfluss nehmen könne. Dem Baselbiet stehen zwei Sitze im 16-köpfigen Verwaltungsrat zu, dessen Mitglieder je zur Hälfte aus der Schweiz und aus Frankreich stammen. Die Verwaltungsratsmitglieder vertreten damit unterschiedliche Interessen und müssen ihre Entscheide letztlich auch immer im Interesse des Betriebs EAP fällen. Entscheide zu Änderungen des Regelwerks würden zudem grossmehrheitlich in Frankreich getroffen, ausser sie betreffen den Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich. Laut dem Vertreter der VGD besteht seit Jahren ein reger Austausch mit dem Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen. Die Zusammenarbeit bezeichnet er als gut, ungeachtet der teilweise unterschiedlichen Ansichten. Trotz der aufgezeigten Probleme bei der Umsetzung von Regelungen betreffend Lärmschutz konnten über die Jahre schrittweise Verbesserungen erzielt werden.

Die Mitglieder der Petitionskommission zeigten sich beeindruckt vom grossen Engagement der Petentinnen und Petenten. Die aufgezeigten und durch zusätzliche Dokumente belegten Probleme wurden anerkannt. Allerdings musste die Kommission auch die beschränkten Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die Gremien des EAP zur Kenntnis nehmen. In der Kommission wurde zudem konstatiert, dass der Fluglärm im Landrat in den letzten Jahren bereits ein Dauerthema war und wohl auch bleiben werde. Da zu den von der Petition aufgeworfenen Themen bereits umfassende Abklärungen stattfanden und mit der Eigentümerstrategie sowie der Stellungnahme der VGD fundierte Antworten zu den Petitionsanliegen vorliegen, beschloss die Petitionskommission mit 6:1 Stimmen, dem Landrat zu beantragen, von der Petition Kenntnis zu nehmen. Die eine Gegen-

stimme hätte eine Überweisung der Petition als Postulat an den Regierungsrat bevorzugt, um die Petitionsanliegen anlässlich der regierungsrätlichen Berichterstattung im Landrat zu diskutieren. Mit 6:1 Stimmen und ohne Enthaltungen beantragen die Mitglieder der Petitionskommission dem Landrat, von der Petition 2023/113 Kenntnis zu nehmen.

– *Eintretensdebatte*

Für **Roger Boerlin** (SP) haben die Ausführungen von Heinz Lurf gezeigt, dass der Lärm rund um den Flughafen Basel-Mulhouse ein Dauerthema sei – das sei der SP-Fraktion sehr wohl bewusst. Trotzdem beantragt die SP, dass die Petition als Postulat überwiesen wird. Folgende Gründe sprechen für die Überweisung: Es sind 4400 Unterschriften zusammen gekommen. Gegenüber den Menschen, welche die Unterschriften gesammelt haben, ist es eine Frage des Respekts. Diese Stimmen sollen mit der Überweisung ernst genommen werden. Was heisst es, wenn die Petition bloss zur Kenntnis genommen wird? Es klingt wie ein Eingeständnis oder fast wie eine Kapitulation. Eine Überweisung stärkt den beiden Baselbieter Delegierten im Verwaltungsrat des EuroAirports (EAP) den Rücken. Es ist schlicht ein Faktum, dass die Südanflüge seit dem Ende der Corona-Pandemie wieder deutlich zugenommen haben (man hat es gehört) – und damit auch der Fluglärm. Die Massnahmen zur Fluglärmverminderung, die vereinbart wurden, wurden nie wirklich eingehalten. Die Ratlosigkeit von EAP-Direktor Matthias Suhr gegenüber der Zunahme der Südanflüge, die sich kürzlich in einem Interview bei Telebasel zeigte, ist äusserst verwunderlich. Es geht auch darum, ihm den Rücken zu stärken. Aus diesen Gründen wird die Überweisung der Petition als Postulat beantragt.

Werner Hotz (EVP) spricht der Petitionskommission einen grossen Dank für die sorgfältige Arbeit aus. Die Thematik wurde gründlich geprüft. Es wurden Hearings veranstaltet. Das wird sehr geschätzt. Das Postulat von Kathrin Joos wurde seinerzeit überwiesen. Quasi als Support für dieses erste Postulat unterstützt die Fraktion auch die Überweisung der Petition als Postulat. Als Verdoppelung macht dies Sinn. Der Wille der 4400 Petenten kommt damit nochmals klar zum Ausdruck. Denn es besteht weiterhin Handlungsbedarf beim Fluglärm. Als kleiner Beleg: Vergangene Nacht war der letzte Start am EAP – ein Cargo-Flug mit einer Boeing 757 von Basel nach Paris – um 23.20 Uhr. Die Bevölkerung wird wach, damit dieser Cargo-Flug 30 Minuten später in Paris landen kann. Personentransporte finden gemäss dem Wissen des Redners um diese Zeit nicht mehr statt. Cargo-Flüge gibt es aber um diese Zeit noch. Das macht auch keinen Sinn. Es besteht also weiter Handlungsbedarf im Verwaltungsrat – und den beiden Vertretern des Kantons soll der Rücken gestärkt werden.

Markus Dudler (Die Mitte) sagt, es scheine populär, ein Postulat nachzuschieben. Das kommt bei den Wählern im Raum Allschwil/Binningen sicher gut an. Es ist anzunehmen, dass die Fraktion sich nicht gross dagegen wehren wird, die Überweisung als Postulat zusätzlich zu unterstützen. Vielleicht gibt es noch einen altgedienten Landrat der Mitte, der sich ebenfalls noch äussern wird. Es war in der Kommission relativ eindeutig, dass das Anliegen der Petition anerkannt wird – diese aber nur zur Kenntnis genommen werden soll. Darum ist der Redner etwas erstaunt über die Haltung des Vorredners. In den Fachkommissionen des Landrats wird das Thema ja regelmässig angeschaut, geprüft, mit Statistiken unterlegt und per Bericht auch kommuniziert. So gesehen wäre das Postulat obsolet. Die Mitte/glp-Fraktion wird sich aber nicht gegen die Überweisung wehren.

Für **Rahel Bänziger** (Grüne) ist es ein Armutszeugnis, dass sich die Bevölkerung mittels einer Bittschrift (eine Petition ist nichts Anderes) an den Regierungsrat wenden müsse, damit die Vereinbarungen, Versprechen, Abkommen sowie die Grenzwerte eingehalten würden. Man muss sich das vorstellen. Die Bevölkerung muss sich trotz der gesetzlichen Bestimmungen bittend an den Regierungsrat wenden, dass diese Vorgaben eingehalten werden sollen. Zum Glück hat der Landrat das Postulat von Kathrin Joos bereits überwiesen – der Auftrag, sich um diese Anliegen zu kümmern, besteht damit. Die Rednerin geht mit dem Vorredner einig, dass doppelt genäht besser hält. Darum plädiert sie dafür, die Petition als Postulat zu überwiesen – um nachzudoppeln und den 4400 Leuten im Landrat eine Stimme zu geben.

Den grössten Kampf gegen den Fluglärm hat die Rednerin allerdings am 30. März geführt – es war

ihr letzter grosser Kampf im Landrat. Er gipfelte darin, dass die Nachtflugsperrung von 23 bis 6 Uhr in die Eigentümerstrategie zum EAP aufgenommen wurde. Auch sind diverse Vorstösse der Votantin, die zur Abschreibung beantragt waren, vom Landrat nicht abgeschrieben worden. Es besteht weiterhin der Auftrag für eine Risiko-Analyse und eine UVP. Das war das schönste Abschiedsgeschenk, dass der Landrat (bzw. jene Mitglieder, die zugestimmt haben) der Rednerin machen konnte. Darum möchte die Rednerin sich bedanken. Es ist zu hoffen, dass der Kampf mit der Petition weitergeht – und das Thema auf dem Schirm bleibt. Es ist klar, dass der EAP eine grosse wirtschaftliche Bedeutung hat; das wurde von der Rednerin nie verneint. Das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung sollten aber nicht vergessen werden. Darum ist zu hoffen, dass es so weitergeht. Die Rednerin plädiert nochmals für eine Überweisung der Petition als Postulat.

Hanspeter Weibel (SVP) will es sich nicht nehmen lassen, sich zu einem Thema zu äussern, das ihn seit Jahren und bald Jahrzehnten immer wieder beschäftigt habe – und ihn nachts nicht schlafen lassen. Man kann sagen, dass die Mitglieder des Landrats, die sich bis anhin gegen den Fluglärm eingesetzt haben, jetzt durch die Amtszeitbegrenzung und andere Gründe dahingerafft werden. Es werden wohl immer weniger. Der Redner ist für eine Überweisung als Postulat. Man konnte sehen, wie ein hilfloser EAP-Direktor zur Kenntnis nimmt, dass die Zahl der Südanflüge explodiert ist. Während der Art Basel konnte der Redner die vielen Privatjets vom Garten aus beim Landeanflug beobachten. Es sind zwar kleine Flieger – sie machen aber viel Lärm. Grösse alleine hat nichts mit Lärm machen zu tun. Das Thema wird die Region weiterhin beschäftigen. Es ist der Satz gefallen, der Landrat solle die eigenen Verwaltungsräte im EAP unterstützen. Das Interessante ist: Am Neujahrsapéro des EAP hat jemand zu erklären versucht, dass die hiesigen massgeblichen Kräfte nicht wie in Frankreich in Paris sitzen – sondern in Liestal (und nicht in Bern). Darauf müsse man hören. Das wurde unter den Verwaltungsräten diskutiert. Es war beeindruckend, dass sie dies jetzt kapiert haben. Darum wäre es falsch, wenn man die Petition – auch wenn dies letztlich für viele als wirkungslos erscheint – nicht als Postulat überweisen würde. So kann man weiterhin ein Zeichen setzen, dass man am Thema dranbleibt – es beschäftigt weiterhin. Man wird dieses Jahr übrigens auf eine Südanflugquote kommen, die weit über 10 % liegt – was gemäss Vereinbarung nicht nur Berichte, sondern auch Massnahmen nach sich ziehen müsste. Es ist klar, dass weder der EAP noch Paris dies wahnsinnig beeindruckend finden. Dennoch sollte man zu sagen versuchen, man lasse nicht locker, sondern bestehe auf den Vereinbarungen – und man wolle dies weiterhin zum Thema machen. In diesem Sinne will der Redner kein Abschiedsgeschenk – es wäre aber nett, wenn der Landrat die Petition überweisen würde.

Andreas Bammatter (SP) sagt, dass die Anflüge die eine Sache seien – es zählten aber auch die Abflugsprozeduren, die massgeblich für Lärmstörungen verantwortlich seien. Als Beispiel sei die Abflugsprozedur NADP-1 genannt, das sogenannte Noise Abatement Departure Procedure 1: Bis in eine Höhe von 3000 Fuss über Grund erfolgt eine maximale Steigleistung – erst dann werden die Klappen eingezogen. Diese Massnahme hilft, den Lärmteppich zu entlasten. Zürich und Genf kennen dieses Verfahren bereits – in Basel fehlt es noch. Wenn man eine generelle Einführung von NADP-1 in Basel-Mulhouse vollziehen könnte, wären die Abflüge für die Wohngebiete im Süden – in Allschwil, Bourgfelden, Hegenheim, Basel-Neubad, Binningen – und in der ganzen Region um bis zu 4 Dezibel leiser. In Anbetracht, dass die beiden anderen genannten Flughäfen dieses System bereits generell vorgeschrieben haben und diese Prozedur den lokalen Flughafen in keiner Weise einschränken würde, ist es angezeigt, dass man diese Idee zwingend ins hiesige Betriebsreglement einfügt. Weitere Schritte sollen darum analog zum Gesagten und zu den Forderungen der Petition erfolgen – damit Flughafen und Bevölkerung zusammen einen weiteren Schritt in eine freundliche Umgebung erwirken können.

Balz Stückelberger (FDP) sagt, die FDP wollte sich eigentlich nicht zu Wort melden. Im Sinn der Ausgewogenheit der Wortmeldungen soll trotzdem etwas gesagt werden. Hanspeter Weibel hat gesagt, ein Postulat sei wirkungslos. Dieser Aussage kann der Redner zustimmen. Darum muss man die Petition auch nicht als Postulat überweisen – man soll sie zur Kenntnis nehmen und würdigen. Ein wirkungsloses Postulat macht nur dann Sinn, wenn es als Zeichen stehen bleiben soll. Dann hat man ein Zeichen gesetzt, woran man sich orientieren kann. Es gab vielleicht einst eine

Zeit (der Redner ist auch schon länger im Landrat), als es solche Zeichen gebraucht hätte. Wenn man aber die Diskussion über die Eigentümerstrategie verfolgt hat, ist man sich wahrscheinlich – hoffentlich – einig, dass die ganze Flughafenthematik und die Sensibilisierung auf die heiklen Themen im Verwaltungsrat und in der Regierung erkannt sind und auch angegangen werden. Mit der aktuellen Vertretung im Verwaltungsrat wird dies eindrücklich unter Beweis gestellt. Ein Aspekt davon ist der Umstand, dass in der Eigentümerstrategie jetzt die lang ersehnte Anpassung der Betriebszeiten des Flughafens drin ist. Es kann also niemand sagen, es brauche jetzt noch ein wirkungsloses Postulat, das als Zeichen stehen bleibt. Die Themen sind erkannt; es wird daran gearbeitet – man weiss aber auch, dass der Einfluss des Landrats und der Baselbieter Regierung sehr beschränkt ist. Darum macht die Überweisung der Petition als wirkungsloses Postulat keinen Sinn.

Linard Candreia (SP) will die Diskussion nicht verlängern. Der Redner meldet sich zu Wort, um seine Solidarität für eine grosse Region zu erklären. Es dürfte etwa die Hälfte der Baselbieter Bevölkerung täglich diesem Lärm ausgesetzt sein (ohne dies jetzt ausgerechnet zu haben). Was den Redner sehr enttäuscht: Man kann überall lesen, dass man wieder im alten Modus ist – die Flugbewegungen nehmen wieder zu. Vor zwei, drei Jahren konnte man noch viel optimistischer sein – man durfte annehmen, dass die ganzen Klimadiskussionen etwas bringen. Es geht aber genau gleich weiter wie früher. Das ist enorm enttäuschend. Die Flugintensität nimmt zu – während man gleichzeitig von der Klimakrise redet. Man konnte jetzt hören, mit welchem Aufwand auf politischer und anderer Ebene hantiert wurde und was alles gemacht wurde. Es gab Massnahmen. Es gab einen Austausch zwischen der VGD und dem Schutzverband. Es sei ein Dauerthema. Der Landrat beschäftigt sich stundenlang mit dem Thema. Dann kommt die Petition mit mehr als 4000 Unterschriften – das ist auch Aufwand. Wenn man sich den enormen Aufwand vorstellt, so steht er in keinem Verhältnis zum Resultat. Das Resultat ist doch frustrierend. Man könnte auch von einem Trauerspiel mit unendlich vielen Akten reden.

Der Landrat spricht viel über die Demokratie – sie wird auch sehr hoch gehalten. Die Schweiz ist ein demokratisches Land – zum Glück hat man diese Rechte. Das aktuelle Beispiel zeigt aber auf, wie berechtigte Anliegen in einer Endlosschleife sind. Das ist enttäuschend und schlecht für die Demokratie. Selbstverständlich wird aber nicht aufgegeben. Der Landrat besteht ja aus Kämpferinnen und Kämpfern. Die Überweisung als Postulat ist darum – wie bereits gesagt – viel besser als eine Kenntnisnahme. Ein Postulat ist ausserdem ein wichtiges demokratisches Instrument.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Eventualabstimmung: Postulat vs. Kenntnisnahme*

://: Mit 50:30 Stimmen wird der Überweisung der Petition als Postulat gegenüber der Kenntnisnahme der Petition in einer Eventualabstimmung der Vorzug gegeben.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 56:25 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Petition als Postulat überwiesen.

Nr. 2252

9. Jahresbericht 2022

2023/185; Protokoll: ps

Finanzkommissionspräsidentin **Laura Grazioli** (Grüne) führt aus, die Erfolgsrechnung 2022 weise einen Überschuss von CHF 95 Mio. aus, budgetiert sei ein Gewinn von lediglich CHF 0,9 Mio. gewesen. Dies führt zu einer entsprechenden Erhöhung des Eigenkapitals (ohne Bilanzfehlbetrag aus der Reform der Pensionskasse) auf CHF 754 Mio. Dieses liegt jetzt auf dem höchsten Stand der letzten 16 Jahre und weiterhin deutlich über dem Warnwert. Der Selbstfinanzierungsgrad und der Finanzierungssaldo fallen ebenfalls besser aus als budgetiert, so dass die Nettoverschuldung

reduziert werden konnte. Weiter wurden dreieinhalb Jahrestanchen des Bilanzfehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse abgetragen; budgetiert war eine Tranche. Die Nettoinvestitionen von CHF 154 Mio. liegen CHF 14 Mio. unter dem budgetierten Wert.

Der Regierungsrat beantragt Genehmigung der Jahresrechnung sowie Kenntnisnahme des Berichts der Finanzkontrolle und der drei Kreditübertragungen aus dem Budget 2022 in das Budget 2023 über total CHF 0,5 Mio. in der Erfolgsrechnung.

Die Finanzkontrolle erteilt aus folgendem Grund ein eingeschränktes Prüfungsurteil: Eine von kantonalen Behörden benutzte Immobilie sei als Finanzvermögen erworben und offengelegt worden, obwohl es sich gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz um Verwaltungsvermögen handle. Die Investition sei in der Investitionsrechnung nicht erfasst und in der Geldflussrechnung falsch ausgewiesen. Weiter macht die Finanzkontrolle auf eine wesentliche Unsicherheit hinsichtlich der Steuererträge aufmerksam. Das Prüfungsurteil ist im Hinblick auf die Hervorhebung aber nicht eingeschränkt. Die Finanzkontrolle empfiehlt trotz eingeschränktem Prüfungsurteil die Genehmigung der Jahresrechnung, weil die falsche Darstellung das vermittelte Gesamtbild nicht grundlegend verändere.

Eintreten war in der Finanzkommission unbestritten.

Wie gewohnt prüften die Subkommissionen der Finanzkommission die Jahresrechnung in ihren Sachbereichen und holten schriftliche Zusatzauskünfte bei den zuständigen Verwaltungseinheiten ein. Die Berichte der Subkommissionen können im Anhang des Kommissionsberichts nachgelesen werden.

In allgemeiner Hinsicht hob die Kommission die solide Führung der Finanzen durch Regierungsrat und Verwaltung, die Qualität der Führungsinstrumente für den Landrat und den erfreulichen Rechnungsabschluss hervor. In den wenigen Bereichen, in denen der Abschluss schlechter ausfiel als geplant, handelt es sich um einmalige Effekte oder nachvollziehbar begründbare Entwicklungen wie z. B. die Demografie.

Um den Handlungsspielraum auch für künftige Generationen zu erhalten, darf laut der Finanzkommission die gute Jahresrechnung aber nicht zu Begehrlichkeiten verleiten. Denn bereits der Ausblick auf das laufende Jahr ist getrübt. Zudem stellen mögliche grosse kantonale Projekte Herausforderungen für das finanzielle Konstrukt des Kantons dar. Deshalb ist gemäss Kommission gesamthaft Vor- und Umsicht geboten.

Die Kommission diskutierte auch das eingeschränkte Prüfungsurteil der Finanzkontrolle. Der Finanzdirektor bestätigte, dass die Qualifizierung der Liegenschaft als Finanzvermögen nicht korrekt sei. Aufgrund des Jahreswechsels sei es aber nicht mehr möglich gewesen, den Betrag rechtzeitig mittels Landratsvorlage ins Verwaltungsvermögen zu überführen. Ein solcher Fall trete allerdings nur selten auf. Der Kauf einer Liegenschaft auf dem Markt kann für den Kanton aufgrund politischer Abläufe und der Öffentlichkeit herausfordernd sein. Die Finanzkontrolle sieht für die Zukunft drei Optionen: Erstens, der Kauf erfolgt wie vorliegend entgegen dem Finanzhaushaltsgesetz, was möglicherweise einen Einfluss auf den Prüfvermerk der Finanzkontrolle hat. Zweitens wäre es möglich, kurz vor der Unterzeichnung des Kaufvertrags eine Landratsvorlage beschliessen zu lassen. Drittens könnte das Finanzhaushaltsgesetz angepasst werden.

Die Schulden wurden seitens Kommission als weiterhin hoch beurteilt. Immerhin kommt der Kanton beim Abbau des Bilanzfehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse voran, dies vor allem dank der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Der Schuldenabbau sei wichtig, wurde gesagt, weil eine Zeit komme, in der hohe Schulden extrem teuer würden. Gemäss Finanzdirektion wird in den nächsten zwei Jahren aber voraussichtlich kein Bedarf für eine Neuverschuldung zu höheren Zinsen bestehen.

Bei den Steuereinnahmen interessierten die Kommission insbesondere die Steuern aus den Vorjahren, die um CHF 69 Mio. unterschätzt wurden. Der Finanzdirektor hielt dazu fest, im Vergleich zum Gesamtertrag aus den Steuern handle es sich um eine kleine Abweichung und über mindestens zehn Jahre betrachtet liege sie nur bei rund 1 %. Die Schätzung beruht auf der Prognose von BAK Economics, die weiterhin unverändert übernommen werden soll, um die Position entpolitisiert zu belassen.

Ein weiteres Thema war das Personal. Das Personalwachstum sei eng zu begleiten, meinten einige Kommissionsmitglieder. Bei Grossprojekten wie der Stärkung der Digitalen Transformation sei künftig durch Monitoring aufzuzeigen, dass das neue Personal nicht einfach dazukomme, sondern

eine Entlastung an anderen Stellen bewirke.

Die Abnahme des Aufwands für Prämienverbilligungen, schliesslich, wurde der Kommission mit den tiefer als prognostiziert ausgefallenen Fallzahlen erklärt. Es handelt sich um keine materielle Änderung. Zudem ist die Differenz mit Blick auf die Totalausgaben nicht so gross.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen ohne Enthaltungen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss. Die Kommission beschloss einstimmig die Durchführung einer Eintretensdebatte, weil es sich um ein wichtiges Geschäft handelt.

Florian Spiegel (SVP) als Präsident der Geschäftsprüfungskommission erklärt, die GPK habe auch dieses Jahr ihren Auftrag zur Prüfung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung wahrgenommen, dem Regierungsrat Fragen gestellt und im Austausch mit den zuständigen Direktionen die offenen Fragen geklärt.

Ein Thema, das wiederholt bei allen Direktionen ein hohes Gewicht hatte, war die IT, sowohl hinsichtlich der Projekte und der Infrastruktur als auch bezüglich des fehlenden Personals. Dies ist auch zum Teil eine Folge des Ausbaus und der Umstellung während der COVID-Pandemie.

Ein Thema bei der Finanz- und Kirchendirektion war das Sozialamt. Die Kommission liess sich aufzeigen, dass es in der Sozialhilfestatistik in den letzten zehn Jahren eine grosse Verschiebung bei den Dossiers gab. Diese werden in Bezügergruppen zusammengefasst: ein, ein bis zwei, zwei bis vier und über vier Jahre. In den letzten zehn Jahren gab es eine starke Verschiebung bei den Kurzzeitbezügern, von ehemals über 40 % auf 30 %. Bei den Langzeitbezügern hingegen gab es eine Steigerung um 17,4 % auf 29,3 % im 2021.

2022 stieg der Gesamtbestand aller Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich um 70 % (um 300 Personen) an. Für 2023 wird ein weiterer Anstieg um 1'500 bis 2'000 Personen erwartet, was bedeutet, dass sich in zwei Jahren der Gesamtbestand von Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich im Kanton verdoppelt hat. Dies ist insofern erwähnenswert, weil im Auge behalten werden muss, dass sich dies vor allem auf die Gemeinden auswirken wird. Für diese werden die Herausforderungen in Zukunft noch grösser sein.

Bei der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) gibt es zahlreiche offene Ausbildungsstellen: Von den geplanten fast 27 Ausbildungsstellen konnten lediglich 15 besetzt werden. Dies ist nicht nur bei der BUD so, sondern auch bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD), sowie beim Amt für Wald beider Basel, wo es bei den Ausbildungsstellen eine Abweichung von minus 55 % gibt. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass es immer schwieriger wird, Lernende für die Ausbildungsstellen zu finden. Die Praktikums- und Volontariatsstellen, für welche es früher noch eine Warteliste gab, sind heute in vielen Bereichen nicht einmal mehr besetzt. Der Druck für die Verwaltung nimmt stetig zu.

Zum Amt für Umweltschutz und Energie ist festzuhalten, dass es ein markanter Anstieg von Rückstellungen für Altlasten gegeben hat. Dies ist durch mehrere Faktoren erklärbar: Einerseits wird das Umweltschutzgesetz des Bundes revidiert, wobei erstmals verbindliche Fristen definiert werden sollen. Alle eingetragenen Standorte müssen demnach bis 2032 einer Voruntersuchung unterzogen werden. Im Fall eines Befunds müssen sie bis 2045 saniert werden. Im Kanton wurden im Jahr 2022 62 solche Standorte untersucht. Dadurch ging die Anzahl zu überprüfender Standorte auf 324 zurück. Von den 62 wurden 51 zu einem Standort zusammengefasst und lediglich 11 konnten entlassen werden. Die Rückstellungen erfolgten, um auf die Anpassung hin zeitnah die finanziellen Mittel bereitzustellen zu können.

Bei der Erfolgsrechnung Personal der Sicherheitsdirektion liess sich die Kommission aufzeigen, dass der Personalaufwand der Staatsanwaltschaft zwar um CHF 1 Mio. tiefer ausfiel als budgetiert, aufgrund der Reorganisation Stawa 2022 plus. Dafür fiel der Personalaufwand der Polizei um CHF 1,7 Mio. höher als budgetiert aus. Der Grund dafür ist die hohe Arbeitsbelastung beziehungsweise Rückstellungen für Über- und Gleitzeit sowie Ferienguthaben. Um die Sicherheit in den Gefängnissen gewährleisten zu können, wurden für das Jahr 2022 17,6 zusätzliche Stellen geschaffen. Per Januar 2022 konnten noch nicht alle besetzt werden, jedoch wurde eine Drittfirma mandatiert, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Ein weiteres Thema waren die Vergabekriterien beim Swisslos-Fonds, da in jüngster Vergangenheit bei mehreren unterstützten Projekten die Unterstützungswürdigkeit von der Öffentlichkeit hinterfragt wurde. Die Regierungspräsidentin konnte aufzeigen, dass die Richtlinien überarbeitet wer-

den. Die Subko 4 und die GPK behalten sich vor, zukünftig beim Swisslos-Fonds trotzdem genau hinzuschauen.

Bei der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ist das Projekt der Abschlussquote im Schulsektor zu erwähnen. Die als Ziel gesetzte Abschlussquote auf Sek II-Stufe von 95 % konnte weiterhin nicht erreicht werden. Im Jahr 2020 waren es 89 %. Der Subko 5 wurde dargelegt, dass die BKSD weiterhin laufend Anstrengungen unternimmt, um das Ziel zu erreichen. Dabei konzentriert sie sich vornehmlich auf den Übergang zwischen obligatorischer und nichtobligatorischer Schulzeit. Die Direktion erwähnte auch, dass durch die gegenwärtige Flüchtlingssituation die Zielerreichung noch anspruchsvoller geworden sei. Aktuell ist der Kanton mit einer steigenden Anzahl von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden konfrontiert, die über keine Deutschkenntnisse verfügen und zum Teil nicht alphabetisiert sind. Der Regierungsrat kommt deshalb zur Einschätzung, dass es nicht möglich ist, einen Zeithorizont für die Erreichung des Ziel zu nennen.

Im Grossen und Ganzen konnte der Regierungsrat sämtliche Fragen beantworten und zu allen Bedenken Stellung nehmen. Damit bleibt der GPK der Dank an die Mitarbeitenden des Kantons und sie beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen, den Teil Geschäftsbericht im Jahresbericht 2022 zu genehmigen.

– *Eintretensdebatte*

Ernst Schürch (SP) hält fest, die guten Resultate der Jahresrechnung 2022 könnten gewürdigt werden. Die Erfolgsrechnung weist einen Überschuss von CHF 95 Mio. auf, obwohl dreieinhalb Tranchen des Fehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse abgetragen wurden. Das Eigenkapital beträgt neu CHF 754 Mio. Dies sind sehr gute Ergebnisse. Sorgen aber bereitet, dass bei den Investitionen wiederum CHF 14 Mio. weniger als budgetiert beansprucht wurden. Über einige Jahre hinweg entsteht so ein recht grosser Investitionsstau, der irgendwann zu grösseren Problemen führen wird. Die Rechnung ist gut, die Details können der Vorlage entnommen werden. Die Finanz- und die Geschäftsprüfungskommission haben sich intensiv mit der Jahresrechnung auseinandergesetzt. Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat und vor allem der Verwaltung ausdrücklich für ihre grosse und gute Arbeit. Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) erweist sich als gutes Steuerungsinstrument. Die SP-Fraktion wird die Jahresrechnung einstimmig genehmigen und den Bericht der Finanzkontrolle einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Zwei Punkte möchte Ernst Schürch anfügen: Nach Ansicht der SP-Fraktion hat der Regierungsrat in den letzten Jahren zu konservativ budgetiert. Die Rechnungen waren jeweils viel besser als das Budget. Folglich bestünde mehr Handlungsspielraum für Investitionen zugunsten der Bevölkerung. Die SP-Fraktion erwartet, dass der Regierungsrat künftig mutiger und offensiver handelt.

Dies mag als Widerspruch zum vorher Gesagten erscheinen, aber es ist noch nicht genau bekannt, wie sich Einnahmen und Ausgaben künftig entwickeln. Die finanziellen Aussichten für die folgenden Jahre erscheinen leider weniger gut. Die Auswirkungen der letzten Steuersenkungen sind noch nicht vollständig klar. Der Kanton kann es sich nicht leisten, weitere Steuersenkungen vorzunehmen und noch mehr an Einnahmen einzubüssen. Die SP-Fraktion wird sich vehement gegen weitere Steuersenkungen wehren.

Dieter Epple (SVP) hält fest, eine vorsichtige Budgetierung, ausserordentlich hohe Steuereinnahmen und eine hohe Gewinnausschüttung der Nationalbank seien die Hauptgründe für den positiven Jahresabschluss. Bei den Steuereinnahmen verschätzte man sich und die Mehreinnahmen der Nationalbank waren nicht geplant. Unsicherheiten waren durch den Krieg in der Ukraine und die globale Inflationsswelle vorhanden, hatten jedoch keinen Einfluss auf die Jahresrechnung. Das Budget 2022 wurde 2021 mitten in der Pandemie erstellt. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich besser als erwartet. Herausforderungen im Gesundheitsbereich müssen weiterhin bewältigt werden, jedoch auch in der Bildung müssen die Kosten diskutiert werden und nicht nur bezüglich der eigenen Schulen, sondern auch betreffend der Universität Basel. Zu unterstützen ist der Schuldenabbau. Er sorgt für eine Verbesserung des finanziellen Handlungsspielraums und verhindert gleichzeitig unnötige Begehrlichkeiten. Der Asylbereich ist ein leidiges Thema und es besteht Handlungsbedarf. Es kann nicht so weitergehen, sonst wird bald eine Bürgerwehr wieder ein Thema sein. Herausforderungen gibt es in allen Bereichen. Die SVP-Fraktion wünscht dem Regierungsrat weiterhin ein glückliches Händchen und dankt allen Angestellten bestens für ihre Arbeit.

Thomas Buser (EVP) erläutert, die Grüne/EVP-Fraktion sei erfreut über das gute Resultat der Jahresrechnung 2022. Gewisse Unwägbarkeiten gibt es immer. Es ist erfreulich, dass die Steuereinnahmen höher ausgefallen sind als budgetiert. Aber auch in Zukunft sollte eher vorsichtig budgetiert werden. Die Ausschüttungen der Nationalbank waren ebenfalls erfreulich hoch. Dieses Jahr wird es wohl anders aussehen. Der Verwaltung und dem Regierungsrat wird für die umsichtige Arbeit gedankt. Die Grüne/EVP-Fraktion empfiehlt Genehmigung der Jahresrechnung.

Stefan Degen (FDP) nimmt vorweg, es handle sich um ein gutes Ergebnis mit schwierigen Aussichten. Dem Sprecher der SVP-Fraktion kann weitgehend zugestimmt werden, mit Ausnahme der Bürgerwehr. Es ist zu hoffen, dass nie über eine solche gesprochen werden muss. Es waren tolle Nachrichten aus der FKD: Das Gesamtergebnis, die Abtragung des Bilanzfehlbetrags, das Eigenkapital und der Finanzierungssaldo sind gut und es ist toll, was in den letzten Jahren geleistet wurde. Die Finanzen und die zugehörigen Prozesse konnte man in den Griff bekommen. Zum Eigenkapital: Es ist toll, dass der Fehlbetrag aus der Reform der Pensionskasse immer stärker mit dem Eigenkapital zusammengezogen wird und dann der Nettobetrag ausgewiesen wird. Als letzterer noch negativ war, wurde dies noch nicht so gemacht. Auch wenn der angestrebte Investitionssaldo von etwas über CHF 200 Mio. erreicht würde, wäre der Finanzierungssaldo noch positiv und es hätten Schulden abgebaut werden können.

Die Aussichten sind nicht so gut. Es liegen viele politische Geschäfte auf dem Tisch, die das gute Ergebnis zunichtemachen könnten. Die Schulden müssen angesichts der steigenden Zinsen reduziert werden. Auch wenn sich dies für den Kanton immer etwas verzögert auswirkt, haben die Zinsen irgendwann verheerende Auswirkungen für die öffentliche Hand. Aber es braucht viele Jahre, in denen gut gewirtschaftet wird. Ernst Schürch ist zu widersprechen: Basel-Landschaft muss sein Profil als wettbewerbsfähiger Kanton schärfen und vielerorts die Steuern anpassen. Die Vermögenssteuer ist noch nicht dort, wo sie sein müsste, damit die Einnahmen gleich hoch gehalten werden können. Die OECD-Reform wird vermutlich ein Nullsummenspiel, denn die Firmen werden andere Standorte auch genauer anschauen. Steuern sind kein Kriterium mehr. Viele Punkte bewirken Unsicherheiten für die Zukunft, und diese müssen mit rationalen und objektiven Massnahmen angegangen werden und nicht mit Wünschen, möglichst viel Geld umzuverteilen. Der Kanton muss für den Wettbewerb bereit sein. Dem Regierungsrat wird für das Ergebnis und die Arbeit, die Transparenz und den jährlichen erweiterten Bericht gedankt. Die FDP-Fraktion wird für Genehmigung der Rechnung stimmen und den Bericht der Finanzkontrolle zur Kenntnis nehmen.

Franz Meyer (Die Mitte) hält fest, es könne auf eine sehr gute Jahresrechnung 2022 zurückgeschaut und diese genehmigt werden. Die Zahlen sind beeindruckend: CHF 95 Mio. Überschuss, ein Eigenkapital von über CHF 750 Mio. und die Abtragung von dreieinhalb Jahrestranche des Bilanzfehlbetrags. Die Mitte/GLP-Fraktion dankt dem Kanton, dem Regierungsrat und der Verwaltung für die sehr solide Führung der Finanzen bestens. Trotzdem darf man nicht übermütig werden. Es ziehen Wolken auf. 2023 ist kaum mit einer Gewinnausschüttung der Nationalbank zu rechnen und in den Bereichen Gesundheit und Bildung ist von starken Kostensteigerungen auszugehen. Aber auch andere Diskussionen wie eine mögliche Übernahme der Primarschulen durch den Kanton kann das finanzielle Gleichgewicht des Kantons schnell ins Wanken bringen. Deshalb ist wichtig, vor- und umsichtig zu bleiben im Hinblick auf die Kantonsfinanzen und es ist zu hoffen, dass uns Regierungsrat Anton Lauber als Säckelmeister noch lange erhalten bleibt.

Ronja Jansen (SP) ist perplex über die Äusserung der SVP-Fraktion, dass eine Bürgerwehr nötig werde, sollten die Asylzahlen steigen. Es ist absolut deplatziert, eine implizite Drohung und eine Verharmlosung von Gewalt gegen verletzte Menschen in diesem Saal zu äussern. Es ist zu hoffen, dass ein nächstes Mal interveniert wird, wenn solche Äusserungen fallen; diese haben im Rahmen eines demokratischen Parlaments keinen Platz. Es ist zu hoffen, dass die SVP solche Äusserungen in Zukunft unterlässt.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für die positive Aufnahme der Rechnung 2022. Es handle sich um eine speziell gute Rechnung. Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Es gab positive Überraschungen und es wurde bezüglich der Kosten sehr gut budgetiert, ebenso bei

der Schätzung der Einnahmen. Bei den Einnahmen stützt man sich auf die Zahlen von BAK Economics, die bei den Vermögens- und Einkommenssteuern nie verändert werden. Von Zeit zu Zeit gibt es Abweichungen. Diese sind jedoch über die Jahre hinweg relativ gering. Die Schätzung der Kosten war relativ präzise. Die Rechnung ist so gut, weil die Steuererträge deutlich gestiegen sind, mit CHF 151 Mio. mehr als budgetiert. Man kann sich fragen, weshalb. Werden in den Vorjahren die Steuern zu tief eingeschätzt, als sie dann effektiv sind, können 2022 Steuermehrerträge verbucht werden. Zu einer tieferen Einschätzung der Steuererträge führten einerseits die COVID-Krise und andererseits der Ausbruch des Kriegs in der Ukraine. Nun profitiert der Kanton davon, dass sie höher ausgefallen sind. Der zweite wichtige Aspekt, die Ausschüttung der Nationalbankgelder, verzeichnete ein Plus von CHF67 Mio. Zwei grosse Positionen führten also zu dem guten Ergebnis. Ansonsten war man ausserordentlich präzise unterwegs, was für die Instrumente, die Verwaltung und den Landrat spricht. Zudem gab es einen Glücksfall, der noch nicht erwähnt wurde: ein AAA+ von S&P Global Ratings, was nicht unterschätzt werden darf. Bei einer Verschuldung von CHF 2,3 Mrd. ist es gut, diese Bewertung halten zu können. Heute wurde der Leitzins erneut erhöht. Es gilt aufzupassen, dass bei einer Zunahme der Verschuldung nicht mehr Passivzinsen bezahlt werden müssen. Das Geld sollte besser für anderes eingesetzt werden. Die Verschuldung sollte nicht zunehmen, was eine Herausforderung werden wird. Das Eigenkapital ist gut und gleichzeitig ist der Kanton beim mittelfristigen Ausgleich auf acht Jahre als Teil der Schuldenbremse gut unterwegs. Es wurden dreieinhalb Tranchen des Bilanzfehlbetrags aus der Pensionskassenreform abgetragen. Wäre weniger abgetragen worden, würde der Überschuss vielleicht CHF 150 Mio. betragen, was die Erfolgsrechnung erhöht und zu mehr Spielraum bezüglich des mittelfristigen Ausgleichs im Rahmen der Schuldenbremse geführt hätte. Dieses Thema wird noch erörtert.

Die Investitionen wurden immer wieder angesprochen. Diese sind manchmal volatil. Es gibt immer wieder zahlreiche Einsparungen. Das Personal wurde aufgestockt, aber es ist trotzdem nicht immer so einfach, die Investitionen zu realisieren. Der AFP 2024–2027 enthält allerdings ein Investitionsvolumen, das deutlich über dem aktuellen Wert von CHF 200 Mio. pro Jahr liegt. Es geht bis CHF 240 Mio. Es sind einige Grossprojekte geplant. Der Regierungsrat macht bei den Investitionen vorwärts und seit 2013, seit der Redner im Amt ist, wurde nie gebremst.

Zu den Aussichten für 2023: Es gibt ein paar Unwägbarkeiten, beispielsweise wird keine Ausschüttung der Nationalbank erfolgen und es kommt zu einem Kostenanstieg im Bildungsbereich, bei den Stromkosten, bei den Asylkosten. Gleichzeitig gibt es eine Teuerung, die der Kanton bei den Löhnen ausgeglichen hat (27 Mio.), plus CHF 11 Mio. zur Abfederung der Erhöhung der Krankenkassenprämien bei denjenigen Personen, die Prämienverbilligungen erhalten. Für die Rechnung 2023 bestehen grosse Herausforderungen. Der Kanton ist hervorragend aufgestellt, hat seit 2016 ein paar gute Jahre hinter sich, und es soll versucht werden, den Schwung mit den Finanzinstrumenten weiterhin zu halten. Der Redner ist zuversichtlich und der Meinung, dass auch in Zukunft ein gesunder Staatshaushalt geführt werden kann. Er dankt allen für die positive Aufnahme der Rechnung und die hervorragende Zusammenarbeit auch mit der Finanzkommission.

Kantonsgerichtspräsident **Roland Hofmann** erläutert, wenn der Landrat wieder im Regierungsgesäude tagen werde, würden hier im Provisorium zwei Gerichtssäle entstehen und Verhandlungen durchgeführt. Es wäre zu überlegen, für solches Wetter schöne dünne Talare aus Seide für die Richter einzuführen. Diese könnten sich darunter spärlich kleiden, um besser mit der Hitze zurechtzukommen. So könnten auch Parlamentsmitglieder eine Toga wie im alten Rom tragen. Die Finanzkommission respektive die zuständige Subkommission hat bemerkt, dass die Gerichte neue Indikatoren eingeführt haben. Diese waren bereits an der vorletzten Landratsdebatte zum Jahresbericht ein Thema. In diesem Zusammenhang wird um Nachsicht gebeten. Es wurde ein neuer fünfstelliger Indikator eingeführt, ohne eine Einheit anzugeben. Es handelt sich um Stunden. Aus Controllingsicht könnte man sagen, dies spiele nicht so eine Rolle, weil es um die Entwicklung des Werts gehe. Der Soll-Wert ergibt sich aus dem Soll-Stellenplan multipliziert mit der Jahresarbeitszeit. Der Ist-Wert ergibt sich aus den erledigten Fällen multipliziert mit Fallerledigungszahlen, die nach Fallkategorie im Rahmen einer Studie ermittelt wurden (es handelt sich um gewichtete Werte). Der Wunsch der Subko und der Finanzkommission war, dass die bisherigen ungewichteten Werte der Falleingänge und der Fallerledigungszahlen weiterhin im Jahresbericht aufgeführt

werden. Dam steht nichts entgegen. Die Darstellung würde sich wie im aktuellen Jahresbericht präsentieren, in dem für die Rechnung 2021 noch die alten, ungewichteten Zahlen und für die Rechnung 2022 die gewichteten Zahlen aufgeführt sind. Im Rahmen der Überarbeitung des Amtsberichts – dieser wird neu gestaltet, auch inhaltlich – wird überlegt, ob für die Gerichte ein integrierter Jahresbericht einzuführen wäre, wie dies andere Kantone haben. Dies wäre ein separater Bericht, der sowohl den Geschäftsgang als auch die Finanzzahlen enthält. Man wird auf die zuständigen Kommissionen zugehen. Der Redner dankt denjenigen Landratsmitgliedern, die aus dem Landrat austreten, für die interessanten Begegnungen und wünscht ihnen eine möglichst interessante und spannende nach-landrätliche Zeit.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Jahresbericht*

Keine Wortmeldungen.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 85:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

***Landratsbeschluss
betreffend Jahresbericht 2022***

vom 22. Juni 2023

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Jahresbericht 2022 wird genehmigt.*
- 2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2022 wird Kenntnis genommen.*
- 3. Von den Kreditübertragungen 2022 auf 2023 wird Kenntnis genommen.*

Nr. 2253

10. Salina Raurica – Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung eines provisorischen Lückenschlusses zwischen Rauricastrasse und Lohagstrasse

2023/190; Protokoll: ps, pw, mko

Kommissionspräsident **Urs Kaufmann** (SP) führt aus, im letzten Dezember sei die neue Rauricastrasse von Augst entlang der Autobahn Richtung Pratteln Schweizerhalle in Betrieb genommen worden. Die Rauricastrasse wurde als Ersatz für die Rheinstrasse von Augst in Richtung Westen gebaut. Wie geplant wurde gleichzeitig mit der Eröffnung der Rauricastrasse die Rheinstrasse für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Umstellung auf dieses neue Verkehrsregime war signaltechnisch und kommunikativ äusserst anspruchsvoll. Die Umsetzung war alles andere als optimal. Es gab sehr viele Fahrzeuge, die bei der Sperre wenden mussten. Auch heute können noch regelmässige Wendemanöver beobachtet werden.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Verkehrsumstellung im letzten Dezember war der neue Bushof in Augst mit einem angepassten Knoten mit neuen Fahrspuren für den Individualverkehr, Ein- und Ausfahrten in den Bushof und einer neuen Lichtsignalanlage (LSA). Die Buslinien, die durch Augst

fahren, wurden im Dezember angepasst. Seither gibt es deutlich mehr Busfahrten durch Augst, welche über den Knoten und durch den Bushof verkehren.

Sehr unerfreulich war im Dezember aber, dass die Gemeinde Pratteln aus verschiedenen Gründen das Gemeindestrassennetz im bestehenden Gewerbegebiet Salina Raurica nicht rechtzeitig fertigstellen konnte. Die wichtige Netzibodenstrasse ist aus verschiedenen Gründen noch mindestens bis Ende 2023 eine Baustelle. Für den Lückenschluss der heutigen Lohagstrasse Richtung Süden bis zur neuen Rauricastrasse konnte die Gemeinde noch keinen einzigen Umsetzungsschritt in Angriff nehmen. Der Hauptgrund dafür ist die grosse Skepsis in der Gemeinde Pratteln gegen die Überbauung der grünen Wiese in Salina Raurica, welche sich beim Entscheid über die Tramverlängerung sehr lautstark und mit deutlichem Abstimmungsergebnis bemerkbar machte. Für die betroffenen Betriebe und deren Kunden führen diese Baustellen und Lücken im kommunalen Strassennetz seit Dezember 2022 zu längeren Anfahrten aus Richtung Osten.

Da der Lückenschluss der Lohagstrasse in absehbarer Zeit nicht wie eigentlich nötig durch die Gemeinde erfolgen wird, hat nun der Kanton das Kommando übernommen und will mit der vorliegenden Vorlage den Lückenschluss anstelle der Gemeinde Pratteln realisieren. Der Grundausbau dieses Strassenstücks auf der grünen Wiese kostet CHF 1,04 Mio. und kann bis Ende 2023 realisiert werden. Damit wäre ab anfangs 2024 wieder eine direktere Zufahrt ins Gewerbegebiet Salina Raurica aus der Richtung Augst und Liestal sichergestellt.

Da das Gebiet Salina Raurica für den Kanton von strategischer Bedeutung ist und der Kanton dort auch ein massgeblicher Grundeigentümer ist, will er die Finanzierung des provisorischen Lückenschlusses auf der Basis einer gesonderten Vereinbarung nach § 23 Abs. 2 Strassengesetz (SGS 430) übernehmen. Die Fertigstellung der definitiven Lohagstrasse mit dem entsprechenden Ausbau von Trottoirs, Werkleitungen etc. wird dann Sache der Gemeinde Pratteln sein, die dies auch finanzieren wird.

Die Bau- und Planungskommission (BPK) hat im Rahmen der Beratung auch die Gemeinden Pratteln und Augst eingeladen. Eintreten war in der Kommission unbestritten.

Das vorliegende Projekt wurde in der Kommission sehr kontrovers diskutiert. Ein Teil der Kommission begrüsst es, dass die Verwaltung rasch gehandelt und eine Lösung präsentiert hat. Ein anderer Teil der Kommission war der Meinung, die Schliessung der alten Rheinstrasse und die Öffnung der neuen Rauricastrasse sei zu früh erfolgt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die geplanten neuen Wohnüberbauungen am Rheinufer in Augst frühestens in einigen Jahren bezogen werden können und deshalb die Verkehrsberuhigung im Moment noch nicht entscheidend sei.

Seitens der Kommission wurde die Einführung des neuen Verkehrsregimes im Dezember 2022 kritisiert. Ein Teil der Kommission hielt fest, die Signalisation sei ungenügend und es gebe auch heute noch falsch fahrende Autos, die wenden müssten.

In der Kommission wurden verschiedene alternative Lösungen zum Lückenschluss Lohagstrasse und für einen besseren Zugang ins Gewerbegebiet diskutiert. Die Antworten der Direktion zeigten die jeweiligen Probleme und Risiken der Alternativ-Lösungen auf. Es erwies sich deshalb auch keine als mehrheitsfähig.

Zur Finanzierung des Lückenschlusses durch die Gemeinde Pratteln: Ein Teil der Kommission betonte, dass es sich bei der Lohagstrasse um eine kommunale Strasse handle und für deren Erstellung grundsätzlich die Gemeinde Pratteln zuständig sei. Die Gemeinde müsste diese finanzieren und nicht der Kanton. In der Kommission wurde vorgeschlagen, von der Gemeinde Pratteln eine Absichtserklärung oder Zusicherung einzuholen, dass sie die Kosten zurückzahlt, wenn die Lohagstrasse definitiv ausgebaut wird. In einem Schreiben vom 10. Mai 2023 an die Bau- und Umweltschutzdirektion sicherte der Gemeinderat von Pratteln zu, die Kosten zu einem späteren Zeitpunkt zu übernehmen. Aus diesem Grund beschloss die Kommission einstimmig, den Landratsbeschluss mit der neuen Ziffer 4 zu ergänzen: *«Der Landrat nimmt zur Kenntnis, dass die Gemeinde Pratteln im Rahmen des Endausbaus der Lohagstrasse dem Kanton die Kosten für den provisorischen Lückenschluss zurückerstatten wird.»*

Ein Kommissionsmitglied stellte sehr kurzfristig den Antrag, dass bis zur Inbetriebnahme des neuen Lückenschlusses Lohagstrasse die Rheinstrasse wieder geöffnet werden soll, um einen direkteren Zugang zum Gewerbegebiet Salina Raurica aus der Richtung Augst und Liestal sicherstellen zu können. Im Gegenzug sollte dafür die neue Rauricastrasse geschlossen werden, um grössere Umbauarbeiten beim nicht vorhandenen Knoten Rheinstrasse – Rauricastrasse im Bereich der

Coop-Verteilzentrale zu vermeiden. Wegen der Kurzfristigkeit des Antrags konnte die Verwaltung keine Beurteilung über mögliche Probleme und Risiken bei der Umsetzung abgeben. Die Kommission stimmte dann dem folgenden Antrag für die zusätzliche Ziffer 5 des Landratsbeschlusses mit 9:3 Stimmen bei einer Enthaltung zu: *«Bis zur Inbetriebnahme der Feinerschliessung (Lohagstrasse und Netzbodenstrasse) ist die Rheinstrasse provisorisch auf beiden Seiten umgehend wieder zu öffnen. Im gleichen Zug soll die Rauricastrasse gesperrt werden.»*

Es wurde aber beschlossen, das Geschäft an der nächsten Sitzung der Kommission vom 15. Juni 2023, d. h. nach der Publikation des Kommissionsberichts, nochmals zu traktandieren damit die Verwaltung die «Risiken und Nebenwirkungen» zur temporären Öffnung der Rheinstrasse gemäss Kommissionsantrag abklären und präsentieren kann.

Die Kommission hat dann am 7. Juni 2023 mit 10:3 Stimmen beschlossen, dem Landrat Zustimmung zum von ihr geänderten Landratsbeschluss zu beantragen.

Was nun seit der Publikation des Kommissionsberichts geschah: Damit ein Landratsentscheid heute möglich ist, musste die Kommission Beschlüsse fassen, ohne eine Beurteilung der betroffenen Gemeinden und der Verwaltung zu ihrem Antrag vorliegen zu haben. Dieses unübliche Vorgehen war unvermeidbar. Die Gemeinden Pratteln und Augst wurden im Anschluss jedoch kontaktiert, damit sie sich zu den Kommissionsentscheiden äussern konnten. Beide Gemeinden begrüssen, dass die Kommission den Bau des Lückenschlusses der Lohagstrasse durch den Kanton unterstützt. Insbesondere die direkt betroffene Gemeinde Augst ist aber dezidiert gegen die temporäre Öffnung der Rheinstrasse. Dank der Schliessung der Rheinstrasse konnten die Wohngebiete entlang der Rheinstrasse bereits von einer deutlichen Lärmentlastung profitieren. Wegen den zusätzlichen Busfahrten mit dem neuen Bushof in Augst würde gemäss Gemeinde die temporäre Öffnung der Rheinstrasse zu zusätzlichen Verkehrsproblemen am Knoten in Augst führen. Die Gemeinde wies darauf hin, dass bis September in Augst laufende Strassenbauarbeiten mit einer zusätzlichen Lichtsignalanlage die Umstellung noch zusätzlich erschweren werden.

An der BPK-Sitzung vom 15. Juni 2023 begründete die Verwaltung ihre ablehnende Haltung zur temporären Öffnung ausführlich. *[Im Folgenden unterstützt Urs Kaufmann seine Ausführungen mit einer Folienpräsentation.]*

Der neue Knoten Augst sei zusammen mit dem zusätzlichen Busverkehr nicht auf die Öffnung der Rheinstrasse ausgelegt. Deshalb wird eine zusätzliche Verkehrsüberlastung an diesem Knoten erwartet. Die Zufahrt zur Coop-Verteilzentrale für LKWs und PWs via provisorische Spange müsste noch geprüft und allenfalls angepasst werden. Es muss mit Verzögerungen und Behinderungen bei den seit Dezember 2022 massiv höheren Anzahl an Busfahrten in Augst gerechnet werden. Zudem muss mindestens eine Bushaltestelle verschoben werden. Bei drei Haltestellen sind allenfalls Anpassungen nötig. Für die temporäre Öffnung der Rheinstrasse braucht es eine verkehrspolizeiliche Anordnung (VPA). Das Risiko für Beschwerden ist gemäss Verwaltung hoch.

Die Detailplanung, Bewilligung und Umsetzung dieser grösseren Umstellung des Verkehrsregimes in und um Augst brauche zudem Zeit. Es muss damit gerechnet werden, dass die temporäre Öffnung der Rheinstrasse erst im September in Betrieb gehen kann (wenn überhaupt, Stichwort Beschwerden). Wenn wie geplant der Lohag-Lückenschluss Ende Jahr fertig ist, dann muss gemäss Beschluss wieder ins aktuelle Verkehrsregime gewechselt werden. Dies bedeutet, dass die temporäre Öffnung bestenfalls nur vier Monate in Betrieb sein wird. Die Verwaltung wies auf die grosse kommunikative Herausforderung hin, eine so grosse Umstellung des Verkehrsregimes zweimal innerhalb von vier Monaten erklären zu müssen. Die Zahl der Falschfahrten werde wieder massiv zunehmen.

Das Tiefbauamt rechnet mit Kosten für die 1. Umstellung im September von rund CHF 230'000.– (+/– 30 %). Es handelt sich um Kosten für die Projektierung, Bauleitung, Kommunikation, Verkehrsdienst, Haltestellenanpassungen, Anpassungen der vielen nötigen Signale, der Markierungen und der LSA-Steuerung. Auch die 2. Umstellung, d. h. der Rückbau des temporären Verkehrsregimes, wird nochmals rund CHF 100'000.– kosten. Insgesamt geht man davon aus, dass das Ganze für vier Monate Kosten von rund CHF 330'000.– auslöst (+/–30 %).

Die Kommission diskutierte an der Sitzung vom 15. Juni 2023 die Argumente der Verwaltung kurz und nahm sie zur Kenntnis. Am Antrag für die Ziffer 5 im Landratsbeschluss wurde stillschweigend festgehalten. Neu wird zudem eine Ziffer 6 vorgeschlagen, welche die Kommission einstimmig beschlossen hat: Wird die Ziffer 5 gemäss Kommissionsantrag beschlossen, kann zusätzlich das

kürzlich überwiesene Postulat 2023/44, welches eine rasche Wiedereröffnung der Rheinstrasse fordert, abgeschrieben werden.

Das Traktandum wird am Nachmittag fortgesetzt.

– *Eintretensdebatte*

Jan Kirchmayr (SP) dankt dem Kommissionspräsidenten für die erläuternden und einführenden Worte und auch für die in den letzten sechs Jahren geleistete Arbeit. Er habe die Kommission umsichtig geführt und für viele konstruktive Lösungen gesorgt. Urs Kaufmann freut sich sicher auch, weiterhin in der Kommission als Mitglied tätig sein zu können.

Zum vorliegenden Geschäft: Die Entwicklung in Salina Raurica ist verkorkst. Seit zwei Jahrzehnten wird über das Gebiet und darüber, was dort passieren soll, diskutiert. Jan Kirchmayr fragt sich manchmal schon, wie viele Jahrzehnte weiterdiskutiert und weitergeplant werden soll und ob dies überhaupt noch Sinn ergibt. Ein grosser Fehler war, dass die Verlängerung der Tramlinie 14 nicht mit der Verlegung der Rheinstrasse verknüpft wurde. Das Volk hatte in diesem Fall das letzte Wort und lehnte die Verlängerung des 14ers ab. Da die Vorlagen nicht verknüpft waren, wurde die Rheinstrasse dennoch verlegt und die neue Rauricastrasse gebaut. Gleichzeitig entschied die Gemeinde Pratteln nach dem ablehnenden Volksentscheid, die Entwicklung in Salina Raurica Ost vorläufig zu sistieren. In Pratteln selber war die Ablehnung der Tramverlängerung sehr gross; das heisst, die Skepsis gegenüber der Entwicklung in Salina Raurica ist vorhanden, auch wenn Pratteln ein Tram geschenkt und im Zentrum eine interessante Entwicklung erhalten hätte. Die Geschichte ging jedoch weiter. Nachdem die Rheinstrasse verlegt wurde, ging es um die Inbetriebnahme ebendieser Strasse, die neu Rauricastrasse heisst. Auch dort hat der Kanton keine gute Falle gemacht: Veränderungen und Anpassungen wurden schlecht kommuniziert, zu oft fuhr noch Autos auf die alte Rheinstrasse und zu lange musste gewartet werden, bis der Kanton Verbesserungen vornahm. Zu lange hatte der Kanton behauptet, es sei alles in Ordnung, auch wenn mindestens die Hälfte der BPK-Mitglieder der Bau- und Planungskommission einen Augenschein genommen hatte und zu einem anderen Schluss gekommen ist. Die Gespräche mit Anwohnerinnen und Anwohnern haben deutlich gemacht, dass die Schliessung der Rheinstrasse sinnvoll war – es gibt weniger Lärmemissionen. Die Kommunikation der geänderten Verkehrsführung hat gleichzeitig aber für Unzufriedenheit gesorgt.

Heute soll der Landrat entscheiden, ob der Kanton mit dem Bau einer kommunalen Strasse das Problem löst. Die SP-Fraktion sieht dies kritisch. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, eine Strasse für eine Gemeinde zu bauen; vor allem wenn die Strasse im kommunalen Strassennetzplan enthalten ist. Es handelt sich um einen Sündenfall, wenn der Kanton vorgreift, denn es ist Aufgabe der Gemeinde. Es wäre, wie wenn der Aescher Gemeinderat in Liestal anfragen würde, ob der Kanton eine Strasse übers Feld von Klus nach Pfeffingen baut. Jan Kirchmayr hält es für falsch, für Pratteln nun eine Strasse zu bauen. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Bau einer im regionalen Strassennetzplan enthaltenen Strasse in der Öffentlichkeit diskutiert werden können muss. In der Öffentlichkeit heisst in diesem Fall: in Pratteln. Für die SP ist unverständlich, dass der Prattler Einwohnerrat ausgetrickst werden soll und man sich nicht traut, das Projekt jetzt diesem Rat vorzulegen und die Prattlerinnen und Prattler entscheiden zu lassen. Die SP-Fraktion möchte nach der Ablehnung der Tramverlängerung nicht, dass der Kanton eine Strasse auf einer grünen Wiese baut. Damit wird der Prattler Bevölkerung die demokratische Mitwirkung verunmöglicht. Die SP-Fraktion ist gegen Eintreten auf dieses Geschäft.

Heute muss aber noch ein weiterer Entscheid gefällt werden und zwar, ob die alte Rheinstrasse wieder temporär geöffnet und dafür die neue Rauricastrasse gesperrt werden soll, wie dies Ziffer 5 des Landratsbeschlusses vorsieht. Die SP lehnt dieses Rochaden-Chaos ab. Erstens ist es rechtlich völlig unklar, ob der Landrat dies einfach entscheiden darf. Die alte Rheinstrasse ist de facto eine Gemeindestrasse. Zweitens ist auch völlig unklar, wie dies der Bevölkerung kommuniziert werden soll. Es wird eine neue Strasse gebaut, die dann wieder geschlossen und dafür die alte wieder geöffnet wird und ein halbes Jahr später wird wieder zurückrochiert. Das versteht niemand. Am Beispiel der Schliessung der alten Rheinstrasse, die anscheinend nicht zielführend kommuniziert werden konnte, wird ersichtlich, dass solche Dinge nicht funktionieren. Drittens handelt es sich um ein Rochaden-Chaos, da nicht nur für die Strasse Anpassungen vorgenommen werden

müssen, sondern auch für die Busse und die Velos. Kommissionspräsident Urs Kaufmann hatte dies aufgezeigt. Die Busse halten neu auf der Fahrbahn. Es wird also Stau produziert auf der Rheinstrasse, was wohl kaum im Interesse der rechtsbürgerlichen Autolobby sein kann. Sollte der Landrat auf das Geschäft eintreten, beantragt die SP-Fraktion, dass Ziffer 5 des Landratsbeschlusses gestrichen wird.

Andi Trüssel (SVP) stellt fest, es sei wie bei jedem Projekt: Wird das Hemd unten falsch zugeknöpft, dann passt es am Ende oben beim Kragen nicht mehr – deshalb hat er manchmal keine Krawatte an. Die Verwaltung und der Regierungsrat müssten halt mal dazu stehen, dass sie einen Fehler gemacht haben. Wo bleibt die Fehlerkultur?

Jan Kirchmayr hat die Situation bereits dargelegt. Die Tramverlängerung wurde zwar abgelehnt, aber die Rheinstrasse dennoch gesperrt, weil es im Kantonalen Richtplan so steht. Dies unabhängig davon, ob die Verbindung für die KMU auf Prattler Boden sichergestellt ist. Aktuell müssen Umwege gefahren werden und wenn schon immer über CO₂ gesprochen wird, wäre dies genau ein Punkt, wo man sich verbessern könnte. Wie kommt man nun aus dieser Situation heraus? Der Kanton soll dies nun bereinigen und es soll nicht einfach gesagt werden, die Gemeinden sollen gefälligst selber schauen. Andi Trüssel bittet die Augster Anwohner an der Rheinstrasse, für drei oder längstens sechs Monate die Ohren zuzumachen und den Verkehr durchzulassen. Danach ist alles fertig gebaut und die Rheinstrasse geschlossen. Er hat den Eindruck, dass die Verwaltung mit dem in der BPK Präsentierten, das durch den Kommissionspräsidenten nicht ganz neutral wiedergegeben wurde, nur die Kosten aufzeigen wollte. Anstatt einfach hinzustehen und zu sagen, dass dies nun gemacht werden müsse, weil es die beste Lösung ist. Die BPK-Mitglieder haben das Areal genügend angeschaut – zu Fuss, mit dem Velo, mit dem Auto – und haben gesehen, welche die richtige Lösung ist. Der Kommissionsbeschluss wurde mit 10:3 Stimmen gefasst. Andi Trüssel bittet den Landrat, der Kommissionsmehrheit zu folgen, und die Augster inklusive deren Gemeindepräsidenten, ebenfalls Wohlwollen zu zeigen, damit die Sache endlich erledigt werden kann.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) möchte sich noch nicht inhaltlich äussern, da es um das Eintreten gehe. Jan Kirchmayr hat die nicht einfache Ausgangslage gut geschildert. Nun aber einfach die Augen zu schliessen und nicht diskutieren zu wollen, geht nicht. Es kann nicht einfach gewartet werden. Die Grüne/EVP-Fraktion ist deshalb für Eintreten, auch wenn sie inhaltlich viele Übereinstimmungen mit der SP-Fraktion hatt.

Christine Frey (FDP) sagt, das Unheil habe letzten Dezember seinen Lauf genommen, als die Betonblöcke am Anfang und Ende der bisherigen Rheinstrasse platziert wurden. Das Gewerbe wurde dann quasi vom Lebensnerv getrennt. Die zuständige Verwaltung hat einen grossen Fehler gemacht, als sie die neue Umfahrung geöffnet hat, ohne die Feinerschliessung ins Gewerbegebiet sicherzustellen. Die Feinerschliessung – der Lückenschluss Lohagstrasse – ist wichtig und richtig. Es ist auch sehr positiv, dass Pratteln eine Absichtserklärung gemacht hat, da somit die Finanzierung eigentlich geklärt ist. Bis aber die Feinerschliessung steht, möchte die FDP am liebsten die Zeit dahin zurückdrehen, als die Rheinstrasse noch als Erschliessung fürs Gewerbe gedient hat und alle wussten, wie sie von A nach B kommen. Die Zeit kann nicht zurückgedreht werden, aber die Rheinstrasse kann wieder geöffnet werden, bis die Feinerschliessung steht. Dies wird auch nur ein halbes Jahr dauern; so hat die Verwaltung die BPK zumindest glauben gemacht. Die Variante, dass beide Strassen gleichzeitig offen sind, wurde verworfen, weil die Knotenpunkte noch grössere Probleme verursachen würden. Es geht also um eine provisorische Wiederherstellung der Rheinstrasse. Aus Sicht von Christine Frey könnte diese sicher auch noch günstiger als für CHF 200'000.– oder mehr erstellt werden. Die Gegenwehr kommt nun von Augst, was für sie unverständlich ist. Erstens geht es nur um ein halbes Jahr. Zweitens zieht das Argument, dass sich die Anwohner an die ruhige Umgebung gewöhnt hätten, in dieser Situation nicht. Es ist sicherlich schöner, an einer ruhigen Strasse zu wohnen, aber das werden sie schliesslich auch und zwar endgültig, sobald die Feinerschliessung gebaut ist. Es geht heute nicht um eine rechtsbürgerliche Autolobby, sondern darum, dem Gewerbe wieder seinen Lebensnerv zurückzugeben. Drittens werden auch rechtliche Argumente ins Feld geführt. Die Strasse gehört aber laut Grundbuchaus-

kunft noch dem Kanton, also sollte er diesbezüglich auch entscheiden können. Sollten nun von Augst rechtliche Schritte unternommen werden, um ein Gericht darüber befinden zu lassen, dann ist dies schlicht Zwängerei und total übertrieben.

Fazit: Die FDP-Fraktion unterstützt den sofortigen Bau der Lohagstrasse mit der Bedingung, dass die Rheinstrasse bis zur Erstellung dieser Feinerschliessung wieder geöffnet wird.

Salina Raurica sei ein Dauerthema im Landrat, so **Felix Keller** (Die Mitte), aber es sei auch ein Gebiet mit grossem Potential für den Kanton und insbesondere für das Gewerbe. Nicht umsonst ist das Gebiet im Richtplan als Arbeitsgebiet von kantonaler Bedeutung enthalten. Läuft einmal nicht alles rund, dann müssen ganz spezielle Entscheide getroffen werden. Die Erschliessung des bestehenden Gewerbegebiets in Salina Raurica muss funktionieren: Es geht um Arbeitsplätze, ums Überleben von KMU und Unternehmungen. Kommen aus Pratteln Hilferufe, dass es Ertragseinbussen von bis zu 60 % gebe, dann ist wirklich Handlungsbedarf angezeigt.

Es geht um zwei unterschiedliche Themen: Einerseits um den Lückenschluss Lohagstrasse; hier soll der Kanton mit einer Art Vorinvestition für die Gemeinde Pratteln in die Bresche springen, und andererseits um die Sofortmassnahmen, damit den Gewerblern schnell geholfen wird. Der Lückenschluss ist wichtig, dringend und notwendig. Die Verlängerung der Lohagstrasse ist rechtskräftig im Strassennetzplan verankert. Das heisst, die Strasse kann gebaut werden und ist kein neues Puzzlestück im grossen Ganzen des Gebiets Salina Raurica. Die Strasse muss rasch gebaut werden, damit die innere Erschliessung des Gewerbegebiets funktioniert, was heute nicht der Fall ist. Mit der Schliessung der Rheinstrasse wurde dem Gewerbegebiet eine wichtige Ader abgeschnitten. Es soll vorwärtsgemacht werden; lieber heute als morgen. Da die Strasse aber weder heute noch morgen fertig ist, braucht es eine Übergangslösung, damit dem Gewerbe zumindest ab übermorgen geholfen werden kann. Das Gewerbegebiet muss von Osten her wieder erschlossen werden und es liegt auf der Hand, dass dafür die Rheinstrasse wieder eröffnet wird. Es ist natürlich nicht sexy, dass nicht beide Adern – sowohl die Rauricastrasse als auch die Rheinstrasse – offen sein können. Die Gründe leuchten jedoch ein, und auch, dass die Rauricastrasse deshalb geschlossen werden muss, damit die Rheinstrasse geöffnet werden kann. Dies ist vor allem für das Gewerbe, die KMU, wichtig und nicht für die bürgerliche Autolobby.

Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt die Vorlage. Ziehen alle am gleichen Strick, funktioniert die Lösung bereits übermorgen.

Thomas Noack (SP) entnimmt der Vorlage, dass die Motivation der ganzen Diskussion eine eingeschränkte Erreichbarkeit der Gewerbebetriebe sei. Die Einschränkung bedeutet rund eine oder eineinhalb Minuten mehr Fahrzeit. Aus seiner Sicht rechtfertigt dies nicht, dass die Kompetenzen zwischen Kanton und Gemeinden in einer Hü-und-Hott-Aktion über den Haufen geworfen werden. Die Gemeinde Pratteln ist zuständig für die Erschliessung und sie müsste die Strasse bauen. Es gab aber eine Volksabstimmung, in der sehr viele Leute gesagt hatten, dass Salina Raurica grün bleiben soll. Diesbezüglich schafft nun die Erschliessungsstrasse ein Präjudiz. Selbst wenn die Lohagstrasse im gültigen Strassennetzplan enthalten ist, ist es richtig, wenn die Gemeinde Pratteln darüber entscheidet, ob sie das Gewerbegebiet über ebendiese Strasse erschliessen möchte. Der Strassennetzplan müsste allenfalls sowieso nochmals überdacht werden, je nachdem, wie es mit Salina Raurica weitergeht. Die SP-Fraktion ist daher für Nichteintreten.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, das Gebiet Salina Raurica habe eine lange Geschichte. Bereits in den Nullerjahren wurde darüber diskutiert und bereits damals gab es Irrungen und Wirrungen. 2007 gab es eine Landratsvorlage mit dem Vorschlag einer Mitteerschliessung. Der Landrat hatte die Vorlage zurückgewiesen. Die Quintessenz daraus war, dass man 2009 vorschlug, das Gebiet der Autobahn entlang zu erschliessen. Regierungsrat Isaac Reber hat nachgeschaut, was er an der damaligen Landratssitzung vom 15. Januar 2009 noch als Landrat zu diesem Geschäft gesagt hatte: «*Der Linienführung der Rheinstrasse entlang der Autobahn können die Grünen zustimmen. Aber sie verweisen darauf, dass die interne Erschliessung notwendig bleibt und nicht einfach hinfällig wird. Diese muss mit grosser Sorgfalt durch die Gemeinde geleistet werden*». Er möchte ganz deutlich festhalten, dass die Gemeinde die Aufgabe angenommen und sorgfältig wahrgenommen hat. Die Gemeinde hat in der Zwischenzeit einen rechtsgültigen

Zonenplan und einen rechtsgültigen Strassennetzplan verabschiedet, die genau darauf abstellen. Mit anderen Worten: Bis dahin lief eigentlich alles gut. Der Kanton baut eine neue Strasse und die Gemeinde passt ihr kommunales Netz so an, dass es am Ende aufgeht. 2009 wurde auch bereits beschlossen, dass es bei der Rheinstrasse eine sogenannte Wasserscheide geben soll und der Durchgangsverkehr über die neue Rauricastrasse geführt wird. Seit 14 Jahren ist somit klar, dass dort ein Unterbruch erfolgen und die Erschliessungssituation nicht mehr gleich sein wird. Dann kamen die Abstimmungen über die Strasse und das Tram, die jedoch nicht zusammen erfolgten. Der Ausbau der Rauricastrasse wurde beschlossen und entsprechend wurde mit dem Bau gestartet. Danach folgte die Vorlage zur Trammerschliessung. Der Regierungsrat und der Landrat waren sich diesbezüglich sehr einig und es gab nur ein paar Gegenstimmen. Gegen den Landratsbeschluss wurde jedoch das Referendum ergriffen und die Abstimmung ging negativ aus. Nun begann das Ungleichgewicht: Die Strasse befand sich im Bau, gleichzeitig war die Erschliessung des ganzen Gebiets ein Stück weit in Frage gestellt. Dies insbesondere deshalb, weil die Ablehnung der Trammerschliessung in Pratteln weitaus deutlicher ausfiel als im gesamten Kanton: Rund zwei Drittel der Prattler Bevölkerung sagten Nein. Deshalb ist verständlich und nachvollziehbar, dass Pratteln vorerst eine Sistierung beschloss. Dies führte dann aber zur heutigen Situation, dass die interne Erschliessung, die gemäss ursprünglicher Planung mit der neuen Kantonsstrasse korrespondierte, nicht mehr übereinstimmt: Die neue Kantonsstrasse ist gebaut, aber die interne Erschliessung noch nicht. Regierungsrat Isaac Reber wiederholt gerne, dass er die Gemeinde Pratteln versteht. Er würde bei einem solchen Abstimmungsergebnis selber auch über die Bücher gehen. Dies ist nachvollziehbar.

Was soll nun passieren? Geht es um Frage, was der Kanton hätte anders machen können, dann hätte er der Gemeinde Pratteln vielleicht von Beginn weg sagen müssen, dass es die Lohagstrasse trotz der Sistierung braucht. Diese ist schliesslich nicht nur rechtsgültig im Strassennetzplan enthalten, sondern war schon immer als Weg für die von Osten her Kommenden ins bestehende Gewerbegebiet vorgesehen gewesen. Der Kanton könnte sich dies nun vorwerfen. Aber wie die Diskussionen zeigen, ist es nicht sehr beliebt, dass der Kanton ohne grosse Not in kommunale Kompetenzen eingreift. Regierungsrat Isaac Reber weiss nicht, wie es herausgekommen wäre, wenn der Kanton bereits letztes oder vorletztes Jahr der Gemeinde Pratteln gesagt hätte, er übernehme die Strasse, auch wenn es eine kommunale ist, damit keine Lücke im Netz besteht. Der jetzige Zustand sollte jedoch nur so kurz wie möglich andauern. Der Umweg, der heute gefahren werden muss, dauert deutlich länger als die von Thomas Noack erwähnten eineinhalb Minuten. Ein solch langer Umweg ist unerwünscht. Deshalb ist der Kanton schon zu Beginn des Jahres mit der Gemeinde Pratteln zusammengesessen und hat die Möglichkeiten besprochen, um auf die Situation reagieren zu können. Es wurden verschiedene Möglichkeiten geprüft. Die Blöcke können nicht einfach wieder entfernt werden. Die beiden Strassen können nicht gleichzeitig betrieben werden, da man damit im Westen, wo sie spitzwinklig zusammenstossen, einen Unfallschwerpunkt erster Güte bilden würde. Das möchte wohl niemand. Darum nun auch der Vorschlag der Kommission, die Rheinstrasse wieder zu öffnen und dafür die neue Rauricastrasse zu schliessen. An Andi Trüssel: Der Kommission wurden die Kosten aufgezeigt und nicht mehr und nicht weniger. Dies wurde von der Kommission entsprechend bestellt, indem die Verwaltung beauftragt wurde, die finanziellen, juristischen und weiteren Auswirkungen abzuklären.

Das Finanzielle ist aus Sicht von Regierungsrat Isaac Reber jedoch nicht der Hauptaspekt. Es freut ihn, dass der Landrat mehrheitlich für den Lückenschluss ist. Gemeinsam mit der Gemeinde wurde dieser als die schnellste Lösung bestimmt, auch wenn diese nicht sicher ist. Wenn aber niemand reinfunkt, kann der Lückenschluss noch in diesem Jahr erstellt werden. Mit dieser Lösung kann das Problem grundlegend behoben werden, da der meiste Verkehr vom Autobahnanschluss her kommt und so relativ direkt ins Gewerbegebiet gelangen kann. Alle anderen geprüften Lösungen wurden verworfen, da sie entweder länger gedauert hätten oder nicht gänzlich kompatibel mit den Planungsgrundlagen im Gebiet Salina Raurica gewesen sind. Zur Erinnerung: Die Lohagstrasse ist rechtsgültig im Strassennetzplan enthalten und auch schon immer dazu bestimmt gewesen, das bestehende Gewerbegebiet von Ostern her zu erschliessen. Der Regierungsrat beantragt deshalb nach wie vor den Bau der Lohagstrasse. Mit der Wiederöffnung der Rheinstrasse und der Schliessung der Rauricastrasse tut er sich aber schwer – und nicht, weil er einfach bockt. Persönlich hatte Regierungsrat Isaac Reber als Mobility-Fahrer die Signalisation begriffen. Es gibt

aber selbst heute immer noch Autofahrer, die rein- und wieder rausfahren. Dabereits diese Umstellung einigen Mühe bereitet, ist es nicht verständlich, weshalb dann innerhalb weniger Monate zwei solche Umstellungen gemacht werden sollen. Am Ende entscheidet der Landrat. Der Regierungsrat findet aber eine zweimalige Umstellung schwierig. Eine solche wird von den Leuten vermutlich auch nur sehr schwer verstanden und wäre wahrscheinlich auch nicht wahnsinnig gut zu kommunizieren. Die Gemeinde Augst hat zudem sowohl im Rahmen der Anhörung in der Kommission als auch in einer schriftlichen Stellungnahme deutlich gesagt, dass sie auf den damaligen Landratsbeschluss abgestellt und entsprechend geplant hat und keine Öffnung der Rheinstrasse möchte. Es sind zwei Projekte geplant: Gallischer Ost und Gallischer West. Die Quartierpläne sind relativ nahe am Abschluss und die Gemeinde möchte vorwärtsmachen. Dafür muss Rechtssicherheit bestehen. Sie stützen sich natürlich auf die neue, lärmberuhigte Situation ab. Es gibt Bedenken, ob die Pläne andernfalls genehmigungsfähig sind. Die Gemeinde Augst hat nicht davor Angst, dass die Strasse während dreier Monaten offen ist, sondern davor, dass die Strasse länger offen sein könnte, weil es beispielsweise mit der Lohagstrasse Verzögerungen geben könnte. Die Gemeinde Augst möchte keine Öffnung der Rheinstrasse und die Bevölkerung, die dort in Pratteln und Augst wohnt, positionieren sich ebenfalls klar. Die Gemeinde Augst stellt auch darauf ab, dass sie drei Tiefgaragen auf die neue Strasse abstimmen kann – die Rheinstrasse wird ja künftig in diesem Abschnitt bis zur Abzweigung bis zur Kraftwerkstrasse zur Erschliessungstrasse. Wird die Rheinstrasse wieder geöffnet, wird dies alles in Frage gestellt. Die Gemeinde Augst sagt deshalb dezidiert, dass sie eine Öffnung nicht akzeptiert. Der Regierungsrat weiss nicht, was die Gemeinde am Ende machen wird, er fühlt sich aber verpflichtet, die dezidierte Haltung dem Landrat mitzuteilen.

Der Landrat entscheidet letztlich. Der Regierungsrat freut sich einfach, wenn der Lückenschluss Lohag in Angriff genommen werden kann. Er setzt die Aufträge des Landrats um, und zwar nach bestem Wissen und Gewissen.

Rolf Blatter (FDP) möchte noch das Thema der Termine aufnehmen. Der Schlamassel mit den kurzfristigen Umstellungen ist letztlich doch der BUD zu verdanken. Der Bau der Rauricastrasse wurde schon vor vielen Jahren beschlossen. Im Zusammenhang mit dieser Planung wurde in den Richtplan geschrieben, dass mit dem Rückbau der bestehenden Rheinstrasse in Pratteln die Anlage einer Uferpromenade in diesem Gebiet zwischen Strasse und Rhein, wo hochwertiger Wohnraum erstellt werden soll, erst möglich wird. In der Vorlage zur Rauricastrasse steht auch schwarz auf weiss, dass der östliche Teil der Rheinstrasse Zug um Zug entsprechend der Entwicklung der Wohnareale zurückgebaut und umgenutzt wird. Die Wohnbauten gibt es aber noch nicht, weshalb die BUD aus freien Stücken und ohne Zeitdruck die Betonklötze hingestellt hat. Dies hat zur heutigen Situation geführt, die mit den Beschlussziffern 5 und 6 zumindest kurzfristig etwas entschärft werden soll. Es muss aber zur Kenntnis genommen werden, dass dies der BUD zu verdanken ist. Rolf Blatter macht beliebt, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Stephan Ackermann (Grüne) stellt fest, dass nicht nur die ganze Vorgeschichte, sondern auch die momentane Situation ein Murks sei. Es liegt ein Antrag auf Nichteintreten vor und trotzdem wird über Details gesprochen. Der Sprecher der Grüne/EVP-Fraktion hat sich im Gegensatz dazu nur ganz kurz gehalten. Stephan Ackermann möchte zwar nicht dem Fraktionssprecher vorgreifen, sondern wie alle anderen seinen Standpunkt darlegen. Er ist enttäuscht vom Antrag der BPK. Dieser ist ein Bärendienst für die eigentlich gehegte Absicht, die Lohagstrasse zur Feinerschliessung zu bauen. Bei der Wiederöffnung der Rheinstrasse für den Individualverkehr handelt es sich um eine Zwängerei, mit der die Gemeinde Augst vor den Kopf gestossen wird. Für die Gemeinde Pratteln ist es nicht so wesentlich. Würde sie jedoch nicht nur das Gewerbe sehen, sondern auch die Wohnbevölkerung, die dort zuhause ist, würde sie es möglicherweise aber noch etwas differenzierter betrachten. Es handelt sich zwar um keine neuen Blöcke, sondern die Leute wohnen schon seit längerem da und sie sind seit der glorreichen Schliessung der Rheinstrasse – diese kann durchaus auch positiv formuliert werden – in den Genuss von mehr Lebensqualität gekommen. Weil klar war, dass die Strasse geschossen wird, wurden auch keine lärmindernden Sanierungen vorgenommen. Nun, nur ein Dreivierteljahr später, kann die Strasse nicht einfach wieder geöffnet werden. Für wie lange sie offen wäre, ist nämlich unbekannt. Wenn das Ziel ist, dass die

Lohagstrasse möglichst schnell gebaut wird, dann soll doch einfach dieses Ziel verfolgt werden, anstatt einem das Leben mit den Panzersperren schwer zu machen. Das Hin und Her mit den Panzersperren ist der Sache überhaupt nicht dienlich. Stephan Ackermann ist zwar für Eintreten, lehnt aber Beschlussziffer 5 wie die SP-Fraktion ab. Er findet zudem gewagt, wie sich der Gemeinderat von Pratteln zur Lohagstrasse positioniert. Der Prattler Bevölkerung – hier ist er ganz auf SP-Linie – wird die Möglichkeit genommen, sich zu positionieren. Dies ist riskant und bedauerlich. Es soll nicht nur an das Gewerbe, sondern auch an die Bevölkerung gedacht werden.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) hatte sich vorhin auf die Frage des Eintretens beschränkt, möchte sich nun aber doch noch inhaltlich äussern. Er möchte nicht mehr die Begriffe «Murks», «Fehler», «Zwängerei» oder «Rochaden-Chaos» verwenden. Die heutige Verkehrsführung ist wirklich nicht optimal, dies ist bekannt. Eigentlich geht es nun darum, für diese Verkehrssituation eine Lösung zu finden, für CHF 1 Mio. eine Strasse zu bauen und um ein Zeitfenster von rund sechs Monaten. Gleichzeitig geht es auch darum, dass die Bevölkerung, die sich Hoffnungen auf eine Lösung gemacht hat, angehört und ihre Sorgen mitgetragen werden, und dass die betroffenen Gemeinden angehört und miteinbezogen werden. Zudem geht es auch darum, ob nochmals CHF 300'000.– ausgegeben werden, wenn das Verkehrsregime geändert werden soll. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Beschlussziffern 1 bis 4 mehrheitlich. Die Lohagstrasse ist richtig und wichtig. Der von Pratteln beschlossene Planungsstillstand besagt nicht, dass die alte, rechtskräftige Planung nicht ausgeführt werden darf. Die Netziboden- und die Lohagstrasse sind in den rechtsgültigen Plänen der Gemeinde Pratteln enthalten. Beschlussziffer 5 lehnt die Fraktion mehrheitlich ab. Der betroffenen Bevölkerung soll keine, auch keine befristete, Öffnung zugemutet werden und auch die Gemeinde Augst soll unterstützt werden.

Karl-Heinz Zeller hat persönlich eine andere Meinung und unterstützt die Anträge fünf und sechs. Die dahinterliegende Idee – und auch das grosse Ziel von ihm als grünem Landrat – ist der Rückbau der Rheinstrasse. Es darf jedoch nicht sein, dass zwei Strassen parallel offen sind.

Jan Kirchmayr (SP) verweist auf die Aussagen, dass es sich bei Salina Raurica um ein Gebiet mit hohem Potential für das Gewerbe und um ein Gebiet mit Spezialrichtplan handle. Für ihn stellt sich aber die Frage, weshalb in einem solchen Gebiet, über das bereits seit 20 Jahren gesprochen wird, immer noch nicht die Post abgeht. Nur weil die Gemeinde Pratteln rechtsgültige Zonen- und Strassennetzpläne hat, bedeutet dies noch lange nicht, dass der Kanton für die Gemeinde eine Strasse baut. Dies sind Widersprüche. Weiter gibt es die Aussage, die Unternehmen und KMU hätten Einbussen. Diesbezüglich ist auf den Kommissionsbericht zu verweisen, wo steht: «Die Verkehrsberuhigung auf der Rheinstrasse habe zu einer Erhöhung der Wohnqualität geführt, wie positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung gezeigt hätten. Es gäbe auch kaum Einbussen für die Firmen, da keine Laufkundschaft vorhanden sei.» Welche Unternehmen mit Laufkundschaft befinden sich im Gebiet Salina Raurica und an der Rheinstrasse? Dies sind lediglich das Office World und die Avia-Tankstelle. Haben sich diese beim Kanton oder einer Gemeinde gemeldet und sich deswegen beschwert? Der Baudirektor schüttelt den Kopf – dies als Antwort. Man sollte sich schon überlegen, was im Landrat eigentlich erzählt wird und was man konkret glauben sollte. Jan Kirchmayr versteht die Zurückhaltung von Pratteln bezüglich der Entwicklung von Salina Raurica. Schliesslich haben zwei Drittel der Bevölkerung die Tramverlängerung abgelehnt. Aber diese Zurückhaltung darf doch nicht bedeuten, dass die Legislative der Gemeinde ausgetrippelt wird und eine Ebene weiter oben entscheiden soll. Das kann nicht sein. An Regierungsrat Isaac Reber: Jan Kirchmayr hofft natürlich, dass dieser weiss wie die Strassenführung funktioniert, wenn er mit dem Mobility-Auto unterwegs ist. Denn wer sollte ausser dem Kantonsingenieur und den Menschen im Tiefbauamt in diesem Kanton die Strassenführung besser kennen als der Baudirektor? Als Massstab sollte er sich aber in diesem Fall nicht nehmen.

Auf das Chaos soll verzichtet und die Vorlage abgelehnt werden.

Stephan Burgunder (FDP), Gemeindepräsident von Pratteln, hat mich sich gerungen, ob er etwas sagen solle oder nicht. Es wurde Einiges gesagt und geschrieben. Wahres und auch anderes. Es ist sicher unüblich, dass der Kanton eine Gemeindestrasse vorfinanziert. Die Gemeinde Pratteln hat sich aber dazu verpflichtet, den Kredit zurückzuzahlen, sobald es in diesem Gebiet An-

stösser gibt. Mit den Anwenderbeiträgen kann auch die Strasse finanziert werden. Wird jetzt die Strasse gebaut, muss die Gemeinde sie selber finanzieren und kann später keine Anwenderbeiträge mehr verlangen. Dies ist der Grund für dieses Vorgehen. Weniger wahr ist hingegen die Aussage, dass die Legislative damit ausgetrippelt werden soll. Im Gegenteil: Das Volk oder der Einwohnerrat werden in keiner Weise umgangen. Es besteht eine Erschliessungspflicht und die Strasse ist im kommunalen Strassennetzplan und muss gebaut werden, wenn Anstösser kommen. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat von Pratteln diesen Auftrag mit der Genehmigung des Strassennetzplans erteilt. Es ist somit nicht gegen die Legislative, sondern es handelt sich um einen Auftrag der Legislative an den Gemeinderat. Es besteht nicht im ganzen Gebiet Salina Raurica Ost eine Quartierplanpflicht. Westlich der Strasse ist eingezontes Gewerbeland, das morgen bebaut werden kann. Wenn morgen gebaut wird, besteht eine Pflicht, die Strasse zu bauen. Darum nimmt der Gemeinderat von Pratteln den Auftrag der Legislativen ernst, die den Strassennetzplan verordnet hat, und wird die Strasse bauen müssen. Da der Auftrag bereits besteht, wird der Einwohnerrat nicht mehr zustimmen müssen. Zur Sicht des Gemeinderats von Pratteln auf die temporäre Öffnung der Rheinstrasse: Er hat keine Freude an der temporären Öffnung und steht dieser skeptisch gegenüber, wenn auch nicht ganz so skeptisch wie die Gemeinde Augst. Pratteln würde in einer Interessenabwägung die Lösungsfindung höher gewichten und die Kröte schlucken, dass die Strasse für ein halbes Jahr wieder geöffnet würde. Pratteln bietet für den Kompromiss Hand, damit am Ende im Sinne der Sache die Lohagstrasse verlängert werden kann.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt zu Jan Kirchmayr, er sei extra nach Augst wendend gegangen und habe sich somit die Mühe durchaus gemacht. Vielleicht ist er nicht der Massstab aller Dinge, aber er hatte den Eindruck, dass die Signalisation ersichtlich ist. Gewohnheiten sitzen bekanntlich tief, deshalb scheut sich der Regierungsrat davor, das System noch zweimal umzustellen. Rolf Blatter mag Recht haben, dass keine neuen Wohnblöcke dort stehen. Die Gemeinden haben aber zurückgemeldet, was in den bestehenden Wohnquartieren wahrgenommen wird und dies ist eindeutig.

Rolf Blatter hatte gesagt, dass die Strasse zur Erschliessungsstrasse umgestaltet wird, wenn die Wohnüberbauung kommt. Man befindet sich in der Planung. Die BPK hat bereits eine Skizze gesehen, wie es dort aussehen soll. Die Gemeinde Augst, der es um die Planungssicherheit für die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Wohnbaugebiet Gallisacher geht, schreibt: «Die Quartierplanung für die erste Etappe mit rund 250 Wohneinheiten steht vor dem Abschluss und würde bei einer Wiederöffnung der Rheinstrasse, wie auch nachfolgende Baugesuche, aufgrund der Lärmsituation die Genehmigungspflicht einbüssen,» – dabei handelt es sich um eine Befürchtung, welche die Gemeinde Augst formuliert hat – «was zweifellos juristische Fragen und langwierige Verfahren hervorrufen würde. Der Quartierplan sieht zudem nebst der Einmündung einer Quartierstrasse drei Tiefgaragen-Ein- und Ausfahrten aus beziehungsweise auf die Rheinstrasse vor, was bei einer Umnutzung der Rheinstrasse nicht funktionieren würde». Damit hat die Gemeinde Recht. Die Sorge von Augst ist, dass sie am Planen sind und die Planung nicht mit der Rheinstrasse kompatibel ist. Regierungsrat Isaac Reber möchte nichts anderes sagen, als dass die Wohnblöcke mit aller Wahrscheinlichkeit kommen und die Planung einen Vorlauf haben muss. Der Landrat ist frei, wie er mit der Fragestellung umgeht. Die Sorgen der Gemeinde Augst sollten wahrgenommen werden, weil die Gemeinde Augst ausser dem Gallisacher kaum mehr weitere Entwicklungsmöglichkeiten hat.

://: Mit 60:20 Stimmen bei 1 Enthaltung tritt der Landrat auf die Vorlage ein.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress, Ziffern 1-4

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 5

://: Mit 50:32 Stimmen wird der Antrag der SP-Fraktion auf Streichung von Ziffer 5 abgelehnt.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, dass die BPK die Aufnahme einer neuen Ziffer 6 mit folgendem Wortlaut beantrage:

Das Postulat 2023/44 «Rasche Wieder-Öffnung und kein vorschneller Rückbau der Rheinstrasse im Gebiet Salina Raurica» wird abgeschrieben.

://: Mit 82:0 Stimmen wird dem Antrag auf Aufnahme einer neuen Ziffer 6 zugestimmt.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 53:25 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Salina Raurica – Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung eines provisorischen Lückenschlusses zwischen Rauricastrasse und Lohagstrasse

vom 22. Juni 2023

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Projektierung und Realisierung des provisorischen Lückenschlusses Rauricastrasse – Lohagstrasse inkl. Versetzen eines Kleintierdurchlasses wird eine neue einmalige Ausgabe von 1'040'000.- Franken (inkl. MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10 % bewilligt.
2. Die Ausgabenbewilligung für den provisorischen Lückenschluss erfolgt vorbehältlich einer vertraglichen Regelung mit der Gemeinde Pratteln.
3. Ziffer 1 des vorliegenden Landratsbeschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft der fakultativen Volksabstimmung.
4. Der Landrat nimmt zur Kenntnis, dass die Gemeinde Pratteln im Rahmen des Endausbaus der Lohagstrasse dem Kanton die Kosten für den provisorischen Lückenschluss zurückerstatet wird.
5. Bis zur Inbetriebnahme der Feinerschliessung (Lohagstrasse und Netzibodenstrasse) ist die Rheinstrasse provisorisch auf beiden Seiten umgehend wieder zu öffnen. Im gleichen Zug soll die Rauricastrasse gesperrt werden.
6. Das Postulat [2023/44](#) «Rasche Wieder-Öffnung und kein vorschneller Rückbau der Rheinstrasse im Gebiet Salina Raurica» wird abgeschrieben.

Nr. 2255

11. Geschäftsbericht 2022 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (blpk)

2023/263; Protokoll: mko

Kommissionspräsident **Laura Grazioli** (Grüne) führt aus, dass die blpk für das Jahr 2022 über ihre 49 Vorsorgewerke hinweg eine Gesamtperformance von –9,4 % und ein Gesamtvermögen von CHF 10,6 Mrd. ausweise. Der konsolidierte Deckungsgrad liegt bei 103,9 %. Insgesamt war 2022 für die blpk ein bewegtes Jahr. An den Anlagemärkten ging es meistens abwärts und die Rendite war deutlich negativ. Trotzdem befand sich zum Jahresende kein Vorsorgewerk in Unterdeckung. Der Regierungsrat genehmigte den Geschäftsbericht 2022 der blpk und beantragt dem Landrat Kenntnisnahme.

Eintreten war in der Finanzkommission unbestritten. Sie setzte sich insbesondere mit dem Grundlagenwechsel auseinander, denn im Jahr 2022 hatte die blpk von Perioden- zu Generationentafeln gewechselt. Im neuen Modell ist die stete Zunahme der Lebenserwartung bereits eingerechnet. Weil die blpk für den Grundlagenwechsel Rückstellungen gebildet hatte, war die Umstellung vorfi-

nanziert und erfolgte deckungsgradneutral. Aus der Rückstellung für die Umstellung bestand schliesslich sogar ein Überschuss, der den Teuerungsfonds der einzelnen Vorsorgewerke zugewiesen wurde. Ein Teuerungsfonds kann insbesondere dazu verwendet werden, eine Teuerung auf Renten zu gewähren.

Im Weiteren beschäftigte sich die Kommission mit den verschiedenen Deckungsgraden, die Pensionskassen ausweisen. Die blpk gibt als Sammeleinrichtung nur den konsolidierten Deckungsgrad gemäss der Verordnung des Bundes bekannt. Andere Deckungsgrade sind nach Ansicht der blpk schwer verständlich und schwer zu vergleichen. Trotzdem berechnet die blpk selbst auch andere Deckungsgrade und sie habe sich zum Beispiel dort verbessert, wo gemessen wird, wie viel Anlagerisiko von den Rentnerinnen und Rentnern auf die Aktiven umgelagert wird.

Auf Nachfrage aus der Kommission hielt die blpk fest, dass sich die 2019 entwickelte Unternehmensstrategie positiv in den erreichten Kennzahlen widerspiegle. Die Kasse stehe heute finanziell viel stabiler da als noch vor einigen Jahren. Zudem werde sie als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen und bekomme bei Ausschreibungen häufig den Zuschlag.

Die Immobilien, so erfuhr die Kommission, stellen für die blpk einen stabilen Anker dar und entwickelten sich in den vergangenen Jahren positiv. Gemäss Anlagestrategie soll dieser Bereich darum weiter ausgebaut werden. Die blpk werde dabei wie bisher Liegenschaften kaufen und relativ lange im Bestand halten, um daraus eine marktkonforme Rendite zu erzielen. Zu kaufen, zu sanieren und wiederzuverkaufen sei nicht ihre Tätigkeit.

Schliesslich wurde der Kommission noch aufgezeigt, dass die blpk gewisse Elemente von der auf Bundesebene geplanten Reform der beruflichen Vorsorge schon vorzeitig vorweggenommen hat. Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen Kenntnisnahme des blpk-Geschäftsberichts 2022.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 71:0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Geschäftsbericht 2022 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (blpk) zur Kenntnis genommen.

Nr. 2256

12. Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie
2022/615; Protokoll: mko

Zeitlich passend, kurz nach der 3. COVID-19-Abstimmung, darf Kommissionspräsident **Florian Spiegel** (SVP) nun im Landrat den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Schlussbericht der Regierung zur Pandemie vorstellen. Die GPK beschloss, anlässlich der Bearbeitung des Berichts der Regierung, die Arbeitsgruppe COVID-19 erneut zu reaktivieren; sie bestand aus Urs Roth, Thomas Eugster, Reto Tschudin und dem Sprecher. Es war dieselbe Arbeitsgruppe, die vor 2 Jahren bereits den Zwischenbericht des Regierungsrats behandelt hatte. Die herausgepickten Punkte betrafen die Soforthilfen, die Digitalisierung, die Anpassung der kantonalrechtlichen Grundlagen, die Pandemie-Vorhaltelager, die Sicherstellung der Kommunikation, die Alters- und Pflegeheime sowie die wissenschaftlichen Studienaufträge.

Zur finanziellen staatlichen Hilfe: Zu Beginn der Pandemie war es das Ziel, der Bevölkerung und der Wirtschaft Sicherheit zu geben und für Stabilität zu sorgen. Es brauchte dazu auch immer wieder Anpassungen, und nicht alles, das vom Bund kam, sorgte beim Kanton für Begeisterung. So musste sich auch die Kommission nochmals, angesichts an Soforthilfen, Überbrückungskrediten, Startup-Bürgschaften, Härtefallhilfen, Ausfallentschädigungen und arbeitsmarktlichen Unterstützungsmassnahmen, durch den Dschungel an Massnahmen und Paketen kämpfen. Dabei ist ebenfalls wichtig zu wissen, wer für das Controlling zuständig ist und wer die Kosten und Risiken übernehmen muss. Der Kommission war es wichtig, dass bei jenen Hilfen, bei denen der Kanton direkt zur Kasse gebeten wird, das Controlling funktioniert und es eine Übersicht über Zahlungsausfälle

gibt. Mit Stand der letzten Gespräche mit dem Regierungsrat gab es für den Kanton bei Bürgerschaftsverträgen keine Ausfälle und er würde bei Verzug sofort informiert. Bei den Härtefallhilfen werden Nachkontrollen laufend geführt und der Kanton verfügte bereits Rückzahlungen in der Höhe von CHF 175'000.–. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass die Nachkontrollen bis ins Jahr 2027 andauern werden.

Da der grösste Teil der Ausfallkosten beim Bund anfallen, wird sich dort deutlicher als hier abzeichnen, wie viel Gelder abgeschrieben werden müssen und was am Schluss die richtigen Massnahmen waren. Die Digitalisierung ist wie schon oft ein wichtiger Punkt in der Arbeit der Kommission und es war eindrücklich, wie viele Arbeitsschritte per sofort umgesetzt werden mussten – wenn man an die Homeoffice-Pflicht oder den Präsenzunterricht in den Schulen zurückdenkt. Die IT-Infrastrukturen wurden bei diesen Themen – wie dem Zugang via VPN, Erhöhung der Bandbreiten und Zugangskapazitäten – mehr als stark ausgebaut. Ebenfalls musste parallel dazu sichergestellt werden, dass es sichere Applikationen für die Anwendung gibt und der Datenschutz stets berücksichtigt wird. Was bleibt vom Ausbau? Mit Sicherheit bleibt der Webservice für die Publikation der Baugesuche, die digitalen Plattformen für den Austausch von Informationen beim Amt für Gesundheit und auch die Abbildung von lagerelevanten Daten inklusive der Beurteilung beim Kantonalen Führungsstab. Gesetzlich wurden Anpassungen gemacht beim Publikationsgesetz bzw. der Einführung des digitalen Amtsblatts und der Laufbahnverordnung. Ebenfalls blieben zum Teil die Möglichkeiten für die Nutzung des Homeoffice bzw. der Telearbeit.

Während der Pandemie hörte man auch immer wieder von verschiedenen Seiten, die Regierung würde die Pandemie dazu nützen, um Einfluss auf Gesetze zu nehmen und sie nachhaltig zu gestalten. Die GPK ging diesem kritischen Vorwurf nach und wollte überprüfen und wissen, was am Ende beim Kanton letztlich an Anpassungen übrigblieb, die nachhaltig Bestand haben. Dabei kann erstens genannt werden die «Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, EG KVG; Neuregelung der Kompetenzen zur Festlegung der Restfinanzierung der Pflege stationär», kurz gesagt die «Übergangsbestimmung betreffend Mehrkosten in der Pflege infolge der Covid-19-Epidemie». Das zweite Gesetz, das angepasst, aber per 30. Juni 2022 wieder aufgehoben wurde, betrifft die zeitliche Zulassung von Heizstrahlern ohne Bewilligungen. Mehr als diese beiden Grundlagen wurden in Folge von COVID-19 nicht angepasst.

Ebenfalls öfters diskutiert wurde das Vorhaltelager. Dabei wurde zu Beginn ein Mangel festgestellt. Für die GPK war es wichtig, wie das in Zukunft sich entwickelt, da man weiss, dass die nächste Katastrophe nicht identisch mit der vorhergehenden sein wird. Der Regierungsrat listete insgesamt 27 Gefährdungen auf, für die eine Vorsorgehaltung ausgeübt werden müssen. Der Regierungsrat möchte diese via externen Partner sicherstellen. Diese sind zum Teil noch im Gange. Die Kommission kann den Ausführungen des Regierungsrats folgen, dass – auch aufgrund des marktwirtschaftlichen Eingriffs – nicht sämtliche Vorsorgelager selber bewirtschaftet werden. Es ist ihr aber wichtig, dass der Regierungsrat diese Lager nicht nur extern delegiert, sondern dass er für die Einhaltung bzw. die Verfügbarkeit des Materials selber Sorge tragen muss und sich nicht nur auf Aussagen Dritter verlassen darf.

Die Sicherstellung Kommunikation im Bereich Schulen wurde ebenfalls öfters diskutiert, weil es am Anfang zwischen dem Amt für Volksschulen und dem Kantonsärztlichen Dienst zu Parallelkommunikationen kam. Es war der GPK wichtig aufzuzeigen, dass bei einem solchen Pandemieverlauf es wichtig ist, dass alle involvierten Partner wissen, wie der direkte Kommunikationsweg ist und wer wann verantwortlich für welche Aussagen und Weisungen ist.

Bei den Alters- und Pflegeheimen war der GPK wichtig, dass ergänzend zum Schlussbericht der Regierungsrat um eine schriftliche Stellungnahme zu einem Papier eines nationalen Expertengremiums mit Empfehlungen zur stationären Langzeitpflege in der Schweiz gebeten wurde, an dem der Kanton BL ebenfalls teilnahm. Dieser Teil ist umfangreich und komplex, weshalb hier verzichtet wird, auf Details einzugehen. Es macht nur Sinn, wenn man sich mit der Materie auseinandersetzt und den Bericht und die Fragen gelesen hat.

Auf die wissenschaftlichen Studienaufträgen muss hier ebenfalls nicht eingegangen werden, sie wurden im GPK-Bericht 2023/157 bereits behandelt und der Rat hat die Empfehlungen an den Regierungsrat überwiesen.

Die GPK zieht zum Schluss eine kurze, aber durchwegs positive Bilanz über die geleistete Arbeit während der COVID-19-Pandemie. Die Leistungen, welche während dieser ausserordentlichen

Zeit von Seiten Regierung und Verwaltung erbracht wurden, gilt es zu würdigen. Das Leistungspotential, das zu Beginn der Pandemie abgerufen wurde, darf als beeindruckend vermerkt werden. Dies gilt für alle Direktionen inkl. der Schulen. Die Situation hat gezeigt, dass man in der Lage ist, während einer Krise das Bestmögliche zu erreichen. Dies gilt es als die wichtigste aller Erkenntnisse festzuhalten.

Zu den Feststellungen: 1. Die Kommission kann die Vorteile für die Mitarbeitenden, welche heute vermehrt im Homeoffice arbeiten, nachvollziehen, erwartet aber vom Regierungsrat, dass die Erreichbarkeit der Mitarbeitenden auch im Homeoffice gewährleistet ist und die Arbeitserledigung analog derjenigen vor Ort stattfindet.

2. Die Kommission nimmt Kenntnis davon, dass beim angedachten kantonalen Pandemielager auf externe Partner zurückgegriffen werden soll. Der Regierungsrat steht jedoch in der Verantwortung, die Verfügbarkeit des benötigten Materials mittels Kontrolle sicherzustellen.

3. Klare Kommunikationswege und Ansprechpartner sind wichtig, um Verunsicherung zu vermeiden (Bezug Amt für Volksschulen, Kantonsärztlicher Dienst).

4. Die Gesamtleistung der Verwaltung und des Regierungsrats während der COVID-19-Pandemie ist positiv hervorzuheben.

Die GPK hat keine Empfehlungen zum COVID-19-Bericht. Sie beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen Kenntnisnahme vom Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der Pandemie. Sie beschliesst auch einstimmig die Durchführung einer Eintretensdebatte, dies vor dem Hintergrund, dass anlässlich des Zwischenberichts mit Verweis auf den Schlussbericht darauf verzichtet wurde.

– *Eintretensdebatte*

Urs Roth (SP) bedankt sich beim Kommissionspräsidenten Florian Spiegel für seine Berichterstattung und schliesst sich seinen Ausführungen gerne an. Der Votant war selber Mitglied der entsprechenden Subkommission der GPK. Drei Punkte möchte er hervorheben. Erster Punkt: Die COVID-19-Pandemie hat sich sehr lange hingezogen, sie war einschneidend und sie hat alle vor sehr grosse Herausforderungen gestellt. Der Mitteleinsatz zur Bewältigung dieser Pandemie war entsprechend hoch.

Gesamthaft gesehen ist die Schweiz im Vergleich gut durch die Krise gekommen. Durch verschiedene Studien und die Analyse der relevanten Kennzahlen lässt sich das inzwischen auch belegen. Dem positiven Fazit der GPK ist deshalb zuzustimmen, ebenso, dass in Baselland von allen Beteiligten (Krisenstab, Regierungsrat, Verwaltung und zahlreiche weitere Institutionen) ein ausserordentlich grosser Einsatz geleistet wurde und eine positive Bilanz bezogen auf die getroffenen Massnahmen und eingesetzten Mittel gezogen werden kann. Er schliesst sich deshalb dem Dank an die Behörden und Institutionen gerne an.

Zweiter Punkt: Dem Regierungsrat sei herzlich für den Schlussbericht gedankt, es ist ein guter Bericht, der die wichtigsten Punkt kompakt und sehr gut zusammenfasst. Es wird darin aufgezeigt, welche Massnahmen sich bewährt haben, wo Lücken oder Defizite bestanden haben, und wo ein Handlungsbedarf im Hinblick auf mögliche zukünftige Gefährdungen besteht. Florian Spiegel hat bereits auf wichtige Punkte hingewiesen, deshalb möchte er sein Votum nicht verlängern. Zum anderen sei allen, die ihn nicht gelesen haben, der Bericht des Regierungsrats ans Herz gelegt. Dritter und wichtigster Punkt: In der COVID-19-Pandemie haben alle sehen können, wie belastbar das Gesundheitswesen der Schweiz ist, und wie gross das Engagement der Menschen ist, die darin arbeiten. Diese Erkenntnisse sollten nun nicht vergessen gehen, denn dieses Leistungsvermögen unseres Gesundheitswesens ist und bleibt kein Selbstläufer. All den Menschen, die während der Pandemie-Phase in den Spitälern, den Alters- und Pflegeheimen, in den Spitex-Organisationen und in vielen weiteren Institutionen des Gesundheitswesens tätig gewesen sind, ist zu danken. Damit sollte es aber nicht getan sein. Wenn man die Zeitungsartikel des letzten halben Jahres liest, dass in Zukunft keine Spital-Businesspläne mehr aufgehen wird, sollte einem das Sorge bereiten. Man wird nicht darum herumkommen, auch in der Nach-Pandemiephase mit Mitteleinsatz im Gesundheitswesen sorgfältig, aber auch grosszügig, umzugehen. Denn in der nächsten Dekade wird aufgrund der demographischen Entwicklung aber auch aufgrund der Dinge, die während der Pandemie hervorgetreten sind, ein zusätzlicher grosser Mitteleinsatz im Gesundheitswesen nötig sein. Dafür braucht es einen politischen Grundkonsens. Bei der Gesundheit

handelt es sich um das höchste Gut und es wird weitere Kostenanstiege im Gesundheitswesen benötigen. Politiker, die das verneinen oder verschweigen, handeln unverantwortlich und verkennen die Realitäten. Deshalb braucht es einen politischen Grundkonsens auch darüber, wie die künftige Finanzierung stattfinden soll. Einrichtungen des Gesundheitswesens werden sonst nicht darum herumkommen, Qualitätsminderungen herbeiführen zu müssen, was hoffentlich niemand möchte.

Der Votant hofft auf eine Unterstützung dieser Gedanken in der Legislaturperiode. Die SP-Fraktion wird der Beschlussfassung einstimmig zustimmen.

Reto Tschudin (SVP) dankt im Namen seiner Fraktion der Regierung wie auch allen Beteiligten in der Verwaltung für die Bewältigungsstrategie. Es hat sich gezeigt, dass insgesamt gut agiert wurde, auch wenn man im Nachhinein natürlich immer weiss, dass man das eine oder andere hätte anders machen können. Die Arbeitsgruppe hat sich mit dem Bericht befasst und diverse Fragen dazu gestellt, besonders haben dabei die potentiellen finanziellen Ausfälle zu reden gegeben. Diesbezüglich gab es kurzfristig auch Unklarheiten, wie gross denn wirklich das Ausfallrisiko des Kantons Baselland sein bzw. bleiben könnte. Es zeigte sich aber in einem klärenden Gespräch – an der Stelle vielen Dank an Toni Lauber und seine Mannen, die die GPK begleitet hatte – dass der Kanton die Vorgaben des Bundes bei der Vergabe von Härtefallhilfen oder -Darlehen eingehalten hatte. Das Restrisiko, das in einem noch sehr massiven Umfang besteht, liegt beim Bund. Daher darf gesagt sein, dass eine gewisser Rest Nachlässigkeit festzustellen war und man erkennen muss, dass Bundesgelder vielleicht ein bisschen zu grosszügig à fonds perdu vergeben wurden. Dafür ist jedoch eine andere GPK zuständig, das soll ihr überlassen bleiben.

Die GPK Baselland war mit den Antworten auf ihre Fragen zufrieden, was auch die SVP mit Zufriedenheit feststellt. Es bleibt ihr nur noch übrig, der GPK und der Arbeitsgruppe COVID-19 recht herzlich für ihre geleistete Arbeit zu danken – wobei sich der Sprecher selber ein bisschen auf die Schulter klopfen darf. Die SVP-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Irene Wolf-Gasser (EVP) ist als erste Sprecherin nicht Teil der angesprochenen Arbeitsgruppe gewesen und kann sich deshalb auch nicht selber auf die Schulter klopfen. Sie darf aber dennoch ins gleiche Horn blasen – die Fraktion Grüne/EVP-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis. Eventuell kommt noch eine Bemerkung aus ihrer Reihe hinzu. Grundsätzlich aber herzlichen Dank an Florian Spiegel für seine Ausführungen, vor allem auch dem Gesundheitsdirektor und seiner Truppe für dessen gute Umschiffung der Pandemie. Der Kanton Baselland, so scheint es, hat ganz gut abgeschnitten. Was die Arbeitsgruppe festgestellt hat, war die Diskrepanz in der Kommunikation. Sie weiss, dass manchmal am Sonntagabend noch ein Mail rausgelassen werden musste, um zu informieren, was am Montagmorgen in der Schule zu laufen hat, ob die Schüler gehen oder zu Hause bleiben sollen, wer was macht und wer welche Weisung rausgibt – wobei hier das AVS mitgemischt hat, ebenso zum Teil der kantonsärztliche Dienst. Dabei wurde von der Arbeitsgruppe festgestellt, dass eine gewisse Zweigleisigkeit vorhanden war. Die Regierung hat das nicht unbedingt bestätigt. Als Fazit ist aber zu sagen, dass man dranbleiben möchte. Sollte wieder einmal eine ähnliche Situation eintreten, sollte dieser Punkt besser gehandhabt werden. Dies lässt sich als Lehre ziehen.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass seine Fraktion den GPK-Bericht zur Kenntnis nehmen wird, ebenso den Schlussbericht der Regierung. Den Feststellungen des Kommissionspräsidenten kann man sich vollumfänglich anschliessen. Nebst dem, dass die Pandemie von Regierung und Verwaltung gut gemeistert wurde, ist sehr gut sichtbar geworden, dass das Element der Geschwindigkeit der Reaktion wichtig war. Es ging auch im Bund schnell, aber noch schneller ging es in unserem Kanton. Dafür sei noch ein spezieller Dank ausgesprochen, denn es war gerade für Unternehmen matchentscheidend, dass sie schneller Klarheit hatten. Dies lief wirklich sehr gut. Im Bericht der GPK sieht man, dass die Ausfälle erstaunlich gering sind, wenn man sieht, welcher Missbrauch alles betrieben wurde. Ebenfalls sieht man im Bericht, dass bis 2027 sichergestellt wird, dass nichts unrechtmässig bezogen wurde – was der Bevölkerung stets ein wichtiges Anliegen ist. Feststellen lässt sich, dass der Mitteleinsatz auf Bundesebene, an dem man sich orientiert hatte, sehr hoch war. Er hätte vielleicht auch etwas tiefer sein können. Das war auch der Geschwindig-

keit geschuldet, aber daraus lässt sich auch lernen.

Noch einmal herzlichen Dank der Regierung und Verwaltung für die Pandemiebewältigung. Es sei allen empfohlen, den Bericht der Regierung zu lesen, wo sich sehen lässt, was die zusätzlichen Massnahmen gebracht haben – und was eben nicht.

Der Kanton Baselland kann Krise, sagt **Simon Oberbeck** (Die Mitte). Es war eine Jahrhundertkrise, die bewältigt werden musste. Der gesamten Regierung und der Verwaltung sei herzlich gedankt für die Parforce-Leistung. Die Krise dauerte fast ewig, so dass alle, vor allem die Regierung und dort wieder besonders Thomas Weber, an eine Belastungsgrenze gelangten – und manchmal auch darüber hinaus. Herzlichen Dank dafür, auch persönlich. Denn in einer solchen Krise kann man nichts richtig, nichts falsch machen, es muss einfach irgendwie gehen. Insgesamt hat der Kanton auch gesamtschweizerisch eine gute Falle gemacht.

Der Bericht, so würde ein Basler sagen, ist sicher «rächt», meint **Christina Jeanneret-Gris** (FDP). Das heisst: Grosses Lob. Sie nimmt den Bericht anerkennend zur Kenntnis und dankt für die Arbeit. Und doch muss sie ein bisschen auch den Advocatus diaboli spielen und darauf hinweisen, dass etwas Entscheidendes gefehlt hat, nämlich der Fakt des Medikamentenengpasses. Es war dies übrigens einer ihrer ersten Vorstösse, noch vor der Pandemie, als sie bereits moniert hatte, dass es hier gewisse Medikamente nicht gibt. Als sie den Bericht las und das Wort «Medikament» in die Suchfunktion gab, gab es keine Treffer. Gar nichts. Sie kann sich erinnern an die Anfänge der Coronapandemie, als der IPS-Chef zu ihr kam und ihr sagte, er hätte genau für elf Tage noch Medikamente für seine intubierten Patienten, und er kann keine neuen intubieren, weil er nicht weiss, was danach kommt. Die Situation entschärfte sich anschliessend ein bisschen, man war darum besorgt, die Medikamente zentral zu verteilen. Trotzdem hätte sie gerne gehabt, wenn dies im Bericht irgendwo noch erwähnt worden wäre. Die Sprecherin wird dies somit als Zugabe erwähnen, und bittet zu bemerken, dass sich das Thema der Medikamentenengpässe seither trotz Pandemie akzentuiert hat. Vor einigen Tagen hat sie mit einer Apothekerin gesprochen, die ihre sagte, sie wisse kaum, wie sie Alternativpräparate bereitstellen solle, insbesondere in der Pädiatrie. Das war jetzt vielleicht eine kleine Ausschweifung, aber es bleibt ein kleiner Tolggen im Reinheft des wunderbaren Berichts. Sie ist sich völlig bewusst, dass mit dem Beschreiben des Problems nichts gelöst ist. Wenn aber im Titel steht «Lehren aus der Pandemie», dann wäre das eine daraus gewesen.

Ehrlich gesagt findet es **Laura Grazioli** (Grüne) nicht so lustig, hier drinnen nochmals etwas zu Corona zu sagen. Aber nun gab es am Wochenende eine 3. Abstimmung über das Covid-Gesetz und einmal mehr hat eine deutliche Mehrheit von 60 % das Gesetz angenommen. Aber ein drittes Mal gab es auch eine deutliche Minderheit von immerhin 40 %, die das Gesetz abgelehnt hat und damit nicht einverstanden ist, auch nicht mit der Corona-Politik von Bund und Kantonen. Diese 40% sind hier in diesem Bericht und all den lobenden, schönen Worten nicht repräsentiert. Das ist nicht richtig. Und deshalb sagt sie kurz vor der wohlverdienten Sommerpause trotzdem nochmal etwas zum Thema.

Dass man vor drei oder auch zwei Jahren noch nicht alles wissen konnte und daher bestimmte Dinge vertrat und rechtfertigte, ist gut nachvollziehbar. Dass man aber jetzt, im Sommer 2023, immer noch behauptet, all die Massnahmen hätten Wunder gewirkt die Impfung sei ein «Game-Changer» (Zitat Regierungsrat) gewesen, findet die Votantin recht unglaublich. Sie hat nirgends ein Wort davon gelesen, dass Lockdowns gemäss diverser Evaluierungen in verschiedenen Ländern nichts brachten ausser einer unglaublichen Menge an Leid, insbesondere für die Schwächsten der Gesellschaft, nämlich die Alten, Vulnerablen und Kinder. Die, die man die ganze Zeit schützen wollte. Kein Wort davon, dass seit Anfang dieses Jahres eine grosse Metastudie gezeigt hat, dass Masken einen extrem geringen Beitrag zur Eindämmung des Virus leisteten. Kein Wort davon, dass die Spitäler keinerlei Übersicht dazu hatten, wer an oder mit Corona gestorben ist, sondern einfach alle PCR-positiv Getesteten als Corona-Tote gezählt wurden. Darüber haben sogar die Medien berichtet. Und auch keine einzige kritische Frage dazu, dass die Übersterblichkeit nicht zu Beginn von Corona hoch war, sondern erst nach Einführung der Impfung gestiegen ist. Laura Grazioli akzeptiert vollkommen, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Ob es umgekehrt

auch so ist, ist sie sich nicht ganz sicher. Und was sie nicht akzeptieren kann, ist der Anschein, der hier drinnen grösstenteils immer noch gezeichnet wird, dass es bei diesem Thema nur eine einheitliche Meinung gibt und es letztlich in dieser spezifischen Thematik ein Richtig und ein Falsch gibt. Und dass im Grossen und Ganzen alles super und richtig gelaufen ist. Dabei wird vollkommen verkannt, dass es immer einen regen wissenschaftlichen Diskurs gab und es nie einfach nur ein Richtig und ein Falsch gab und geben kann. Die Great Barrington Declaration ist ein schönes Beispiel dafür, dass es schon am Anfang von Corona auch andere wissenschaftliche Meinungen gab und man diese zur Kenntnis nehmen konnte, wenn man denn wollte. Die Autoren der Great Barrington Declaration, alles renommierte Wissenschaftler und Ärzte, schrieben bereits im Oktober 2020: «Glücklicherweise wachsen unsere Erkenntnisse über das Virus. Wir wissen, dass die Gefahr, durch COVID-19 zu sterben, bei alten und gebrechlichen Menschen mehr als tausendmal höher ist als bei jungen Menschen. Tatsächlich ist COVID-19 für Kinder weniger gefährlich als viele andere Leiden, einschliesslich der Influenza.» Die Wissenschaftler sprachen sich für eine Strategie des gezielten Schutzes aus und forderten, dass all jene, die nicht vulnerabel und nicht schutzbedürftig sind, sofort wieder ein normales Leben führen dürfen sollten. Diese Ratschläge wurden natürlich nicht befolgt und stattdessen wurden weitere Massnahmen zum Teil im Wochentakt erlassen, die allesamt für die Eindämmung des Virus letztlich nur eine sehr bedingte Wirkung hatten, wenn überhaupt. Und stattdessen dies jetzt ehrlich aufgearbeitet wird, redet man einfach alles, zumindest ein Stück weit, schön.

Besonders nachdenklich stimmt sie am Ganzen, dass die zugrundeliegenden politischen und gesellschaftlichen Mechanismen mit keinem einzigen Wort angesprochen werden. Die Maschinenbauer kennen die Grundsätze der dreistufigen Risikominimierung (aus der Norm ISO 12100). Es gibt viele weitere Bereiche des wirtschaftlichen Lebens, in denen diese bewährten Grundsätze gelten, die in der nachfolgenden Reihenfolge lauten: 1. Gefahren vermeiden oder zumindest begrenzen (und dazu gehört eine saubere, ernsthafte Risikoanalyse), 2. Schutzmassnahmen festlegen und treffen, 3. Vorsichtsmassnahmen festlegen und bekanntmachen.

Im Zuge von Corona wurde im Namen der öffentlichen Gesundheit normalisiert, dass die Reihenfolge dieser Sicherheitsgrundsätze auf den Kopf gestellt wird. Seit Anfang 2020 geht es nicht mehr darum, als allererstes eine Risikoanalyse und eine Risikobeurteilung zu machen und dann, eben wie die Great Barrington Declaration dies fordert, gezielte Schutzmassnahmen zu ergreifen. Stattdessen sind seit Anfang 2020 völlig undifferenziert nach Betroffenheit der Bevölkerungsgruppen allgemeine, flächendeckende Schutz- und Vorsichtsmassnahmen erlassen worden. Und dabei fand keine ernsthafte Güterabwägung mehr statt zwischen dem Zweck der Massnahmen – in diesem Fall dem Schutz der Vulnerablen Personen – und den Konsequenzen der Massnahmen selbst, sprich den gesellschaftlichen, gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen Folgen der Massnahmen, welche gigantisch waren.

Eine ehrliche Aufarbeitung würde, zumindest im Nachhinein, eine solche Güterabwägung vornehmen. Und dies vermisst Laura Grazioli gänzlich in diesem Bericht, den sie ablehnend zur Kenntnis nehmen wird.

Andi Trüssel (SVP) hat jetzt vieles gehört, möchte aber daran erinnern, dass die Flugebene hier die Kantons- und nicht die Bundesebene ist. Es wurde lobend erwähnt, dass in Baselland sehr schnell entschieden wurde. Es gab hier zum Glück drei Oberste an den Schaltstellen – da kann man noch so sehr über die Armee fluchen: Toni Lauber ist Oberst, Thomas Weber ist Oberst im Generalstab, Patrick Reiniger, Chef des Amtes für Bevölkerungsschutz, ist ebenfalls Oberst im Generalstab. Die wissen, wie die Prozesse laufen. Patrick Reiniger macht im Jahr drei bis vier Übungen, in denen trainiert wird, bis man die Prozessabläufe kennt. Und das fehlt in Bundesbern hinten und vorne. Deshalb machten sie dort auch einen Kaltstart, als sie sagten, die Masken nützen nichts. Sie hätten lieber zugegeben, dass es keine Masken gibt, man sich aber alle Mühe gibt, um sie zu beschaffen. Deshalb soll den drei Herren, und allen im den Stäben, ein Kränzchen gewunden und gedankt werden dafür, dass man in Baselland deutlich schneller war als in Bern.

Markus Dudler (Die Mitte) wird nun vermutlich zum letzten Mal in diesem Saal das Wort ergreifen. In der Vergangenheit und bis jetzt wird das Homeoffice hochgelobt. Bis jetzt weiss er aber nicht, wie die verschiedenen Arbeitgeber die Fürsorgepflicht gegenüber den Arbeitnehmern sicherstellen

können, z. B. bezüglich Ergonomie am Arbeitsplatz oder der psychischen Gesundheit. Er hat Angst, dass in 10 Jahren die Spätschäden davon ausgebadet werden müssen. Es ist zu hoffen, dass die Entwicklung gut beobachtet wird.

Pascale Meschberger (SP) hat als Ärztin, wie auch Christina Jeanneret, gesehen, was in dieser Zeit gegangen ist. Dagegen kann man Studien bringen wie man möchte. Es gibt sicher noch vieles aufzuarbeiten, auch medizinisch weiss man noch nicht viel. Nur weil man eine andere Meinung hat, muss diese nicht richtig sein. Man kann klar sagen, dass es nicht nur eine Krise war, sondern eigentlich eine Katastrophensituation, die über mehrere Jahre dauerte. In einer Katastrophe geht es primär darum, so viele Menschenleben zu retten wie möglich. Das hat man versucht und ihr scheint, dass man es auch erreicht hat, auch dank der Impfung. Diese war nicht so, wie man sich das erhofft hatte, aber sie hat das Spiel ganz eindeutig geändert. Als es die Impfung gab, sah man die schrecklichen Fälle nicht mehr, oder nur noch ganz vereinzelt. Es ist dafür zu danken, dass das Beste unternommen wurde, was man im Kanton tun konnte. Für ihren Geschmack hätte man manchmal noch vorsichtiger sein können. Wenn man das macht, geht es um das nackte Überleben, und es kennen alle Fälle, die die Krise überlebt haben und denen es heute nicht gut geht. Es ist klar, dass es keine einfache Situation war und andere Schaden daran genommen haben. Es ging aber darum, Menschenleben zu retten.

Kommissionspräsident **Florian Spiegel** (SVP) möchte sich zum Schluss noch bei seinen Kommissionsmitgliedern bedanken. Wie die meisten wissen, gibt er das GPK-Präsidium auf den 30. Juni ab. Die letzten drei Jahre waren sehr intensiv und spannend. Es war zum Teil sehr zeitaufwändig, es brachte ihm persönlich aber auch sehr viel, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den anderen. Auch wenn die Kommissionsberichte verhältnismässig nüchtern daherkommen, fanden auf dem Weg zu ihrer Entstehung zum Teil sehr intensive Diskussionen statt, auch mit den Regierungsrätinnen und den Regierungsräten, wobei man gemerkt hatte, dass die Meinungen doch unterschiedlich sind. Das ist aber auch völlig in Ordnung und gut, denn die Regierung hat eine andere Aufgabe als die Legislative. Es ist zu hoffen und er ist davon überzeugt, dass die GPK dies auch in der nächsten Legislatur beibehalten wird.

An dieser Stelle sei auch Benedikt Wirthlin und Monika Frey, die das Sekretariat der GPK wirklich ausgezeichnet führen, ganz herzlich gedankt.

Eine Replik auf die bisherigen Voten: Es ist absolut richtig, dass im politischen Diskurs jeder seine Meinung äussern darf, egal welche Seite er vertritt. Diese Meinung, egal wie unangenehm sie für jeden Einzelnen in dem Moment sein mag, muss respektiert und anerkannt werden. Wenn er nun abschliessend noch einen Wunsch äussern darf, und das wäre sein grösster: Dass die Folgen und Schäden, die gesellschaftspolitisch als Risse in der Gesellschaft geblieben sind, in Zukunft wieder gekittet werden mögen. Denn das ist das, was einen ausmacht und weiterbringt.

Seinen Kommissionskameraden herzlichen Dank für die Arbeit. Jetzt ist er fertig. *[Applaus]*

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) nimmt im Namen der Gesamregierung kurz Stellung, denn sowohl der Bericht als auch die Krisenbewältigung war ein Gemeinschaftswerk. Man muss eines sehen: Man befand sich effektiv nicht in einer Krisenvorsorge, wo es beliebig Planungsmöglichkeiten gibt und man in allen Zyklen nach ISO 12100 vorgehen kann und muss, sondern man befand sich in einer Krisenbewältigung. Man wurde in ganz, ganz kurzer Zeit mit Thematiken überrollt, die man zum Teil geübt hatte, die man in dieser Schärfe aber nicht sehen konnte. Zum Glück konnte man sich dabei auf das kantonale Führungsorgan stützen, den Kantonalen Krisenstab (heute Teilstab Pandemie des kantonalen Führungsstabs), der seit 1986 – seit Schweizerhalle – etabliert ist und verschiedenste Szenarien im Verkehrsbereich, im Sicherheitsbereich und im Gesundheitsbereich durchexerziert, um dann im Krisenfall zusammenzuarbeiten. Dort waren Mitarbeitende aus der gesamten Verwaltung, aus fast allen Dienststellen, dabei. Es gab auch externe Unterstützung, die Spitäler, die Ärztesgesellschaft und weitere. Und man muss, das darf man nie vergessen, in der Krisensituation schnell entscheiden, auf Basis der Informationen, die dann vorliegen, und nicht mutmasslich zwei Jahre später. Der Bericht wurde am 8.12.2022 publiziert und fasst das zusammen, was vorher bekannt war, wurde aber erstellt mit einem Datenstand vom zweiten Quartal 2022. Er heisst zwar Schlussbericht, aber es wäre gut, man würde einen solchen Bericht auch auf

Ebene Bund lesen können, mit einem Kenntnisstand von Anfang 2023.

Keine Aussage in diesem Bericht ist fix. Jede Hypothese, jede wissenschaftliche Aussage, ist nur dann eine, wenn sie sich falsifizieren lässt. Sobald es heisst «science is settled», egal in welchem Bereich, ist man nicht mehr im Wissenschafts- sondern im dogmatischen Bereich. Es ist ganz wichtig, dass man bereit dazu ist, Inhalte auch mit dem Erkenntnisstand von heute anzuschauen und dann die Schlussfolgerung daraus zu ziehen, was man nicht mehr machen würde. Würde man heute noch ein kleines Lädeli schliessen? Würde man die Schulen vielleicht gar nicht schliessen? Würde man Zertifikate, die – wie man heute weiss – gar nicht vor einer Übertragung schützen, heute noch einführen? Es gab aber auch andere Massnahmen, mit denen effektiv Leben gerettet werden konnten, vor allem unter der gefährdeten Bevölkerung. Was braucht es an Vorhalte- und Pandemielager?

Seine Aussage ist die: Es handelt sich um einen Bericht mit dem damaligen Datenstand, aber es geht weiter in der Krisenvorbereitung und dem geistigen Bereitsein für die nächste Krise, die garantiert anders aussehen wird.

Es sei an dieser Stelle noch allen gedankt, die in irgendeiner Form mit der Covid-Pandemie im Kanton zu tun hatten, die die Massnahmen teilweise auch erdulden mussten, was letztlich aber auch dazu beigetragen hat, dass der Kanton Baselland relativ gut durch die Krise gekommen ist.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 79:3 Stimmen wird der Schlussbericht des Regierungsrats zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie zur Kenntnis genommen.

Nr. 2254

13. Fragestunde der Landratssitzung vom 22. Juni 2023

2023/258; Protokoll: pw

1. Christine Frey: Arbeitsgruppe Osttangente

Keine Zusatzfragen.

2. Christine Frey: Temporäre Mittelinseln im Rahmen des Pilotprojektes «Nicht überholbare Haltestellen in Oberwil und Pratteln»

Keine Zusatzfragen.

3. Jan Kirchmayr: Bahnersatzverkehr Aesch-Laufen

Keine Zusatzfragen.

4. Stephan Ackermann: Salina Raurica

Keine Zusatzfragen.

5. Dieter Epple: Projektwettbewerb für den Verwaltungsbau in Liestal

Dieter Epple (SVP) dankt für die Beantwortung. Zusatzfrage 1 betrifft die Spielregeln: *Zu welchem Zeitpunkt haben der Landrat oder Andere die Möglichkeit, die Spielregeln anzuschauen beziehungsweise auch anzupassen und zwar bevor die Ausschreibungen erfolgen?*

Zusatzfrage 2: *Können Bewertungseingaben von Bewerbern eingesehen werden, damit sie die Möglichkeit haben, sich ein anderes Mal zu verbessern?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) denkt nicht, dass es zielführend und sinnvoll wäre, wenn die Kriterien respektive Spielregeln, die für die einzelnen Projekte definiert werden, durch den Landrat gesetzt werden könnten. Die Bewertungen werden jeweils mitgeteilt.

Andi Trüssel (SVP) vermittelt die Liste der Architekturbüros den Eindruck, als gäbe es im Kanton Basel-Landschaft keine potenten Architekturbüros. Zusatzfrage: *Nimmt der Wirtschaftsförderer Einfluss auf die Ausschreibungen, damit Baselbieter Unternehmen berücksichtigt werden können?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet, dass Baselbieter Unternehmen, die bei Wettbewerben oder sonstigem in Frage kommen, eingeladen würden und Teilnahmemöglichkeiten hätten. Dies war auch beim vorliegenden Wettbewerb der Fall. Die Betrachtung greift zudem etwas zu kurz, wie in der Antwort ausgeführt wurde. Bei sieben der zwölf Teams wirken Baselbieter mit. Nach Bekanntgabe der Kriterien und der Definition, wer dabei ist – es waren Baselbieter dabei –, wird nach den Regeln gearbeitet und es darf nicht davon abgewichen werden. Am Ende steht die Aufgabe im Mittelpunkt.

6. **Andrea Kaufmann: Schwimmunterricht**

Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

Nr. 2257

14. **Kosten der Lohnfortzahlung für den Kanton Baselland und Ausschöpfung der Lohnfortzahlungsansprüche**

2022/641; Protokoll: mko

Regula Steinemann (GLP) gibt eine Erklärung ab. Sie dankt sehr für die ausführliche und informative Antwort. Interessant war vor allem zu sehen, wie sich die Krankheitstage pro Mitarbeiter zwischen 2013 und 2021 verändert haben. Am Anfang waren es noch um 5,5 bis 6 Tage, im Jahr 2021 gab es einen deutlichen Sprung nach oben. Auffallend war auch, dass die Strafverfolgungsbehörde, SID und Gerichte sehr viele Krankheitstage zu verzeichnen haben. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Langzeitabsenzen aller Angestellten. Absenzen zwischen 6 und 11 Monaten haben minimst zugenommen, ab 12 Monate haben sie sich aber nahezu verdoppelt. Natürlich muss man das in Relation stellen zur Gesamtzahl aller Arbeitnehmenden. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Trotzdem muss ein Augenmerk darauf gerichtet und die Entwicklung über die nächsten Jahre verfolgt werden. Je nach Grund für die Arbeitsunfähigkeit kann es auch Indiz für eine ungesunde Arbeitssituation sein.

Gemäss den Ausführungen des Regierungsrats hat es sich gelohnt, dass die Krankentaggeldversicherung aufgelöst wurde. Zumindest finanziell, gestützt auf die vorliegenden Zahlen, kann man dem nicht widersprechen. Und solange die Mitarbeitenden weiterhin die gleichen Leistungen erhalten, spricht aus Sicht der Interpellantin nichts dagegen. Aber gerade das ist nicht der Fall. Befristete Arbeitsverhältnisse, von denen es im Kanton einige gibt, haben teilweise eine doch deutlich weniger hohe Lohnfortzahlung und einen entsprechend weniger hohen Anspruch, als wenn man bei einer Krankentaggeldversicherung angeschlossen wäre. Hier muss man ansetzen. Deshalb hat die Sprecherin heute eine entsprechende Motion eingereicht, die eine Annäherung bringen soll. Befristete Arbeitsverhältnisse dauern heutzutage teilweise länger als unbefristete. Und es muss bei Arbeitsverhältnissen von bis zu 14 Monaten eine Anpassung erfolgen. Wie aus der Antwort der Interpellation hervorgeht, gibt es nur wenige Fälle; mit einer Kostenexplosion ist also nicht zu rechnen. Andererseits kann eine solche Absicherung im Einzelfall existenzsichernd sein und eine grosse Entlastung mit sich bringen, dass man zumindest bei schweren Erkrankungen oder Unfällen nicht auch noch in finanzielle Nöte gerät.

Als Letztes noch eine Bemerkung zu den internen Systemen: Es ist sicherlich gut, wenn man sich

vertraulich an einen HR-Berater wenden kann. Aber je nach Konfliktsituation wäre es vermutlich hilfreicher, wenn man sich zuerst auch an eine aussenstehende Person wenden könnte. Dies ist offensichtlich möglich, wie ihr Regierungsrat Anton Lauber heute versichert hat. Vielleicht sollte man das aber ein bisschen genauer unter die Lupe nehmen und prüfen, was die Bedürfnisse sind. Erfahrungsgemäss kann man mit einem frühzeitigen und vor allem einem guten System ein Auffangnetz installieren, das auch eine Abstimmung zwischen Arbeitgeber und den Sozialversicherungssystemen mit sich bringt. Das ist wichtig.

://: Die Interpellation ist erledigt.

Nr. 2258

37. Verabschiedungen zum Ende der Legislaturperiode

2023/259; Protokoll: bw

[Bereits am 8. Juni 2023 ist Katrin Joos Reimer, da heute entschuldigt, verabschiedet worden. Und bereits vor der Mittagspause wird Michael Bürgin verabschiedet, da er am Nachmittag abwesend ist]:

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) verabschiedet Michael Bürgin mit folgenden Worten:

«Zu **Michael Bürgin** gibt es nicht ganz so viel zu sagen, denn sein Gastspiel in unserem Parlament ist recht kurz gewesen: er ist am 1. September 2022 als Landrat der Grünen angelobt worden. Dabei war das Spezielle, dass er gar nie für den Landrat kandidiert hat. Nach dem Rücktritt von Bálint Csontos, der bei ihm in die Schule gegangen ist, haben alle Nachrückenden verzichtet, und deshalb haben die Unterzeichner/innen des Wahlvorschlags Michael Bürgin zur Wahl vorgeschlagen, und der Regierungsrat hat ihn als gewählt erklärt. Während seiner Ratszugehörigkeit hat er in der JSK mitgearbeitet. – Er hat 5 Vorstösse eingereicht, von Physiotherapie über Littering bis Velowege.

Michael Bürgin trifft nicht nur in den Debatten, sondern auch musikalisch meist den richtigen Ton. Er hat von Anfang an angekündigt, dass er zu den Wahlen '23 nicht antreten würde. So wird er nun also schon wieder verabschiedet – auch wenn er das inzwischen vielleicht sogar ein bisschen bedauert. Michael, ich danke Dir für deine Bereitschaft, ein Amt zu übernehmen, das Du gar nie angestrebt hast, und für Dein Engagement als Kurzzeit-Landrat. Für Deinen weiteren Weg wünsche ich Dir alles Gute!» *[Applaus]*

[Am Ende der Landratssitzung werden 20 weitere Landratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge verabschiedet]:

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) verabschiedet die weiteren 20 Kolleginnen und Kollegen, für die die heutige Landratssitzung die letzte war, mit folgenden Worten:

«**Rahel Bänziger** ist am 14. Oktober 2010 als Landrätin der Grünen angelobt worden; sie ist damals für den zurückgetretenen Kaspar Birkhäuser nachgerückt. Sie hat in vielen verschiedenen Kommissionen Erfahrungen gesammelt, so war sie zweimal – insgesamt knapp 3½ Jahre – in der JSK, ein Jahr in der GPK, zwei Jahre in der UEK und drei ganze Legislaturen in der VGK, die sie 2015-2019 auch präsiert hat. Zudem hat sie 2011-2015 der IGPK Uni und 2015-2019 der IGPK UKBB angehört. – Während ihrer Landratskarriere hat sie ganze 61 Vorstösse eingereicht, und zwar zu viel mehr Themen als Gesundheit und EuroAirport.

Mit ihren Voten hat sie sich, trotz des knorrigen Appenzeller Dialekts, Gehör verschafft. Das gilt auch für eins ihrer Hobbies, den Chorgesang. Sonst ist sie auch gerne auf einem Pferderücken unterwegs und stellt hektoliterweise Sirup her. Für Rahel gilt, dass sie ein ausgesprochen geselliger Mensch ist – nur beim Fluglärm, da hört der Spass auf!

Rahel Bänziger unterliegt der Amtszeitbeschränkung, weshalb wir sie nun verabschieden. Ich tue das mit einem ganz herzlichen Dank fürs grosse Engagement! Ihr Engagement und ihr Herzblut konnte ich in der VGK direkt erleben und weiss es zu schätzen. Dir, Rahel, wünsche ich für Deinen weiteren Weg – sei es als Binninger Gemeinderätin, aber auch im Privaten – alles Gute! *[Applaus]*

Peter Brodbeck, das amtsälteste Mitglied unseres Rats, ist am 2. Juli 2007 an der legendären, verregneten konstituierenden Sitzung im Römertheater Augusta Raurica als Landrat der SVP angelobt worden. Die ersten 12 Jahre seiner Ratszugehörigkeit war er in der Finanzkommission aktiv; das letzte halbe Jahr davon auch als Präsident. Die letzten 12 Jahre hat Peter auch in der VGK gesessen, auch diese hat er zwischenzeitlich präsiert. Er ist zu Beginn seiner Landratskarriere zudem auch Präsident der Spezialkommission 'Parlament und Verwaltung' gewesen. In der aktuellen Legislatur ist er auch Mitglied der Petitionskommission gewesen. 8 Jahre lang hat er der Schweizer Delegation des Oberrheins angehört, wo er auch die Kommission Wirtschaft/Arbeitsmarkt/Gesundheit präsiert hat. Und als ob das noch nicht genug Präsidien gewesen wären, hat er auch als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Landrats 2019 eröffnet; er ist wohl der einzige SVP-ler in diesem Amt gewesen, der in seiner Rede Karl Marx zitiert hat. – Während seiner Zeit als Landrat hat Peter Brodbeck 2 Vorstösse eingereicht, beide zum Gesundheitsgesetz – nicht erstaunlich für den Stiftungsrat eines Alters- und Pflegeheims.

Peter hat nicht nur politische, sondern auch gastronomische Qualitäten: So ist er bekannt als wahrscheinlich bester Paella-Koch der Nordwestschweiz.

Auch Peter Brodbeck hat wegen der Amtszeitlimite nicht mehr zu den Wahlen antreten können. Ich verabschiede ihn aus dem Landrat mit einem ganz herzlichen Dank für seine langjährige Tätigkeit zum Wohl des Kantons. Dir, Peter, wünsche ich für Deine Zukunft alles Gute! *[Applaus]*

Stephan Burgunder ist vor 4 Jahren auf der FDP-Liste in den Landrat gewählt worden. Er hat die ersten 3 Jahre in der UEK mitgearbeitet, seit einem guten Jahr ist er in der Personalkommission. – Er hat während dieser Zeit 2 Vorstösse eingereicht.

Stephan ist ein wahrer Lokalmatador, der immer für 'sein' Pratteln einstand, bei Höhen wie dem ESAF und Tiefen wie der 14er-Abstimmung. Er hat uns stets die zentrale Bedeutung seiner Gemeinde fürs Baselbiet in Erinnerung gerufen. Ohne grosse Worte, mit viel Einfluss im Hintergrund, hat er die Weichen als Gemeindepräsident dafür im richtigen Moment gestellt – manchmal auch an uns allen vorbei.

Stephan hat schon länger klargemacht, dass er nicht noch einmal für den Landrat kandidieren will, sondern dass ihm sein Amt als Pratteler Gemeindepräsident und die Führung des eigenen Unternehmens mehr Erfüllung bringen. So darf ich Dich jetzt also herzlich verabschieden, Stephan. Ich tue dies mit einem herzlichen Dank für Deinen Einsatz und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute! *[Applaus]*

Thomas Buser ist am 18. Oktober 2021 als EVP-Landrat angelobt worden, nachdem er für die zurückgetretene Sara Fritz nachgerückt ist. Somit ist er also erst gerade seit etwas mehr als anderthalb Jahren Ratsmitglied. In dieser Zeit hat er der Finanzkommission angehört. – Thomas hat als Landrat 4 Vorstösse eingereicht. Er hat oft einen besonderen, ganz eigenen Blickwinkel eingenommen und damit die politischen Diskussionen angeregt.

Thomas Buser ist bei den Wahlen in Februar nicht mehr wiedergewählt worden und scheidet deshalb aus dem Landrat aus. Ich verabschiede Dich, Thomas, mit einem herzlichen Dank für Deine Mitarbeit und wünsche Dir für Deinen weiteren Weg alles Gute! *[Applaus]*

Tania Cucè ist 2019 vom Volk in den Landrat gewählt worden. Die SP-Vertreterin hat während der ganzen Legislatur in der JSK mitgearbeitet, zudem über zwei Jahre in der Petitionskommission und seit Herbst 2021 auch in der Personalkommission, was für sie als VPOD-Präsidentin natürlich besonders interessant gewesen ist. – Tania hat 19 Vorstösse eingereicht; oft ist es dabei um die Lebensbedingungen von weniger privilegierten Menschen gegangen.

Tania ist in der SP-Fraktion eine wichtige Stimme in der Sicherheits-, Integrations- und Migrationspolitik; zudem dient sie als fraktionsinterner Übersetzungsdienst. Tania hat unter anderem auch im Vorstand des FC Landrat mitgewirkt und kürzlich auch als Spielerin ihr Debut gegeben und dabei

zu überzeugen gewusst – es gibt hier noch Nachholbedarf, denn mitspielen darf man auch als alt Landrätin.

Im Februar hat Tania die Wiederwahl in den Landrat verpasst, weil die SP im Wahlkreis Liestal einen Sitz verloren hat. Es ist schade, dass wir eines unserer jüngeren Mitglieder schon wieder ziehen lassen müssen. Ich verabschiede Dich, Tania, mit einem herzlichen Dank für Dein Engagement fürs Baselbiet und mit den besten Wünschen für Deine Zukunft – und vielleicht sieht man sich ja wieder! *[Applaus]*

Markus Dudler ist 2015 in den Landrat gewählt worden und hat in unserem Parlament die Mitte vertreten. Während der ganzen 8 Jahre ist er Mitglied der Petitionskommission gewesen, und seit Sommer 2018 hat er auch in der UEK mitgearbeitet. – Als Landrat hat er 22 Vorstösse eingereicht, darunter konkrete Verbesserungsvorschläge für Bus-Fahrpläne im Unterbaselbiet.

Gemäss seinem eigenen Wahlvideo ist Markus, dieser passionierte Waldhornspieler, 'nicht perfekt, aber gradlinig und ehrlich'. Markus Dudler ist ebenfalls bei den letzten Wahlen nicht mehr wiedergewählt worden und muss deshalb unseren Rat verlassen. Wir werden ihn nicht nur wegen seines freundlich-ausgleichenden Wesens vermissen. Politisch bleibt er in seiner Wohngemeinde Arlesheim aktiv – und natürlich im Musikverein Arlesheim, wo er Ehrenmitglied ist. Markus, ich verabschiede Dich mit einem herzlichen Dank für Deine geschätzte Mitarbeit und wünsche Dir für den weiteren Weg alles Gute! *[Applaus]*

Bei der nächsten Verabschiedung gibt es viel aufzuzählen, denn wir kommen zu **Christoph Hänggi**. Er ist als Nachrückender auf der SP-Liste am 12. März 2009 für Ursula Jäggi in den Landrat gekommen. Anfangs ist er ein gutes Jahr lang Mitglied der JSK gewesen, danach knapp 9 Jahre lang in der BKSK; in der Legislatur 2015-19 hat er diese Kommission auch präsiert. Seit Sommer 2019 ist er auch Mitglied der GPK, und über 8 Jahre lang hat er auch in der Redaktionskommission mitgearbeitet. Seit Sommer 2011 vertritt Christoph den Landrat im Oberrheinrat und seit 4 Jahren auch im Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts. Zudem ist er anderthalb Jahre lang in der IGPK der Uni gesessen und eine Weile auch in der IPK FHNW. Ebenfalls mitgewirkt hat er in den beiden Findungskommissionen für die Landschreiberin 2017-2018 und für die Ombudspersonen 2019-2020. – In seiner über 14-jährigen Amtszeit hat Christoph Hänggi 17 Vorstösse eingereicht, davon einige im Kulturbereich – Stichwort 'Unesco-Weltkulturerbe Augusta Raurica'. – Als Direktor des Musikautomatenmuseums ist er schon beruflich ein Spezialist für den 'Ton qui fait la musique', und in seiner politischen Arbeit ist ihm das auch anzumerken. Er wirkt oft als taktischer Mastermind im Hintergrund. Dem 'Elder Statesman' der SP-Fraktion kommen politische Ideen übrigens oft beim Rasenmähen... Persönlich habe ich Deine Art immer sehr geschätzt. Du hast mich stets unauffällig, aber auf sehr charmante Weise darauf hingewiesen, was man tun könnte oder wo mir ein Fauxpas unterlaufen ist – vielen Dank dafür!

Aufgrund der Amtszeitbeschränkung ist Christoph zu den letzten Wahlen nicht mehr angetreten. Mit ihm verliert der Landrat ein gewissenhaftes, immer gut vorbereitetes Mitglied, das in verschiedenen Formen Verantwortung übernommen hat. Christoph, ich danke Dir sehr herzlich für Dein grosses Engagement für unseren Kanton und mit den besten Wünschen für Deine Zukunft! *[Applaus]*

Nun zu **Ermando Imondi**. Er ist 2019 in den Landrat gewählt worden. Während der ganzen Legislatur hat er die SVP-Fraktion in der BKSK und in der Finanzkommission vertreten. Zudem hat er 2019-2020 in der Findungskommission für die Besetzung der Ombudsstelle mitgearbeitet. – Ermando, der engagierte Laufentaler, hat als Landrat 3 Vorstösse eingereicht.

Ermando kann man mit ruhigem Gewissen als 'Berufs-Laufentaler' bezeichnen, aber sein Herz schlägt daneben auch für seine Pferde, die ihm viel bedeuten.

Nun müssen wir Ermando Imondi verabschieden, weil er bei den Wahlen im Februar nicht wiedergewählt worden ist. Das ist für Dich anfangs nicht leicht zu akzeptieren gewesen, aber ich hoffe und bin überzeugt, dass Du Deine Zukunft auch ohne dieses Mandat auf befriedigende Weise wirst gestalten können. Diesbezüglich habe ich von Dir erfahren, dass Du bereits andere, grosse Pläne hast. Lieber Ermando, ich danke Dir ganz herzlich für deine engagierte Mitarbeit in unserem Parlament und wünsche Dir alles Gute auf Deinem weiteren Weg! *[Applaus]*

Christina Jeanneret-Gris ist bei den Landratswahlen 2019 ins Parlament gewählt worden. Als freisinnige Landrätin hat sie während der ganzen Legislatur in der GPK mitgearbeitet. Als Ärztin hat die Corona-Krise sie natürlich sehr stark beschäftigt, und deshalb ist es kein Wunder, dass sich sehr viele von ihren insgesamt 28 Vorstössen (darunter 17-mal Fragen in der Fragestunde) um die Pandemiebewältigung gedreht haben.

Christina ist eine ruhige und überlegte Schafferin, die vieles in unserem Politbetrieb hinterfragt, aber stets positiv bleibt. Sie hat die grosse öffentliche Bühne gemieden, aber umso mehr erfolgreich im Hintergrund gewirkt. Ihre Beharrlichkeit bei der Aufklärung von Missständen, insbesondere im Gesundheitsbereich – ohne Rücksicht auf persönliche Befindlichkeiten und mögliche Nachteile –, ist legendär.

Christina Jeanneret-Gris hat sich entschlossen gehabt, im Februar nicht mehr für eine Wiederwahl zu kandidieren, so dass ihre Landratsstätigkeit nun zu Ende geht. Christina, ich verabschiede Dich mit einem herzlichen Dank für Dein grosses Engagement für die Kanton und insbesondere für die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger und wünsche Dir selbst für Deinen weiteren Weg alles Gute! *[Applaus]*

Felix Keller ist am 23. April 2009 als Landrat angelobt worden, nachdem er für den zurückgetretenen Ivo Corvini nachgerückt ist. Seit 14 Jahren ist er Mitglied der Bau- und Planungskommission gewesen. Während der laufenden Legislaturperiode hat er auch in der IGPK UKBB mitgearbeitet. Und als langjähriger Fraktionspräsident (zuerst der CVP/EVP-, dann der CVP/BDP- und später der CVP/GLP-Fraktion) hat er die Geschicke des Parlaments auch als Mitglied der früheren Ratskonferenz und seit 2015 der Geschäftsleitung wesentlich und mit Engagement mitgeprägt. – Während seiner Ratszugehörigkeit hat Felix Keller 60 Vorstösse eingereicht, hauptsächlich, aber nicht nur, aus dem Bau- und Verkehrsbereich.

Im Landratssaal ist Felix während seiner ganzen Karriere immer in der hintersten Reihe gesessen, aber dennoch ist er alles andere als ein 'Hinterbänkler'. Seine Fraktion vergisst ihm sicher nie, dass sie ihm einmal ein paar ungeplante Ferientage und einen Helikopterflug aus dem eingeschneiten Zermatt zu verdanken gehabt hat.

Nun verlässt Felix Keller als Doyen der Mitte-Partei unseren Rat aufgrund der Amtszeitbeschränkung. Felix, ich danke Dir ganz herzlich für dein langes und engagiertes Mitwirken in unserem Parlament zugunsten des Kantons und seiner Bevölkerung. Auch persönlich möchte ich Dir für Deinen lobenswerten Umgang mit den Menschen im Rat danken. Für Deine Zukunft wünsche ich Dir alles Gute! *[Applaus]*

Als grüne Landrätin ist **Julia Gosteli** zum ersten Mal am 6. September 2012 angelobt worden, und zwar als Nachrückende für den zurückgetretenen Simon Trinkler. Damals hat sie in der BPK, in der GPK und in der Personalkommission mitgewirkt. Als sie im Sommer 2015 verabschiedet worden ist, hat Landratspräsidentin Myrta Stohler sie unter anderen als 'beinharte Verteidigerin des FC Landrat' gewürdigt und sie dafür gelobt, dass sie die Grünen 'von einer Turnschuh-Fraktion in eine stilbewusstere Gruppe umgeformt' habe. Dein Modebewusstsein stellst Du immer wieder unter Beweis und warst manchmal ein Vorbild für mich. – 2019 ist es dann zum Comeback gekommen: Als Julia Gosteli ist sie wiedergewählt worden, als **Julia Kirchmayr-Gosteli** verlässt sie nun unseren Rat. Die letzten 4 Jahre ist Julia Mitglied der BKSK und der IGPK des Uni-Kinderspitals gewesen. – In dieser Legislatur hat sie 12 Vorstösse eingereicht, davon die meisten im Bildungsbereich.

Julia hat ihre Fühler immer ausgestreckt und ist über das, was wo los ist, immer informiert. Für ihre Fraktion ist sie ein sicherer Wert mit einem objektiven Blick auf Bildungsfragen gewesen.

Julia hat sich entschlossen gehabt, bei den Wahlen nicht mehr anzutreten, und deshalb wird sie heute – eben zum zweiten Mal! – aus dem Landrat verabschiedet. Ich tue das mit einem herzlichen Dank für dein engagiertes und lebhaftes Mitwirken in unserem Parlament und wünsche Dir, liebe Julia, für Deine weiteren Pläne herzlich alles Gute! *[Applaus]*

Auch **Bianca Maag-Streit** muss ich heute verabschieden. Sie ist bei den Landratswahlen 2011 gewählt worden und gehört nun also schon seit 12 Jahren der SP-Fraktion an. Während dieser ganzen Zeit ist sie Mitglied der Justiz- und Sicherheitskommission gewesen, zeitweise auch als

Vizepräsidentin. Zudem hat sie knapp 3 Jahre in der Petitionskommission mitgearbeitet und die letzten 2½ Jahre in der Personalkommission. Und seit 8 Jahren vertritt sie den Landrat in der IGPK Polizeischule Hitzkirch. Als Landrätin hat Bianca 18 Vorstösse eingereicht. – Sie ist mit ihrem Mann Markus zusammen fester Bestandteil der Fankurve vom FC Landrat gewesen, und auch sonst ist sie an fast allen geselligen Landratsanlässen anzutreffen gewesen.

Bianca, die sich auch auf kommunalpolitischer Ebene stark engagiert hat – nicht zuletzt als einflussreiche Präsidentin des VBLG –, ist zu den letzten Wahlen nicht mehr angetreten, und deshalb scheidet sie nun aus dem Landrat aus. Bianca, ich danke Dir ganz herzlich für Dein langjähriges engagiertes Mitwirken in unserem Parlament und wünsche Dir für Deine weitere Zukunft alles Gute! *[Applaus]*

Franz Meyer ist ein weiteres 'Urgestein' des Landrats. Er ist am 9. September 2010 angelobt worden. Weil nach dem Rücktritt von Walter Ackermann alle Nachrückenden auf der CVP-Liste verzichtet hatten, ist er von den Unterzeichnern des Wahlvorschlages nachnominiert worden. Franz hat fast 13 Jahre lang in der Bau- und Planungskommission mitgewirkt, davon 4 Jahre lang als Präsident. In den Jahren 2016-2019 ist er auch in der UEK gewesen, und davon knapp 3 Jahre ebenfalls als Präsident. In der aktuellen Legislaturperiode hat er auch der Finanzkommission angehört, und 2017/2018 hat er seine Fraktion in der Findungskommission Landschreiberin vertreten. Aber viele haben Franz natürlich vor allem als kompetenten und engagierten Landratspräsidenten 2015/2016 in bester Erinnerung. Er hat sich aber auch besonders auf dieses Amt vorbereiten können, denn im Oktober 2014 hat er als damaliger Landratsvizepräsident einen Sprung ins kalte Wasser machen und nach dem sofortigen Rücktritt der Landratspräsidentin die Leitung von zwei Landratssitzungen übernehmen müssen – was er mit Bravour gemeistert hat. – Während seiner Landratskarriere hat Franz Meyer elf Vorstösse eingereicht, darunter eine Mehrheit zu Fragen der Verkehrsinfrastruktur und Raumplanung.

Franz ist immer als besonders lösungsorientierter Politiker mit langem Atem aufgefallen. Vielleicht kommt ihm da sein Bergsteiger-Gen zugute. Er hat nämlich schon über zwanzig 4000er bestiegen, darunter auch das Matterhorn.

Nun müssen wir Franz Meyer verabschieden, denn wegen der Amtszeitbeschränkung hat er nicht nochmals zur Wahl antreten können. Auch im Präsidentschaftsjahr habe ich Dich als engagiertes Mitglied erlebt. An gemeinsam besuchten Anlässen war ich stets froh, Dich an meiner Seite zu haben und fragen zu können, wenn ich nicht mehr weiterwusste! Lieber Franz, ich danke Dir ganz herzlich für Dein grosses und beherztes Engagement für unser Parlament und den Kanton Basel-Landschaft, und für Deinen weiteren Weg wünsche ich Dir alles Gute! *[Applaus]*

Wir kommen nun zu einem weiteren Alt-Landratspräsidium, denn heute müssen wir auch **Regula Steinemann** verabschieden. Regula ist 2015 bei den Landratswahlen in unser Parlament gekommen und vor 4 Jahren wiedergewählt worden – sie ist bis jetzt die einzige Grünliberale gewesen, die zwei aufeinanderfolgende Legislaturperioden im Landrat gesessen ist. Mit einem einjährigen Unterbruch ist sie seither Mitglied der JSK gewesen. 2019/2020 hat sie der Findungskommission für die Ombudspersonen angehört. Besonders bedeutsam ist aber ihre Wahl zur 2. Landrats-Vizepräsidentin im Sommer 2019 gewesen, denn damit ist vorgespurt worden, dass sie im Amtsjahr 2021/22 unser Parlament präsiert hat. Als erste Vertreterin der GLP hat sie das Amt als 'höchste Baselbieterin' übernommen. Die erste Sitzung unter ihrer Leitung am 2. September 2021 ist auch die erste Sitzung im Liestaler Landratssaal nach über einjährigem Exil im Basler Congress Center gewesen – ein bewegender Moment. Wir erinnern uns dankbar an Regula als aufmerksame, gewissenhafte und höchst kompetente Landratspräsidentin. Diesbezüglich sei daran erinnert, dass es ihr einmal gelang, die Traktandenliste komplett abzuarbeiten. Als Vizepräsidentin genoss ich die enge Zusammenarbeit mit Dir und ich bewundere Deine Korrektheit und Dein Sachwissen. – Während ihrer Ratszugehörigkeit hat sie 8 Vorstösse eingereicht; am besten in Erinnerung ist sicher ihr Engagement dafür, dass auch junge Mütter an der Ratsarbeit teilnehmen oder sich vertreten lassen dürfen.

Regula ist ein überlegter und besonnener, aber auch herzlicher Mensch mit dem Herz am rechten Fleck. Sie ist stolz, dass in ihrem Wohnort Füllinsdorf ein Regula-Steinemann-Bäumchen an ihr Präsidentschaftsjahr erinnert.

Bei den Wahlen im Februar hat Regula Steinemann wegen der Eigenheiten unseres Wahlsystems die Wiederwahl verpasst. Deshalb müssen wir sie heute verabschieden, aber es freut mich, dass sie bereits in wenigen Tagen für ihre neue Aufgabe als StrafrichterIn angelobt wird – sie bleibt dem Kanton also erhalten. Liebe Regula, ich danke Dir ganz herzlich für deine grosse Arbeit und Deinen Einsatz für unser Parlament und fürs Baselbiet. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft weiterhin alles Gute! *[Applaus]*

Weiter geht es mit **Lotti Stokar**. Sie ist am 14. Oktober 2010 in den Rat nachgerückt, als grüne Nachfolgerin von Madeleine Göschke. Nach einigen Monaten in der VGK hat sie dann für eine Legislaturperiode in die Finanzkommission gewechselt, und auch der Petitionskommission hat sie knapp 3 Jahre lang angehört. Seit dem Sommer 2015 ist sie Mitglied der GPK gewesen, davon 4 Jahre als Vizepräsidentin. Die letzten 8 Jahre ist sie auch in der BPK gewesen. – In ihrer Landratszeit hat Lotti 20 Vorstösse eingereicht, und zwar zu einer breiten Themenpalette von Tagesbetreuung über Gewässerschutz bis zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Lotti ist eine korrekte ‘Schafferin’ durch und durch, teamfähig, hilfsbereit und immer zur Stelle, wenn es sie braucht.

Aufgrund der Amtszeitbeschränkung scheidet Lotti Stokar, die langjährige Gemeindepräsidentin von Oberwil, nun aus dem Rat aus, und ich darf sie verabschieden – künftig hat sie also etwas mehr Zeit für ihre Enkelkinder. Ich tue dies mit einem herzlichen Merci für Dein grosses Engagement für unser Parlament und unser Gemeinwesen. Ich habe Lotti auch als Präsidentin der Nachbargemeinde erlebt und in diesem Kontext immer wieder mit ihr zu tun gehabt. Das ausgesprochene Lob gilt ausdrücklich auch auf kommunaler Ebene. Dir, Lotti, wünsche ich für Deinen weiteren Weg von Herzen alles Gute! *[Applaus]*

Susanne Strub ist am 11. März 2010 als SVP-Landrätin angelobt worden, nachdem sie für den zurückgetretenen Ernst Wüthrich nachgerutscht ist. In ihrer ganzen über 13-jährigen Landratsstätigkeit ist sie Mitglied der UEK gewesen, davon lange auch als Vizepräsidentin. Seit 2014 ist sie auch in der BPK gesessen, und schon seit 12 Jahren hat sie in der IGPK des Uni-Kinderspitals mitgemacht. – Susanne hat 20 Vorstösse eingereicht; es ist dabei nicht nur um den Einsatz von Spielgeld an der Fasnacht und die Folgen gegangen, sondern auch um Gewässerschutz oder den Gültigkeitsbereich des U-Abos.

Susanne betreibt auf dem heimischen Betrieb, dem Mattenhof, das ‘Baselbieterstübli’ als beliebten Ort zum Einkehren. Bei ihren Wortmeldungen in Sachen Natur- oder Landschaftsschutz oder auch Denkmal- und Heimatschutz ist sie oft sehr emotional geworden, was bestimmt niemanden kalt gelassen hat.

Zwar hat sich Susanne Strub sehr engagiert für die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung für Landratsmitglieder eingesetzt – aber als gute Demokratin hat sie natürlich den Volkswillen akzeptiert und muss nun wegen dieser Bestimmung unseren Rat verlassen. Wie wird ihr Engagement jetzt von der Politik auf die Musik verlagern und bestimmt auch dort allen resolut den Marsch blasen. Liebe Susanne, ich danke Dir für das Herzblut, Dein Engagement und die Emotionen, die Du in die Parlamentsarbeit gesteckt hast, ganz herzlich und wünsche Dir für Deine Zukunft alles Gute! *[Applaus]*

Regula Waldner hat dem Landrat seit dem 12. Dezember 2019 angehört. An dieser Budgetsitzung ist sie als Nachfolgerin von Florence Brenzikofer angelobt worden. Sie hat dann Einsitz in die Geschäftsprüfungskommission genommen und ist dort seit dem letzten September auch Vizepräsidentin. Regula hat 14 Vorstösse eingereicht, viele davon zu den Themen Gewässer- und Bodenschutz oder Biodiversität, aber auch zu pädagogischen Fragen. Regula ist bekannt geworden nicht nur für die längsten Vorstösse, sondern auch für die längsten Begründungen dazu.

Bei den Wahlen im Februar ist Regula Waldner nicht wiedergewählt worden, und deshalb muss ich sie nun aus unserem Rat verabschieden. Mit ihren ‘Culterra-Tours’ wird sie weiterhin dazu beitragen, dass viele Menschen mit Kopf, Herz und Fuss den Baselbieter Jura entdecken. Liebe Regula, ich danke Dir herzlich für Dein Engagement für unser Parlament und den Kanton und wünsche Dir für Deinen weiteren Weg alles Gute! *[Applaus]*

Zu **Hanspeter Weibel** ist zuerst einmal zu sagen: Er kommt aus Bottmingen, und das ist primär schon mal sehr gut! Hanspeter ist seit dem 11. Februar 2010 Landrat gewesen. Er ist damals als Erstrückfälliger auf der SVP-Liste für Fredy Gerber nachgerutscht. An der gleichen Sitzung ist er in die GPK gewählt worden, und die Arbeit dieser Kommission hat er dann stark geprägt, denn er ist mehr als zwei Legislaturperioden, fast 9½ Jahre lang, Präsident der GPK gewesen. Ihm ist wichtig gewesen, dass die GPK ein wirksames und respektiertes Instrument der parlamentarischen Oberaufsicht ist, und hat sein Amt mit grossem Engagement und akribischer Recherche ausgeführt – und es sich und seinen Kolleginnen und Kollegen mit seiner scharfzüngigen, angriffigen Art nicht immer ganz leicht gemacht. Dass er ein sehr einflussreicher Parlamentarier gewesen ist, lässt sich nicht abstreiten – manche haben ihn wohl auch um seinen guten und sehr direkten Draht in gewissen Medienredaktionen benüht... Daneben verblissen seine anderen Kommissionsmitgliedschaften ein bisschen, aber Hanspeter hat auch etwas über ein Jahr in der UEK – passend für einen Tesla-Pionier! – und zuletzt über 2 Jahre in der JSK mitgearbeitet, und er ist Mitglied der Findungskommission für die Ombudspersonen 2019/2020 gewesen. – Während seiner gut 13-jährigen Landratskarriere hat er 49 Vorstösse eingereicht aus sehr vielen Themengebieten – darunter nebst Vorstössen zur E-Mobilität auch eine Interpellation von 2014, ob die Höhe der Entschädigung des BLKB-Chefs gerechtfertigt sei...

Aufgrund der Amtszeitbeschränkung endet Hanspeter Weibels Zeit als Landrat in wenigen Tagen. Ich darf ihn deshalb nun verabschieden, und ich tue dies mit einem herzlichen Dank für das unbestritten grosse Engagement in dieser wichtigen Aufgabe für unseren Kanton. Ich versichere Dir, dass ich mein Bestes tun werde, um unser Bottmingen ehrenhaft, konzentriert und mit vollem Engagement im Landrat zu vertreten. Dir, Hanspeter, wünsche ich noch manch schöne Motorbootfahrt auf dem Lago Maggiore und für die weitere Zukunft alles Gute! *[Applaus]*

Nun wieder zurück zur Kategorie 'Kurzaufenthalt'. **Marcel Zimmermann** hat erst vor ¾ Jahr, am 15. September 2022, in unserem Rat Einsitz genommen. Er ist damals für die zurückgetretene Parteilose Regina Werthmüller nachgerückt. Bei den Wahlen 2019 ist er noch als BDP-Kandidat auf der überparteilichen 'Mitte'-Liste angetreten. Weil es diese Partei letztes Jahr gar nicht mehr gegeben hat, hat er sich dann der Mitte und somit der Mitte/GLP-Fraktion angeschlossen. Die letzten 8 Monate hat er in der VGK mitgearbeitet. Zur Steigerung der Ratseffizienz hat er beigetragen, indem er auf das Einreichen von Vorstössen weitgehend verzichtet hat; auf sein Konto geht eine Interpellation für die Förderung des Lehrlingsangebots.

Marcel charakterisiert man wohl am besten als 'Macher', der nicht lange diskutieren möchte. Er ist als geselliger Mensch gerne unter Menschen – das haben wir am Landratsabend ja erlebt! Marcel Zimmermann hat im Februar die Wiederwahl nicht geschafft und muss deshalb den Landrat nach recht kurzer Zeit schon wieder verlassen. Immerhin können wir sicher sein, dass der Kanton weiterhin auf seine Dienste zählen kann, nämlich im beruflichen Rahmen. Lieber Marcel, ich danke Dir herzlich für Deinen Einsatz fürs Baselbiet und den Landrat und wünsche Dir für Deinen weiteren Weg alles Gute! *[Applaus]*

Und zu guter Letzt noch zu **Sämi Zimmermann**. Er ist 2019 in den Landrat gewählt worden und hat als Vertreter der SVP-Fraktion während der ganzen Legislatur als Mitglied der Personalkommission gearbeitet. Auch er hat keine Vorstösse eingereicht, abgesehen von einer Fragestunde im Juni '21.

Er ist der Fachmann für alle Landwirtschaftsfragen und besitzt wohl die grösste Flotte an Traktoren der Marke 'Fendt' in der ganzen Schweiz.

Weil Sämi Zimmermann bei den Wahlen im Februar nicht wiedergewählt worden ist, heisst es auch für ihn Abschiednehmen. Ich bedanke mich bei Dir, Sämi, herzlich für Dein Engagement für unseren Rat und wünsche Dir alles Gute für Deine Zukunft!» *[Applaus]*

– *Verabschiedung von Regierungsrat Thomas Weber*

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) verabschiedet Regierungsrat Thomas Weber mit folgenden Worten:

«Es ist mir eine grosse Ehre und Freude, Regierungsrat Thomas Weber verabschieden zu dürfen. Er hat ja vor einem Jahr, an der letzten Landrats Sitzung vor der Sommerpause, bekanntgegeben, dass er 2023 nicht mehr zur Wiederwahl antreten wolle, und nun endet also in wenigen Tagen sein Amt als Regierungsrat.

Auf der Landkarte der Kantonspolitik ist er erstmals 2004 aufgetaucht als Kantonal-Parteipräsident der SVP. In den folgenden Jahren ist er für seine Partei vor allem Wahlkampfleiter bei Land-, Regierungs-, Nationalrats- und Ständeratswahlen gewesen. 2011-2013 ist der ausgebildete Bauingenieur auch im Landrat gesessen, und schon nach kurzer Zeit ist er dann – in einer Ersatzwahl im April 2013 – in den Regierungsrat gewählt worden und hat dieses Amt per 1. Juli 2013 angetreten. Seit Beginn hat er als Vorsteher die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion geleitet und somit sehr wichtige Politikfelder verantwortet, Stichworte: Wirtschaftsförderung, regionale Gesundheitsversorgung, Alter, aber auch Landwirtschaft – und natürlich hat ihn und sein Team in der VGD die Corona-Krise sehr stark gefordert; dabei ist ihm seine Mediatoren-Ausbildung sicher zugute gekommen.

Sein Engagement hat aber nicht an den Kantonsgrenzen haltgemacht: So amtiert Thomas Weber unter anderem als Vorstandsmitglied der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren. Und in lebhafter Erinnerung bleibt natürlich auch sein beherztes Engagement als OK-Präsident des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests in Pratteln letzten Sommer – das wahrscheinlich grösste Fest, welches das Baselbiet je erlebt hat.

Nach diesen Daten und Fakten möchte ich gerne auch noch aus persönlicher Warte einige Worte sagen: Nebst den vielen Tätigkeiten als Regierungsrat der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion wird mir Thomas vor allem als Mensch in Erinnerung bleiben. Mit seiner diplomatischen, ruhigen, sachlichen Art und schnellen Auffassungsgabe konnte er ganz viele heikle Situationen wieder 'auf den Boden' zurückbringen. Er verstand es meisterlich auf die Menschen in den verschiedensten Lebenslagen, Lebenssituationen und Lebensstrukturen einzugehen. Nicht immer war seine Arbeit jedoch von Erfolg gekrönt, nein auch Niederlagen mussten eingesteckt werden. Auch hier bewies er seine staatsmännische Gelassenheit und Grösse.

Persönlich hatte ich viel mit unserem VGD-Vorsteher zu tun, war ich doch seit 2015 Mitglied der VGK. Gerade die letzten 2 Jahre, bereits schon als Landratsvizepräsidentin traten wir an öffentlichen Anlässen, um unseren Kanton zu vertreten, gemeinsam auf. Ich fühlte mich als 'Neuling' immer sehr von Thomas Weber geschätzt und durfte die Zuvorkommenheit und den Respekt spürbar erleben. Oft konnte er mir auch flüsternd wichtige Hinweise zu Personen und Funktionen der eingeladenen Gäste bei den verschiedenen Veranstaltungen und Einladungen geben. Ich bin ihm sehr dankbar dafür, konnte er mir damit doch einige Peinlichkeiten ersparen. Nebst den offiziellen Auftritten konnten wir aber auch zusammen lachen, uns über ganz normale Dinge wie Schafzucht, Rebbau und das Schwingen unterhalten.

Lieber Thomas, es war eine schöne und unvergessliche Zeit mit dir als Regierungsrat und Mensch, hier in diesem Rahmen zusammen arbeiten zu dürfen. Ich denke, dies ist nicht nur meine persönliche Wahrnehmung, vielen anderen Ratsmitgliedern wird es auch so ergehen. Du hast dein Amt freiwillig aufgegeben und hast auf eine weitere Kandidatur verzichtet, um auch noch andere schöne Dinge im Leben zu geniessen, es gibt bekanntlich auch ein Leben nach der Politik. 'Man soll aufhören, wenn es am schönsten ist' und die Menschen noch 'schade, ist er zurückgetreten' sagen.

Im Namen aller Landratsmitglieder danke ich Dir, Thomas, ganz herzlich für Dein grosses und engagiertes Wirken zum Wohl unseres Kantons – für die Zukunft wünsche ich Dir viel Zeit für Deine Familie und Deine Hobbys und sonstigen Interessen, natürlich beste Gesundheit und auch sonst von Herzen alles Gute! » [*stehender Applaus*]

– *Ansprache von Regierungsrat Thomas Weber*

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) blickt auf zehn interessante, prall gefüllte und intensive Jahre als Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zurück. Manches hat sich seit 2013 verändert und einiges davon haben wir hier drin und gemeinsam verändert. Das Baselbiet wurde stärker. Man nimmt uns landesweit als dynamischen und lebenswerten Kanton mit einer Bevölkerung von bald 300'000 Einwohnerinnen und Einwohnern wahr und ernst. Der Kanton Basel-Landschaft ist ein exzellenter Wirtschafts-, Innovations- und Bildungsstandort mit Schwerpunkt und weltweiter

Spitzenposition in Life Sciences. Unser Kanton verbindet exemplarisch urbane Wirtschaftskraft mit ländlichem Charme. 80 % der Kantonsfläche machen Wald und Landwirtschaft aus. Darauf werden nachhaltig und umweltbewusst die wertvollen und zukunftsfähigen Rohstoffe Holz und Lebensmittel produziert.

In seine Amtszeit als Regierungsrat konnte Thomas Weber zehn kleine Steine in das grosse Mosaik der Geschichte unseres Kantons und unseres Landes einfügen. Diese Steine sind ein ganz kleiner Beitrag, aber dennoch ist es einer, der immer zum Ganzen gehören wird. Jetzt heisst es loszulassen. Im Leben wird einem immer wieder etwas in die Hände gelegt, das man ergreift, das einen mit Freude erfüllt oder woran man leidet und woran man wächst. Wir wissen, dass man alles irgendwann auch wieder gehen lässt – entweder freiwillig oder weil es einem wieder aus den Händen genommen wird. Für ihn ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um das Amt als Regierungsrat loszulassen – und es ist Zeit, zu danken:

- all denjenigen, die ihn während dieser zehn Amtsjahre oder in Teilen davon begleitet haben;
- den Landrätinnen und Landräten für die politischen Debatten, für die zustimmenden oder auch ablehnende Voten und für die meistens grosse Unterstützung auf dem Weg zu Lösungen, die im Rat oder an der Urne bestanden;
- der SVP-Fraktion für ihren starken parlamentarischen Rückhalt – das braucht ein Regierungsmitglied – und für die kritisch-konstruktive Begleitung der Regierungsarbeit; diese war immer gepaart mit dem Respekt vor den unterschiedlichen Rollen von Legislative und Exekutive;
- den Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungsrat für die sehr gute Zusammenarbeit, für das konstruktive Ringen um die beste Lösung und für das geschlossene, gemeinsame Umsetzen, auch wenn die Entscheide manchmal schwierig waren;
- den Mitarbeitenden der VGD und den Mitarbeitenden der anderen vier Direktionen und der Landeskantlei für ihren grossen Einsatz bei gemeinsamen Dossiers und Projekten im Dienste der Baselbieter Bevölkerung;
- den Medien für ihre – zugegebenermassen nicht immer ganz leicht verdauliche, aber dennoch lehrreiche und wichtige – Begleitung unserer Arbeit;
- seiner Familie für die Unterstützung und das grosse Verständnis, wenn immer wieder einmal auf ihn verzichtet werden musste, weil er amtlich unterwegs war;
- seiner Frau Edith, die es bereits seit 42 Jahren mit ihm aushält. Ohne sie wären diese zehn Jahre und auch alle davor nicht gesund zu überstehen gewesen. Vielen Dank! *[Applaus]*

Thomas Weber freut sich darauf, was ab Mitte Jahr kommen wird, was er mit allen Anwesenden noch gemeinsam erleben darf und auf all das Neue, was ihm in die Hände gelegt werden wird, was er dann auch wieder gehen lassen wird, wenn die Zeit gekommen ist. *[stehender Applaus]*

– *Verdankung der Landratspräsidentin*

Regierungspräsidentin **Kathrin Schweizer** (SP) bemerkt, dass man die Anrede «liebe Landratspräsidentin» in den nächsten drei Jahren wohl nicht mehr hören werde.

Heute ist die letzte Sitzung, die Lucia Mikeler Knaack als Landratspräsidentin leitet und es fällt der Regierungspräsidentin schwer, sie gehen zu lassen. Wir haben Lucia als leidenschaftliche Landratspräsidentin kennengelernt. Sie hat sich für die Themen engagiert, die ihr wichtig waren und es fiel ihr nicht immer ganz leicht, ihre persönliche Meinung zu diesen Themen zurückzuhalten. Mit ihrem humorvollen Wesen hat sie ihren Kritikern meist den Wind aus den Segeln nehmen und manch hitzige Diskussion auflockern können. Sie hat die Sitzungen stets gut vorangetrieben. Zu lange Voten machten sie ungeduldig und sie versuchte auch immer, die Effizienz auf einem hohen Niveau zu halten. Das war ihr nicht immer möglich, allerdings lag es nicht an ihr. Als Hebamme hat sie ja aber genügend Erfahrung mit schweren Geburten. Manchmal ging es im Landrat auch sehr dynamisch zu und her. Die Regierungspräsidentin ist aber froh, dass nur einmal die Türen zugeschlagen wurden. Zugegebenermassen konnte sich die Landratspräsidentin auch nicht immer auf die Regierungsmitglieder verlassen. Das eine oder andere Mitglied verpasste seinen Einsatz oder musste im ganzen Haus gesucht werden, damit die Debatte überhaupt fortgesetzt werden konnte. *[Heiterkeit]* Lucia war als vorbildliche Teamplayerin immer in engem Austausch mit der Landeskantlei und den Vizepräsidenten. Durch ihre gute Vernetzung kannte sie auch bei Sachfragen die Standpunkte der unterschiedlichen Akteure.

Die Regierungspräsidentin durfte ein sehr spannendes Jahr mit der Landratspräsidentin erleben

und war gerne mit ihr unterwegs. Lucias Motivation und ihr Einsatz für den Landrat waren vorbildlich. Sowohl bei der Sitzungsleitung wie auch bei Repräsentationspflichten war sie immer engagiert dabei – aber wehe, wenn sie nicht gebührend begrüsst wurde! Da hat sie keinen Spass verstanden! *[Heiterkeit]*

In ihrem Präsidialjahr hat Lucia das Baselbiet bis in die hintersten Ecken kennengelernt. Sie blieb nicht in ihrer Bubble und erlebte so auch sehr viel Neues. Kathrin Schweizer erinnert sich gut an die Wehrmännerentlassung. Ob Lucia den riesigen Schüblig aber komplett verzehrt oder weitergereicht hat, weiss sie nicht mehr. Am Feldschiessen standen die Präsidien von Exekutive und Legislative nebeneinander. Aufgrund der geringen Erfahrung kam es dazu, dass auf einer Scheibe zwei Löcher waren, auf der anderen dafür gar keine. Das lag aber nicht an der fehlenden Sensibilität für das Prinzip der Gewaltentrennung, sondern ist eher Zeichen für die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung.

Auch bei trinationalen Anlässen war Lucia immer vorne mit dabei und hat das Netzwerk über Grenzen hinaus gepflegt. Sie war eine präzise und sehr anerkannte Botschafterin des Kantons Basel-Landschaft. Als Blasmusikliebhaberin kam Lucia in diesem Jahr sicherlich auch auf ihre Kosten. Die Sicherheitsdirektorin mag vorbelastet sein, aber sicherlich war das Konzert der Polizeimusik das beste.

Sowohl Lucia selbst wie auch ihre offene und direkte Art werden sicherlich vermisst werden, aber immerhin bleibt sie uns als Landratsmitglied und in der VGK erhalten. Sie hat von nun an wieder mehr Möglichkeiten zu politisieren und die Baselbieter Politik aktiv zu beeinflussen. Auch ihre Tätigkeit als Hebamme möchte sie wieder vermehrt aufnehmen. Dort zeigt sich das Resultat der eigenen Arbeit sofort, was nach langen Diskussionen im Landrat wohl eine willkommene Abwechslung ist. Geduld wird Lucia aber auch in diesem Bereich brauchen. Auch freut sich ihr frischpensionierter Mann sicherlich darauf, wieder mehr Zeit mit ihr und den schönen Dingen im Leben wie gutem Essen, Kunst und Kultur verbringen zu können.

Aus diesem Grund überreicht ihr die Regierungspräsidentin als Abschiedsgeschenk des Regierungsrats ein Bild der Baselbieter Künstlerin Simone Berger, das sich Lucia selbst ausgesucht hat. Die Regierungspräsidentin dankt Lucia Mikeler Knaack im Namen des Regierungsrats und des Landrats für ihren grossen Einsatz und die vielen tollen, gemeinsamen Erlebnisse und wünscht ihr für die Zukunft von Herzen alles Gute. *[stehender Applaus]*

– *Schlussansprache*

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) dankt für die berührenden Worte der Regierungspräsidentin. Während ihrer Abschlussrede lässt sie eine Diashow mit Bildern aus ihrem Präsidialjahr einblenden. Ihre Rede lautet wie folgt:

«Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In den vergangenen 12 Monaten durfte ich dieses Parlament präsidieren. Es war mir eine grosse Ehre. Und im Gegensatz zu meiner Vorgängerin und meinen Vorvorgängern, die coronabedingt doch einiges auslassen mussten, durfte ich an ganz vielen Anlässen teilnehmen. Es hat mir Spass gemacht. Immer werde ich gefragt, ob ich das Amt auch geniesse. Es gibt wohl verschiedene Interpretationen von 'Genuss'. Für mich ist Genuss beispielsweise ein Limoncella auf einer Piazza in der Toskana oder nach einer anstrengenden Biketour erschöpft aber glücklich die Schönheit der Natur geniessen zu können. Das Präsidialjahr werde ich als bereichernd, erfüllend und sehr interessant in Erinnerung behalten. Wer an seiner politischen Karriere feilen möchte, findet hier eine ideale Plattform.

In der politischen Arbeit ist mir der gegenseitige Respekt sehr wichtig. Ein Parlament ist aus den unterschiedlichsten Menschen mit zum Teil sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen zusammengesetzt. Diese Gegensätzlichkeiten prallen in politischen Debatten oft aufeinander. Gerade dann ist es wichtig, dass wir das Gegenüber mit Respekt behandeln. Hier in der Schweiz und auch in unserem Kanton sind die Diskussionen wenig aggressiv, wenn wir sie mit denjenigen unserer Nachbarländer oder gar mit unserem politischen Partner jenseits des Atlantiks vergleichen. Aber auch hier habe ich das Gefühl, dass der Ton zuweilen rauer wird. Umso wichtiger erscheint es mir, dass wir trotz politischer Differenzen achtsam miteinander umgehen. Alles andere führt langfristig zu noch mehr Politikverdrossenheit.

Wir haben uns im vergangenen Jahr zu insgesamt 20 Sitzungen getroffen. Dabei konnten wir einige Geschäfte abschliessen. Ich möchte nur eine Handvoll erwähnen:

- Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte;
- Änderung des Bildungsgesetzes betreffend Führungsstrukturen an unseren Schulen;
- Vermögenssteuerreform;
- Totalrevision des Mietzinsbeitragsgesetzes;
- Aufgaben- und Finanzplan mitsamt Budget 2023 mit umstrittenen Punkten wie die Reallohnerhöhung für das Staatspersonal oder den Beitrag an den Kasernenneubau der Schweizergarde in Rom;
- Ausgabenbewilligung von fast CHF 200 Mio. für den Sek II-Campus Polyfeld in Muttenz;
- Behindertenrechtegesetz;
- Gesetz über die Wohnbauförderung;
- Kreditsicherungsgarantie an die Universität für den Neubau des Departementes Biomedizin;
- Änderung Verfassung und Umweltschutzgesetz: Einführung von Deponieabgaben.

Viele dieser Geschäfte tönen recht technokratisch. Alle unsere Beschlüsse zeigen aber Auswirkungen, sei es zum Beispiel direkt auf die Menschen, die in unserem Kanton leben, sei es auf die Umwelt oder auf unsere Region als Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungsstandort. Die breite Öffentlichkeit nimmt aber unsere Arbeit wahrscheinlich zu wenig wahr. Sonst wäre die Stimmbeteiligung bei kantonalen Wahlen nicht erschreckend tief (zwei Drittel der Bevölkerung und somit deutlich weniger als bei nationalen oder kommunalen Wahlen nehmen an kantonalen Wahlen nicht teil). Vielleicht müssen wir alle verstärkt den Zusammenhang zwischen zuweilen technokratischen Beschlüssen und den damit verbundenen realen Auswirkungen auf die Bevölkerung aufzeigen, um das Interesse an unserer Tätigkeit zu steigern.

Wir leben in unruhigen Zeiten. Der schreckliche Krieg in der Ukraine ist nur eine gute Auto-Tagesreise von hier entfernt und unser Land tut sich schwer, seine Rolle in diesem Konflikt zu finden. Es klingt etwas abgedroschen, bleibt aber wahr: die Menschen in der Ukraine kämpfen und sterben letztlich auch für unsere Werte. Unser Verhältnis zu Europa bedarf auch unter diesem Gesichtspunkt dringend einer Klärung – hier ist in erster Linie die Bundespolitik gefordert. Gerade aber auch wir in unserer Grenzregion sind auf ein gut nachbarschaftliches Verhältnis mit unseren europäischen Nachbarn angewiesen. Der politische Stillstand in diesem Bereich ist nicht nur lähmend, sondern bringt auch wirtschaftliche Schäden mit sich.

Und es ist wieder einmal heiss in diesen Tagen. Das ist ja grundsätzlich schön, aber vor dem Hintergrund des Klimawandels muss uns dies zu denken geben. Denn während wir die Schäden des Klimawandels noch wirtschaftlich auffangen können, sind die Veränderungen insbesondere für die Länder des Südens existenziell. Ich bin daher froh und auch stolz, dass die Schweizerische Bevölkerung und auch der Kanton Basel-Landschaft am vergangenen Wochenende das Klima- und Innovationsgesetz deutlich angenommen haben. Denn es bringt uns nicht in erster Linie Einschränkungen, sondern eröffnet auch neue wirtschaftliche Möglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien. Zudem müssen wir für unsere Kinder und Nachkommen verantwortungsvoll und achtsam mit der Natur umgehen.

Vor grossen Herausforderungen steht auch mein angestammtes Dossier, die Gesundheitspolitik. Dass unsere Gesundheitskosten steigen, ist allgemein bekannt. Die zunehmend höhere Lebenserwartung hat ihren Preis. Grosse Sorgen bereitet mir der Pflegenotstand. Der Personalbedarf im Pflegewesen – sei es stationär, semistationär oder ambulant – wird aber in den kommenden beiden Jahrzehnten noch massiv zunehmen. Und dies vor dem Hintergrund, dass es immer schwieriger wird, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Ich denke, dass dies mittelfristig eine der ganz grossen Herausforderungen auch in unserem Kanton sein wird.

Wir haben aber gewisse Situationen auch gut gemeistert: ich denke dabei an die Bewältigung der Corona-Pandemie. Mit Hilfe des Kantons ist es gelungen, wirtschaftliche Schäden einzugrenzen. Sicher: es gab rückblickend gesehen auch Fehler. Aber Corona stellte Gesellschaft und Politik vor eine neue Art von Herausforderung: man betrat Neuland und konnte sich nicht auf bisher gemachte Erfahrungen abstützen.

Ich habe vorher die kantonalen Wahlen angesprochen: hier gab es – wie im Kanton Basel-Landschaft üblich – nur geringe Verschiebungen: schlug das Pendel vor vier Jahren von rechts nach links, so ging es im Frühjahr von links wieder zurück in die politische Mitte. Für Aussenste-

hende mag diese Stabilität langweilig wirken. Sie hat aber den Vorteil, dass unsere Politik einigermaßen verlässlich ist. Wobei ich persönlich nichts dagegen hätte, wenn das Pendel noch etwas nach links ausschlagen würde. Auch auf dieser Basis lässt sich politische Verlässlichkeit aufbauen....

Wenn ich auf das vergangene Jahr zurückblicke, gab es für mich einige Höhepunkte. Dazu zähle ich etwa das ESAF in Pratteln. Obwohl ich bis anhin nicht sehr viel vom Schwingsport verstand, hat mich dieses Fest begeistert.

Mit der Eröffnung der neuen Waldenburgerbahn haben wir gezeigt, dass wir als Kanton bereit sind, in den öffentlichen und damit in den nachhaltigen Verkehr zu investieren. Ein persönliches Highlight war für mich auch der Besuch des Zionistischen Kongresses in Basel. Es wurde mir wieder in Erinnerung gerufen, welche Bedeutung Basel für die Geschichte des Judentums hat. Ein weiteres Highlight war das 10-Jahre-Jubiläum des FC Landrat. Das Spiel selbst war nicht so spektakulär, aber die Begeisterung und das Engagement der Mitglieder haben mich beeindruckt, aber auch der Fanclub, angeführt und angefeuert von Landrat Dätwyler war sehr beeindruckend. Auch die vielen kulturellen Veranstaltungen an denen ich teilnehmen konnte, unter anderem an den Theaterbesuchen die von Landrat Balz Stüchelberger organisiert wurden, waren wundervoll. So gäbe es noch einige aufzuzählen. Auch und ganz besonders haben mich die ländlichen Einladungen gefreut. Mit 'ländlich' sind Veranstaltungen wie Vereinsjubiläen, Jahres- oder Delegiertenversammlungen gemeint. Als Unterbaselbieterin hatte ich teilweise nur geringen Bezug dazu. Der Zusammenhalt innerhalb der Dörfer, auch parteiübergreifend, beeindruckte mich aber sehr stark.

Ich möchte mich zum Abschluss dafür bedanken, dass Sie mich als Landratspräsidentin gewählt haben und mir damit die Möglichkeit gegeben haben, an weit über 100 Veranstaltungen mit den unterschiedlichsten Menschen in unserem Kanton in Kontakt zu treten. Ich kann Ihnen versichern: Diese Menschen – so unterschiedlich sie auch sein mögen – haben es verdient, gut im Parlament vertreten zu werden: sachbezogen, lösungsorientiert und respektvoll!

Ein besonderes Dankeschön möchte ich an den Regierungsrat richten. Während des Landratspräsidiumsjahres hat man viel mit den Regierungsratsmitgliedern zu tun. Viele Anlässe besucht man gemeinsam, vor allem mit dem Regierungspräsidium, also mit Kathrin Schweizer. Ich wurde immer sehr freundlich, zuvorkommend und äusserst respektvoll behandelt. Nie wurde meine Anwesenheit in der Begrüssung vergessen, was manchmal bei den Gastgebern doch der Fall war. Auch die Nähe zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, war in diesem Jahr sehr ausgeprägt. Ich lernte viele von euch von einer ganz anderen Seite kennen und schätzen. Das stellt eine Bereicherung in meinem Leben dar, wofür ich mich sehr bedanke. Wir haben viel diskutiert und gelacht und manchmal sind wir zusammen gesessen oder haben uns spontan zu einem Apéro getroffen, egal welche politische Richtung wir vertraten. Es war ein intensives, interessantes und spannendes Jahr. Eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte.

Nicht zuletzt geht aber ein ganz besonderer Dank an die Landeskanzlei. Ohne ihre Unterstützung würde vieles, nicht nur für die Landratspräsidentin, nicht so reibungslos ablaufen. Besonders 'mein persönlicher Mitarbeiter und Berater' Alex Klee ist ein wandelndes Lexikon. Er weiss fast alles und wenn er etwas nicht weiss, bringt er es in Erfahrung. Aber auch den Mitarbeitenden im Hintergrund gilt mein Dank, was wären wir ohne sie. Und natürlich der Landschreibern Elisabeth Heer gebührt ein grosses Dankeschön – denn sie hat alles im Griff. Zuletzt möchte ich meinen beiden Vizepräsidenten, Pascal Ryf und Peter Hartmann, danken. Unsere Zusammenarbeit war hervorragend. Das Bewusstsein, dass ich nun dieses Team verlassen muss und dass dieses von nun an als reines Männergremium wirken wird, schmerzt schon ein wenig.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.» *[stehender Applaus]*

Damit schliesst Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) die letzte Sitzung der Legislaturperiode 2019-2023, dankt den Anwesenden herzlich fürs engagierte Mitwirken und wünscht allen einen guten Abend.

–